

amnesty international · Postfach 17 02 29 · 5300 Bonn

Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Herrn
Ali Söylemezoglu
Mauerstr. 1

Postfach 17 02 29
Heerstraße 178
5300 Bonn 1

4000 Düsseldorf 30

Telefon: (0228) 65 09 81
Telex: 886 539

Ihre Nachricht vom

Ihr Zeichen

Unser Zeichen
/wi

Bonn, den
21. April 1988

Sehr geehrter Herr Söylemezoglu,

aufgrund Ihrer telefonischen Anfrage übersenden wir Ihnen als Anlage gerne unseren Jahresbericht 1987, Berichtszeitraum: 1986.

Sie hatten darüber hinaus um Informationen speziell über die Artikel 141 und 142 des Türkischen Strafgesetzbuches gebeten. Unter anderem mit diesen Bestimmungen befaßte sich eine Broschüre von amnesty international im Jahre 1985. Wir sind jedoch leider nicht mehr in der Lage, Ihnen diese Broschüre zukommen zu lassen, da sie vergriffen ist und nicht mehr nachgedruckt wird.

Ich habe Ihre Anfrage deshalb an unsere Türkei-Koordinationsgruppe weitergeleitet, die sich mit Ihnen in Verbindung setzen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Elke Wijithapala
Elke Wijithapala
Nationales Sekretariat

Anlage

Yüksel Selek
Kammerstr. 161
4100 Duisburg 1

17.11.1988

Mr. Luc Ch. H. Beyer de Ryke
19a, avenue du Gui
B-1180 Bruxelles
Belgien

Dear Sir,

I am a 54 years old woman teacher from Turkey. After the military take-over in 1980 I was forced to leave my country. Since 1984 I have been living in the Federal Republic of Germany as a political refugee. In Turkey I was a member of the executive board of the Progressive Women's Association (IKD) and the head of the Women's Committee of the Peace Association of Turkey.

As you might know, the political conditions in Turkey have been some what improving in recent years. In spite of the anti-democratic laws of the military regime, which are still in force, in spite of the cases of torture and political persecutions, the pressure from abroad and the resistance from within have led to a more flexible attitude of the Turkish authorities.

Therefore, in order to be able to participate personally in my country's struggle towards democracy, I have decided to return to Turkey. Several other political refugees from Western European countries have also announced their decision to return to Turkey at the beginning of December.

Since we cannot rule out the same kind of reaction on the part of the Turkish authorities upon our return, as in the case of Kutlu and Sergin last year, we need your help.

./.

We are going to be in Brussels on the 23rd of November for a press conference. We would very much appreciate if we could meet you and inform you about the circumstances of our return. If this date is not convenient for you, we would be glad to meet you at any other date you would suggest. Allow me to remind you that I shall be returning to Turkey on the 5th of December.

Sincerely yours,

Yüksel Selek

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Yüksel Selek
Kammerstr. 161
4100 Duisburg 1

14.11.1988

Herrn Bundespräsidenten
Dr. Richard von Weizsäcker

Exzellenz,

Ich bin eine 54 jährige türkische Lehrerin. Vor dem Militärputsch war ich Mitglied des Vorstandes der "Progressiven Frauenvereinigung" (IKD) und Verantwortliche des Frauenausschusses in dem Friedensverein der Türkei. 1984 mußte ich wegen politischer Verfolgung meine Heimat verlassen und genieße seither die Gastfreundschaft Ihres Landes.

In diesen vier Jahren habe ich Ihr Land etwas näher kennengelernt und nicht wenige Freundschaften geschlossen. Das Engagement unzähliger Menschen für Frieden, gegen Ausländerfeindlichkeit, zum Schutz der Arbeitsplätze aber auch der Umwelt waren beeindruckende Erlebnisse.

Vor einem Monat, anlässlich des Besuchs von General Evren, hatte ich gemeinsam mit Herrn Görsev Ihnen geschrieben und Sie gebeten, sich für die Respektierung der Menschenrechte in der Türkei einzusetzen. Die Antwort auf diesen Brief habe ich kürzlich erhalten und möchte dafür danken. Leider kann das Regime auch heute die Mindestanforderungen an eine Demokratie im europäischen Sinne nicht erfüllen. Dennoch ist ein wenn auch langsamer Prozeß der Demokratisierung nicht zu leugnen.

Nach Abwägung aller Umstände habe ich mich nun entschlossen, Anfang Dezember in meine Heimat zurückzukehren, um dort zu dem Prozeß der Demokratisierung beitragen zu können.

Ich schreibe Ihnen, um für den Zuflucht zu danken, den Ihr Land mir gewährt hat. Ich möchte Sie aber auch bitten, Ihren Einfluß geltend zu machen, damit die türkische Regierung auf meine Rückkehr nicht auf eine ähnliche Art und Weise reagiert, wie vor einem Jahr auf die Rückkehr von Sargin und Kutlu.

Erlauben Sie bitte, daß ich auch Ihnen ganz persönlich für Ihre Initiativen im Sinne des Friedens, der Menschenrechte, der Toleranz und der Demokratie danke und meine aufrichtige Hochachtung versichere.

Yüksel Selek

TÜRKIYE SOSYAL TARİH ARATIRMA VAKFI
TÜSTAV

Yüksel Selek
Kammerstr. 161
4100 Duisburg 1

14.11.1988

Internationale Frauenliga für
Frieden und Freiheit

Liebe Freundinnen,

Ich bin eine 54 jährige türkische Lehrerin. Vor dem Militärputsch war ich Mitglied des Vorstandes der "Progressiven Frauenvereinigung" (IKD) und Verantwortliche des Frauenausschusses in dem Friedensverein der Türkei. 1984 mußte ich wegen politischer Verfolgung meine Heimat verlassen und genieße seither die Gastfreundschaft der Bundesrepublik Deutschland.

In diesen vier Jahren habe ich dieses Land etwas näher kennengelernt und nicht wenige Freundschaften geschlossen. Das Engagement unzähliger Menschen für Frieden, gegen Ausländerfeindlichkeit, zum Schutz der Arbeitsplätze aber auch der Umwelt waren beeindruckende Erlebnisse. Ich konnte auch miterleben, wie die sich entfaltende Frauenbewegung die soziale und politische Landschaft zu beeinflussen begann.

Im Sommer dieses Jahres konnte eine Abordnung Eurer Organisation die Verhältnisse in der Türkei aus eigener Anschauung kennenlernen. Leider kann das Regime auch heute die Mindestanforderungen an eine Demokratie im europäischen Sinne nicht erfüllen. Dennoch ist ein wenn auch langsamer Prozeß der Demokratisierung nicht zu leugnen.

Nach Abwägung aller Umstände habe ich mich nun entschlossen, gemeinsam mit Frau Beria Onger (der Vorsitzenden der IKD) Anfang Dezember in meine Heimat zurückzukehren, um dort dem Prozeß der Demokratisierung beitragen zu können. Besonders in der Frauenbewegung, die sich trotz jahrelanger Verfolgung weiter entwickelt, will ich mich engagieren. Es ist notwendiger denn je, für die Freiheit und Gleichheit der Frauen einzutreten.

Es ist mir klar, daß der Schritt, den ich nun wagen will, nicht ohne Gefahren ist. Ich rechne mit Eurer Solidarität und bitte Euch, sich dafür einzusetzen, daß die türkische Regierung auf meine Rückkehr nicht auf eine ähnliche Art und Weise reagiert, wie vor einem Jahr auf die Rückkehr von Sargin und Kutlu.

Ich habe diesen Brief in aller Eile geschrieben, damit er rechtzeitig zu Eurer Vorstandssitzung in Hamburg sein kann. Für weitere Informationen stehe ich natürlich zur Verfügung.

Mit herzlichen Gren,

Yüksel Selek

TÜRKIYE SOSYAL TARİH ARATIRMA
TÜSTAV VAKFI

Yüksel Selek
Kammerstr. 161
4100 Duisburg 1
Tel: 0203/37 49 71

25.11.1988

An die Redaktion "Aktuelle Stunde"
Westdeutscher Rundfunk
Postfach
5000 Köln 1

Sehr geehrter Damen und Herren!

Ich bin eine 54 jährige türkische Lehrerin. Vor dem Militärputsch war ich Mitglied des Vorstandes der "Progressiven Frauenvereinigung" (IKD) und Verantwortliche des Frauenausschusses in dem Friedensverein der Türkei. 1984 mußte ich wegen politischer Verfolgung meine Heimat verlassen und genieße seither die Gastfreundschaft Ihres Landes.

Wie Sie vielleicht auch verfolgt haben, gab es im letzten Jahr eine gewisse Verbesserung der politischen Verhältnisse in meiner Heimat. Obwohl die antidemokratischen Gesetze des Militärregimes immer noch in Kraft bleiben, obwohl Folter und politische Verfolgung noch immer gang und gäbe sind, haben der Druck vom Ausland und der Widerstand im Lande zu einer flexibleren Haltung der Regierung geführt. Nach Abwägung aller Umstände habe ich mich nun entschlossen, am 6. Dezember in meine Heimat zurückzukehren, um persönlich an dem Prozeß der Demokratisierung teilhaben zu können.

In diesen vier Jahren habe ich Ihr Land etwas näher kennengelernt. Das Engagement unzähliger Menschen für Frieden, gegen Ausländerfeindlichkeit, zum Schutz der Arbeitsplätze aber auch der Umwelt waren beeindruckende Erlebnisse. An meinen Aufenthalt in Duisburg werde ich mich mit angenehmen Gefühlen erinnern.

Ich schreibe Ihrer Redaktion, weil ich denke, daß der Fall einer zurückkehrenden türkischen Asylantin für Sie interessant sein könnte.

Hochachtungsvoll,

Yüksel Selek

Yüksel Selek
Kammerstr. 161
4100 Duisburg 1
Tel: 0203/37 49 71

25.11.1988

An Herrn Oberbürgermeister
der Stadt Duisburg
Rathaus
4100 Duisburg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Ich bin eine 54 jährige türkische Lehrerin. Vor dem Militärputsch war ich Mitglied des Vorstandes der "Progressiven Frauenvereinigung" (IKD) und Verantwortliche des Frauenausschusses in dem Friedensverein der Türkei. 1984 mußte ich wegen politischer Verfolgung meine Heimat verlassen und genieße seither die Gastfreundschaft Ihrer Stadt und Ihres Landes.

Wie Sie vielleicht auch verfolgt haben, gab es im letzten Jahr eine gewisse Verbesserung der politischen Verhältnisse in meiner Heimat. Obwohl die antidemokratischen Gesetze des Militärregimes immer noch in Kraft bleiben, obwohl Folter und politische Verfolgung noch immer gang und gäbe sind, haben der Druck vom Ausland und der Widerstand im Lande zu einer flexibleren Haltung der Regierung geführt. Nach Abwägung aller Umstände habe ich mich nun entschlossen, am 6. Dezember in meine Heimat zurückzukehren, um persönlich an dem Prozeß der Demokratisierung teilhaben zu können.

In diesen vier Jahren habe ich Ihr Land etwas näher kennengelernt und nicht wenige Freundschaften geschlossen. Das Engagement unzähliger Menschen für Frieden, gegen Ausländerfeindlichkeit, zum Schutz der Arbeitsplätze aber auch der Umwelt waren beeindruckende Erlebnisse. An meinen Aufenthalt in Duisburg werde ich mich mit angenehmen Gefühlen erinnern.

Ich schreibe jetzt, um Ihnen für die Zuflucht zu danken, den Ihre Stadt mir gewährt hat. Ich möchte Sie aber auch bitten, Ihren Einfluß geltend zu machen, damit die türkische Regierung auf meine Rückkehr nicht mit Festnahme und tagelangen polizeilichen Verhören reagiert. Bitte behalten Sie die Umstände meiner Rückkehr im Auge.

Hochachtungsvoll,

Yüksel Selek

Süddeutsche Zeitung

REDAKTION

Außenpolitische Redaktion

Herrn

A. Lachauer

Rheinstraße 24/II

8 M ü n c h e n 40

Sendlinger Straße 80
Postfach 202220
8000 München 2
Fernruf 2183 ...

14. Dezember 1987
sae/St

Sehr geehrter Herr Lachauer,

weshalb die Verhaftung der Politiker Sargin und Kutlu erst am 7.12. gemeldet wurde, kann ich Ihnen leider nicht sagen. Unserer Nachrichtenredaktion hat wohl vorher keine Meldung vorgelegen. Dagegen hat unser Korrespondent Carl E. Buchalla den Fall schon vorher ausführlich dargestellt - siehe Beilage!

Mit freundlichen Grüßen



Wilhelm Saekel

*Aticigim St'e lozim yazdigimuz
Dunyanin mektubuna bu cevap geldi!
Kaltin de siz bunlarcada (Posta)
bizi unun!*



SENAAT

The Honourable Sir OZAL

Prime minister of the Republic of Turkey

Ankara

TURKEY

Brussels, 18.11.'87

Dear Sir,

The undersigned, members of the Belgian Parliament, are very upset about the arrest and the imprisonment of the leaders of the Turkish Labour Party and the Turkish Communist Party.

They insist on the immediate liberation of those people and also demand to respect the democratic rights of all Turkish opposition parties.

As a democratic Nation asking for membership of the E.E.C., Turkey certainly has to commit to the *Universal declaration of human rights*, assuring the freedom of political commitment.

Looking forward to your positive reactions,
we remain
respectfully yours,

Marjet van Puymbroeck, Joan Pepermans, Mieke Vogels, Ludo Dierickx, Magda Aelvoet, Eric Gryp, Wilfried Van Durme.

Marjet van Puymbroeck
Senator

Helmut
Senator

Pepermans
Senator

İzlenli 3 say. I

[Handwritten signatures of Marjet van Puymbroeck, Joan Pepermans, Mieke Vogels, Ludo Dierickx, Magda Aelvoet, Eric Gryp, and Wilfried Van Durme]

ZUR SOFORTIGEN VORLAGE !

Sehr geehrte Frau Olms,
Nachstehend die neuesten Informationen zum Fall KUTLU und
SARGIN. Ich wäre sehr dankbar, wenn ich Sie unmittelbar nach
Ihrer Rückkehr sprechen (zu mindestens telefonisch) dürfte.
Die Telefonnummer des Anwaltsbüros in Ankara: 2303611. Sie
können Ersan SANSAL oder Bahri BELEN verlangen. Ich wünsche
Ihnen eine gute Reise und viel Erfolg.

Hochachtungsvoll,
Ali Söylemezoglu

TÜRKİYE SOSYALİSTİK HUKUK VE İKTİSADİyat VAKFI

DIE GENERALSEKRETÄRE VON DER ARBEITERPARTEI DER TURKEI (TIP) UND DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER TURKEI (TKP) WURDEN DURCH DRUCKWASSER, ELEKTROSCHOCKS UND AUFHÄNGEN GEFOLTERT

- Zwei Anwälte von Sargin und Kutlu wurden festgenommen.
- Die Staatsanwaltschaft beim Staatssicherheitsgericht (DGM) läßt den Anwälten von Sargin und Kutlu keine Akteneinsicht zu.
- Die Anwälte werden daran gehindert, das Gerichtsgebäude zu betreten.

Ankara, den 08.12.1987 (BEM) - Während der Generalsekretär der TIP, Nihat Sragin und der Generalsekretär der TKP, Haydar Kutlu, erklärten, daß sie im Polizeipräsidium durch Druckwasser, Elektroschocks und Aufhängen gefoltert wurden, wurden ihre Verteidiger, Rechtsanwälte Atilla Coskun und Rasim Öz von der Polizei festgenommen. Die Staatsanwaltschaft beim DGM erklärte, die Akte mit den Aussagen von Kutlu und Sargin bei der Polizei den Anwälten nicht ausgehändigt wird.

Der TIP-Generalsekretär Nihat Sargin und TKP-Generalsekretär Haydar Kutlu, die 19 Tage lang ohne Kontakt mit der Außenwelt beim Polizeipräsidium in Ankara und der DGM-Staatsanwaltschaft vernommen wurden, berichteten gegenüber ihren Anwälten, daß sie gefoltert worden sind. In einer an die Staatsanwaltschaft gerichteten Beschwerde geben Kutlu und Sargin an, daß sie während der Verhöre im Polizeipräsidium von Ankara durch Elektroschocks, kaltes Druckwasser und Aufhängen gefoltert worden sind.

In ihrem Rundschreiben vom 7.12.87 erklärt die Amnesty International (AI Index EUR 44/88/87 UA 346/87) wörtlich: "Amnesty International is informed that Haydar Kutlu and Dr. Nihat Sargin had indeed been tortured during police detention and there is fear that their lawyers, Atilla Coskun and Rasim Öz, may also be subjected to torture while being interrogated."

Der Rechtsanwalt Atilla Coskun, der zusammen mit seinen Kollegen zum ersten Anwaltstermin zu den Generalsekretären der TIP und der TKP in das Zentralgefängnis von Ankara ging, in dem die beiden führenden Politiker in der Isolationshaft

gehalten werden, wurde von den Polizisten umzingelt. Die Polizisten sagten, sie seien gekommen, um ihn zum politischen Dezernat der Polizei mitzunehmen. Nachdem die zehn Anwälte erklärt haben, daß sie ins Gefängnis gekommen sind, um mit ihren Mandanten zu sprechen, konnten sie ca. eine Stunde mit Sargin und Kutlu sprechen.

Nach dem Besuch nahmen die Polizisten vom politischen Dezernat die Rechtsanwälte Rasim Öz und Atilla Coskun fest.

Die übrigen Anwälte von Dr. Sargin und Kutlu wandten sich an das Präsidium der Anwaltskammer der Türkei, die Staatsanwaltschaft beim DGM und das Justizministerium und forderten sie auf, in erforderlicher Weise einzugreifen, da diese Maßnahme die Verhinderung des Verteidigungsrechts darstelle.

Ferner ließ die Polizei an einige Zeitungen die Meldung durchgesickern, die Generalsekretäre der TIP und der TKP hätten ihre Freunde in der Türkei verraten hätten. Die ermittelnde Staatsanwaltschaft beim Staatssicherheitsgericht (DGM) lehnte ab, die Akte mit den Aussagen von Sargin und Kutlu bei der Polizei, der Staatsanwaltschaft und dem Untersuchungsrichter ihren Anwälten auszuhändigen.

Die Anwälte von Sargin und Kutlu erklärten, daß der Paragraph 143/3 der türkischen Strafprozeßordnung völlig eindeutig ist und der Staatsanwalt beim DGM, Ulkü Coskun, der die Akteneinsicht ablehnt, sich offen eines Vergehens schuldig macht. Die Anwälte gaben bekannt, sie würden gegen die Verhaftung ihrer Mandanten Einspruch einlegen und deshalb die Akte auf jeden Fall sehen müßten.

Die Anwälte von Sargin und Kutlu haben mit einem Antrag offiziell die Prozeßvorbereitungsakte von der Staatsanwaltschaft beim DGM angefordert.

Am Dienstag, dem 8.12.87 gingen die Rechtsanwälte Ersan Sansal, Ahmet Tahtakilic zusammen mit anderen Kollegen zum Gebäude des Staatssicherheitsgerichtes (DGM) in Ankara, um noch einmal das gesetzliche Recht der Akteneinsicht in Anspruch zu nehmen. Sie wurden jedoch durch die Polizei daran gehindert, das Gerichtsgebäude zu betreten. Dieser in der türkischen Justizgeschichte einmalige Akt der Willkür wurde mit einem Protokoll festgehalten. Das Verhalten der Staatsanwaltschaft ist ein weiterer Indiz dafür, daß in diesem Verfahren selbst die elementarsten Regeln der Rechtsstaatlichkeit verletzt werden.

ZUR SOFORTIGEN VORLAGE !

Sehr geehrte Frau Gansefort,
Nachstehend die neuesten Informationen zum Fall KUTLU und SARGIN. Ich wäre sehr dankbar, wenn ich Sie unmittelbar nach Ihrer Rückkehr sprechen (zu mindestens telefonisch) dürfte. Die Telefonnummer des Anwaltsbüros in Ankara: 2303611. Sie können Ersan SANSAL oder Bahri BELEN verlangen. Ich wünsche Ihnen eine gute Reise und viel Erfolg.

Hochachtungsvoll,
Ali Söylemezoglu

DIE GENERALEKRETÄRE VON DER ARBEITERPARTEI DER TURKEI (TIP) UND DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER TURKEI (TKP) WURDEN DURCH DRUCKWASSER, ELEKTROSHOCKS UND AUFHÄNGEN GEFOLTERT

- * Zwei Anwälte von Sargin und Kutlu wurden festgenommen.
- * Die Staatsanwaltschaft beim Staatssicherheitsgericht (DGM) läßt den Anwälten von Sargin und Kutlu keine Akteneinsicht zu.
- * Die Anwälte werden daran gehindert, das Gerichtsgebäude zu betreten.

Ankara, den 08.12.1987 (BEM) - Während der Generalsekretär der TIP, Nihat Sargin und der Generalsekretär der TKP, Haydar Kutlu, erklärten, daß sie im Polizeipräsidium durch Druckwasser, Elektroschocks und Aufhängen gefoltert wurden, wurden ihre Verteidiger, Rechtsanwälte Atilla Coskun und Rasim Öz von der Polizei festgenommen. Die Staatsanwaltschaft beim DGM erklärte, die Akte mit den Aussagen von Kutlu und Sargin bei der Polizei den Anwälten nicht ausgehändigt wird.

Der TIP-Generalsekretär Nihat Sargin und TKP-Generalsekretär Haydar Kutlu, die 19 Tage lang ohne Kontakt mit der Außenwelt beim Polizeipräsidium in Ankara und der DGM-Staatsanwaltschaft vernommen wurden, berichteten gegenüber ihren Anwälten, daß sie gefoltert worden sind. In einer an die Staatsanwaltschaft gerichteten Beschwerde geben Kutlu und Sargin an, daß sie während der Verhöre im Polizeipräsidium von Ankara durch Elektroschocks, kaltes Druckwasser und Aufhängen gefoltert worden sind.

In ihrem Rundschreiben vom 7.12.87 erklärt die Amnesty International (AI Index EUR 44/88/87 UA 346/87) wörtlich: "Amnesty International is informed that Haydar Kutlu and Dr. Nihat Sargin had indeed been tortured during police detention and there is fear that their lawyers, Atilla Coskun and Rasim Öz, may also be subjected to torture while being interrogated."

Der Rechtsanwalt Atilla Coskun, der zusammen mit seinen Kollegen zum ersten Anwaltstermin zu den Generalsekretären der TIP und der TKP in das Zentralgefängnis von Ankara ging, in dem die beiden führenden Politiker in der Isolationshaft

Klaus D.Bufe

Heiermannsfeld 12

4200 Oberhausen 1

Barış Partisi, Yeşiller NRW Eyaleti çalışma grubu üyesi.

Sr.Ex.Mahmut Dikerdem

Mektep Sok. No:23/6

Moda Istanbul /Türkei

Barış Komitesi Başkanı

Konu :Paskalya-Yürüyüşü 1988

İlgi :1987 Aralık Gelsenkirchen'deki görüşmemiz.

Ekselans,

yukarıda adı geçen görüşmeye katılan Paskalya-Yürüyüş-Komitesi üyeleri, kendi partilerini ve arkadaşlarını bilgilendirdiler. Kararlaştırıldığı gibi, Paskalya-Yürüyüşü-Ruhr hazırlık Komitesi üyesi olarak, Yeşiller Partisi adına Sizin Paskalya yürüyüşüne katılmanızı rica ediyorum. Partimizin Merkez Yönetim Kurulu'nun davetini ilişikte gönderiyorum. Partimizin Meclis grubu adına bir davetiye size başka bir posta ile gönderilecektir.

Paskalye-yürüyüş komitesi-Şaraplararak, Sizin 03.04.88 de Wattenscheid' de, ülkenizdeki barış mücadelesi ve finansmanlarınızın Federal Almanya'daki demokratik örgütlerde ne şekilde yer almaları gerektiği konusunda, konuşmanızı arzu ediyoruz.

1988 Paskalye-yürüyüşü-Ruhr hakkında daha etraflı bilgiyi, önümüzdeki günlerde, Dortmund'daki ortak büromuzdan gönderilecek olan broşürden edinebilirsiniz.

02.04.88 Rheinhausen'deki mitinge ve 04.04.88 tarihindeki basın toplantısında katılmanız mümkün olursa daha da seviniriz.

Eğer konuşmanızı daha önceden bize göndermeniz mümkün olursa, "geçerli olan söylenen sözdür." kaydıyla hazırlanan basın dosyasına koymamız mümkündür.

Partimizdeki tüm arkadaşlar, eğer Sizinle ve NRW-Eyaletindeki türkiyeli Demokratik örgüt temsilcileriyle uzun sohbet etmek olanağı bulurlarsa, minnettar olacaklardır. Böylesi bir sohbe tarafımızdan, NRW-Eyaleti ve Merkez Yönetim Kurullarından, Meclis grubundan ve yetkili komusyonlardan arkadaşlar katılabilirler.

Barış çalışmaları her zaman mali masraflara bağlıdır. Parti grubundan Sizin yol ve diğer masraflarınızı üstlenmelerini rica ettim. Çünkü bu Paskalya-Yürüyüşü-Ruhr 'un olanaklarını aşmaktadır. Bu konunun önümüzdeki günle rde açıklık kazanacağını umuyorum. Meselenin bu yönünde bizimle dostça açıklığa kavuşturmanızı rica ediyorum. Ülkemize seyahatinizi nasıl düşündüğünüzü ve arzularınızı lütfen bize bildirirseniz, yerine getirebilmek için elimizden geleni yapmak için gayret sarfederiz.

Dostumuz Zeynel Tuna'dan hem dil hemde her iki ülkedeki gelişmeleri bilen biri olarak, tüm seyahatiniz süresinde, size refakat etmesini rica ettik. Tanıdığınızı sandığımız Tuna dostumuz, uzun yıllardır Barış ve sendikal harekette aktif olarak çalışmaktadır. VVN/BdA üyesidir partimize yakın birisidir.

Size iyi seyahatler diler, arkadaşım Tuna ile Sizi aramızda göreceğimizden ve Size refakat edeceğimizden mutluluk duyduğumu belirtmek isterim.

Dostça hürmetlerimle

Oberhausen, 22.02.1988

Action

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARASTIRMA YAKINI
TÜSTAV

DER VORSTEHER
DES EIDGENÖSSISCHEN DEPARTEMENTES
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Bern, den 22. Januar 1988

Frau Anjuska WEIL
Langgrütstrasse 98
8047 Z ü r i c h

Sehr geehrte Frau Weil,

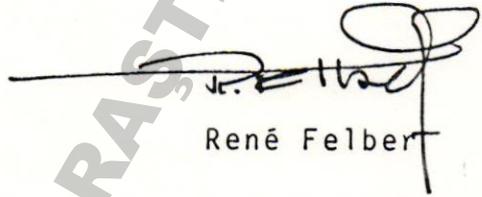
Ich beziehe mich auf die an den Bundesrat gerichtete Petition vom 8. Dezember 1987, die eine Intervention zugunsten von Herrn Haydar Kutlu und Herrn Nihat Sargin, Generalsekretäre der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei (TBKP), die bei der Rückkehr in ihre Heimat im vergangenen Jahr verhaftet worden sind, bei den türkischen Behörden verlangt.

Die schweizerische Botschaft in Ankara hat Ende des vergangenen Jahres beim türkischen Aussenministerium interveniert, um sich über das Schicksal von Herrn Kutlu und Herrn Sargin zu erkundigen. Nach den uns vorliegenden Informationen befinden sie sich in Untersuchungshaft, und die gegen sie gerichtete Anklageschrift soll fast fertiggestellt sein, weshalb uns die darin enthaltenen Anklagepunkte noch nicht bekannt sind. Das Verfahren vor dem Staatssicherheitshof von Ankara wird öffentlich sein, und die Verteidigung wird von zahlreichen Anwälten wahrgenommen werden, die die beiden Angeklagten uneingeschränkt besuchen können. Dadurch dürfte eine Garantie bezüglich ihrer Haftbedingungen gegeben sein.

Seien Sie versichert, dass wir das gegen Herrn Kutlu und Herrn Sargin laufende Strafverfahren weiterhin aufmerksam verfolgen

werden. Wir behalten uns auch vor, zu ihren Gunsten bei den türkischen Behörden zu intervenieren, falls das gegen sie ausgesprochene Urteil im Widerspruch zu den in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankerten Rechten, z.B. zu Artikel 8 über die Meinungsäusserungsfreiheit, stehen sollte.

Ich versichere Sie, sehr geehrte Frau Weil, meiner vorzüglichen Hochachtung.



René Felber

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

ANZEN FAKTEN UND TENDENZEN FAKTEN

Syrien: Mit Folter gegen den Kommunismus?

Über 150 Personen sind im August / September 1987 in Syrien wegen angeblicher Verbindungen zur verbotenen «Partei der Kommunistischen Aktion» (PCA) festgenommen worden. Gleichzeitig wurden auch vom «KP-Politbüro» (CPPB), einer anderen, ebenfalls verbotenen Partei, fünf Mitglieder verhaftet. Alle damals Festgenommenen sind bis heute ohne Anklage und Prozess in Haft. Berichten zufolge sollen mehrere schwer gefoltert worden sein.



Den Anfang nahm die Verhaftungswelle offenbar in Damaskus: am 11. August verhaftete der militärische Nachrichtendienst einige Mitglieder des PCA, darunter auch die zwei Zentralkomiteemitglieder Akram al-Bunni und Wajih Ghanem. Während der darauffolgenden zwei Monate weiteten sich dann die Verhaftungen aus: in Damaskus, Homs Aleppo, Lataquiyya und al-Tabqa wurden mehrere Hundert Verdächtige festgenommen – ungefähr 150 von ihnen wurden nicht wieder freigelassen.

Unter den inhaftierten Mitgliedern der PCA sind solche, die von den Sicherheitskräften seit 1980 gesucht worden sind. Andere Gefangene werden jedoch anstelle nicht gefundener Verdächtiger als Geiseln gehalten. Von den verhafteten CPPB-Mitgliedern fehlt ausserdem bis heute jede Spur.

Die im Zusammenhang mit dieser Verhaftungswelle gemeldeten Folterungen scheinen bei den Gefangenen zum Teil schwere Verletzungen, wie Lähmungserscheinungen, verursacht zu haben. ai hat sich mit Soforthilfeaktionen für sechs namentlich bekannte Folteropfer eingesetzt.

Türkei: Vom Exil ins Gefängnis

Die Generalsekretäre der «Türkischen Kommunistischen Partei» (TKP) und der «Türkischen Arbeiterpartei» (TIP), Haydar Kutlu und Dr. Nihat Sargin, wurden bei der Rückkehr aus ihrem jahrelangen Exil am 16. November 1987 in Ankara sogleich festgenommen. Beiden wird unter anderem vorgeworfen, eine illegale Organisation – gemeint sind die kommunistischen Parteien – geleitet zu haben.

Haydar Kutlu und Nihat Sargin sind nach ihrer Festnahme während drei Wochen im Polizeihauptquartier von Ankara ohne Kontaktmöglichkeiten zur Aussenwelt festgehalten worden. Ihren Anwälten berichteten sie später von schweren Folterungen die ihnen in der ersten Woche zugefügt worden seien.

Seit dem Militärputsch von 1980 wurden Hunderte von türkischen Staatsbürgern wegen ihrer Mitgliedschaft zur TKP oder zur TIP inhaftiert. Am 28. Oktober 1987 verurteilte das Militärische Berufungsgericht von Ankara insgesamt 104 TKP-Mitglieder zu Haftstrafen von bis zu 16 Jahren Gefängnis.

Im Oktober letzten Jahres schlossen sich die TKP und der TIP in der «Vereinigten Türkischen Kommunistischen Partei» zusammen. Ein Ziel ist unter anderem die Legalisierung kommunistischer Aktivitäten in der Türkei, und auch die Rückkehr der beiden nun inhaftierten Generalsekretäre war ein Teil dieser Strategie. Auch von anderen politischen Gruppierungen hegen Exilvertreter Rückkehrabsichten. Unter der geltenden Gesetzgebung und Rechtsprechung droht jedoch auch ihnen die Inhaftierung.

Nach Ansicht der türkischen Staatsführung ist die Zeit für die Legalisierung kommunistischer Aktivitäten noch nicht reif. Laut Ministerpräsident Oezal dauert es mindestens fünf Jahre, um die betreffenden Gesetze abzuändern.

AI hat von den türkischen Behörden die sofortige und bedingungslose Freilassung von Haydar Kutlu und Dr. Nihat Sargin verlangt. Ihre Inhaftierung stellt indirekt auch eine Verletzung der Versammlungsfreiheit dar, welche insbesondere in der «Europäischen Menschenrechtskonvention» (EMRK) garantiert ist. Die EMRK wurde von der Türkei ratifiziert.

Vorankündigung

Die Schweizer Sektion von Amnesty International führt, in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe sowie anderen Organisationen am

Freitag / Samstag, 10. und 11. Juni 1988 in Bern

eine zweitägige

Fachtagung zum Thema «Folter und Asylrecht»

durch

Gegenstand dieser interdisziplinären Tagung ist eine Untersuchung des Phänomens der Folter im Zusammenhang ihrer Bedeutung für die Asylpraxis. Die Tagung richtet sich insbesondere an Ärzte und Ärztinnen, Juristen und Juristinnen, Hilfswerksvertreter / -innen, Mitarbeiter / -innen von Beratungsstellen, Menschenrechts- und Flüchtlingshilfe-Organisationen, Behördenvertreter / -innen sowie andere in der Asylpraxis engagierte Personen. Es sind Referate und Diskussionen u.a. zu folgenden Themen vorgesehen:

Das Phänomen der Folter in medizinischer, psychologischer und juristischer Sicht; Asylbewerber, die in ihrem Herkunftsland gefoltert wurden – medizinische Abklärungen und Anforderungen an das Asylverfahren; die Bedeutung von ärztlichen Gutachten als Beweismittel; inwiefern wird Folter als Asylgrund anerkannt?; Diskussion von praktischen Fällen unter juristischen und medizinischen Aspekten;

Das genaue Tagungsprogramm wird zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgegeben.

Nähere Informationen erteilt das Sekretariat der Schweizer Sektion von Amnesty International, Postfach 1051, 3001 Bern, Telefon 031 25 79 66.

An den
Deutschen Gewerkschaftsbund
und an alle
Einzelgewerkschaften

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 16. November 1987 wurden der Generalsekretär der Türkischen Arbeiterpartei (TIP), Nihat Sargin, sowie der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Türkei (KPdT), Haydar Kutlu, auf dem Flughafen von ^{Ankara}~~Istanbul~~ verhaftet und mit unbekanntem Ziel verschleppt. Ihnen wurden die Hände mit Handschellen gefesselt und die Augen verbunden. Die sie begleitenden demokratischen Persönlichkeiten, Journalisten und Abgeordnete des Europa-Parlaments wurden geschlagen und weggeschleppt als sie sich den Deportationsbussen in den Weg stellten.

Sargin und Kutlu waren in ihr Heimatland geflogen, um damit für das legale Wirken ihrer Parteien zu demonstrieren. Beide Parteien sind ebenso wie andere demokratische Parteien und Organisationen seit Jahrzehnten mit einem undemokratischen und unakzeptablen Verbot belegt.

Die demokratische Öffentlichkeit weiß um die Zustände in den türkischen Gefängnissen. Erniedrigung und Folter gehören zum Alltag. So muß man auch in großer Sorge um das Leben dieser beiden aufrechten Demokraten und Patrioten sein.

In dieser Situation sind Solidaritätsaktionen der Gewerkschaften besonders dringend, denn tausende türkischer Kolleginnen und Kollegen sind als Vertrauensleute oder Betriebsräte loyale und aktive gewerkschaftliche Aktivisten! Wir möchten Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen ganz herzlich bitten, das in ihrer Möglichkeit liegende zu tun, um das Leben dieser beiden Persönlichkeiten zu retten.

Mit Dank im voraus und kollegialen Grüßen

Werner Cieslak
Funktion

An die
Fraktion der
Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands im Deutschen Bundestag
- Bundeshaus -

5300 Bonn 1

17. November 1987

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren Abgeordnete der SPD im Deutschen Bundestag!

Am 16. November 1987 sind der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Türkei (KPdT), Haydar Kutlu, und der Generalsekretär der Türkischen Arbeiterpartei (TIP), Nyhat Sargin, in Begleitung demokratischer Persönlichkeiten, Journalisten und Angeordneter des Europaparlaments in ihr Heimatland geflogen, um u. a. damit für das legale Wirken ihrer Parteien zu demonstrieren. Beide Parteien sind seit Jahrzehnten mit einem undemokratischen und unakzeptablen Verbot belegt. Meldungen besagen, daß sie nach ihrer Ankunft unter brutalen Umständen verhaftet und mit unbekanntem Ziel verschleppt worden sind.

Die demokratische Öffentlichkeit weiß um die Zustände in den türkischen Gefängnissen. Erniedrigungen und Folter gehören dort zum Alltag. So sind wir von einer tiefen Sorge um das Leben dieser beiden aufrechten Demokraten ergriffen.

Wir wenden uns in dieser Situation an Sie, an Ihre Fraktion mit der dringenden Bitte, unverzüglich alles zu unternehmen, das Leben dieser beiden Persönlichkeiten zu retten. Wir erhoffen uns, daß ihre Fraktion Anfragen an die Bundesregierung richtet. Dabei geht es uns um die Klärung der folgenden Fragen:

1. Ist der Bundesregierung die Verhaftungsaktion bekannt, und wie wird sie bewertet?
2. Was weiß die Bundesregierung über den Aufenthalt und über die Haftbedingungen?
3. Was weiß die Bundesregierung über die Verhaftungsgründe? Wessen werden sie angeklagt?
4. Kann die Bundesregierung ein rechtsstaatlich einwandfreies öffentliches Gerichtsverfahren bestätigen?
5. Was unternimmt die Bundesregierung, um die Freilassung dieser beiden Persönlichkeiten wie aller anderen demokratischen Persönlichkeiten in der Türkei zu erreichen?
6. Was unternimmt die Bundesregierung gegen die üblicherweise in türkischen Gefängnissen praktizierte Folter?
7. Wie beurteilt die Bundesregierung unter diesen Umständen die weiteren Verhandlungen mit der Türkei, die das Ziel der vollen Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Gemeinschaft verfolgen?
8. Welche Möglichkeiten bestehen für die bundesdeutsche Botschaft in der Türkei, diese beiden Persönlichkeiten zu besuchen und zu betreuen?

9. Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, eine Delegation demokratischer Persönlichkeiten in die Türkei politisch und finanziell zu unterstützen?

In Erwartung Ihrer geschätzten Antwort verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

Parteivorstand der DKP

(Herbert Mies)
Vorsitzender

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Düsseldorf, den 17. November 1987

An den
Bundespräsidenten
der Bundesrepublik Deutschland
Herrn
Richard v. Weizsäcker
Bundespräsidialamt
Adenauerallee
5300 Bonn 1

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Wir wenden uns an Sie persönlich in Ihrer Eigenschaft als Bundespräsident und als Atatürk-Preisträger.

Sie waren vor einiger Zeit selbst in der Türkei und haben einen offiziellen Staatsbesuch abgestattet.

Am 16. November 1987 sind die Generalsekretäre der Kommunistischen Partei der Türkei (KPdT), Haydar Kutlu, und der Generalsekretär der Türkischen Arbeiterpartei (TIP), Nihat Sargin, in Begleitung demokratischer Persönlichkeiten, darunter Journalisten und Abgeordnete des Europa-Parlaments, in ihr Heimatland geflogen. Es war u. a. auch gedacht als eine Demonstration für das legale Wirken dieser beiden Parteien, die bereits seit vielen Jahren mit einem unakzeptablen und jedem demokratischen Anspruch zuwiderlaufenden Verbot belegt sind.

Auf dem Flughafen, so die entsprechenden Meldungen, wurden beide unter brutalen Umständen verhaftet und mit unbekanntem Ziel verschleppt. Die demokratische Öffentlichkeit weiß um die schlimmen Zustände in den türkischen Gefängnissen. Erniedrigungen und Folter gehören dort zum blutigen Alltag. So wenden wir uns auch in großer Sorge um das Leben dieser beiden aufrechten Demokraten an Sie.

Wir erwarten, daß Sie sich persönlich mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für das Leben dieser beiden Persönlichkeiten einsetzen.

Und das muß schnell erfolgen, denn jeder Tag kann für sie tödlich sein. Bitte, informieren Sie uns darüber, welche konkreten Schritte Sie in dieser Angelegenheit unternommen haben.

Rasches und energisches Handeln ist auch deswegen erforderlich, weil gerade unsere türkischen Mitbürger, die wir aus den Fabriken und anderen Bereichen als liebenswerte Freunde und Arbeiter kennen, hier in unserem Land immer noch Diskriminierungen aller Art ausgesetzt sind.

In Erwartung einer baldigen Antwort verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

(Herbert Mies)

Vorsitzender der DKP

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Düsseldorf, den 17. November 1987

An die
Regierung der Republik Türkei
Herrn Ministerpräsident Özal
Ankara
Türkei

Herrr Ministerpräsident Özal!

Meldungen besagen, daß der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Türkei (KPdT), Haydar Kutlu, sowie der Generalsekretär der Türkischen Arbeiterpartei (TIP), Nihat Sargin, am 16. November 1987 bei ihrer Ankunft in Ankara und in Begleitung demokratischer Persönlichkeiten, Journalisten und Abgeordnete des Europaparlaments, brutal verhaftet und mit unbekanntem Ziel verschleppt worden sind.

Die demokratische Öffentlichkeit weiß um die Zustände in den türkischen Gefängnissen. Erniedrigung und Folter gehören zum Alltag. Aus diesem Grunde sind wir in großer Sorge um das Leben dieser demokratischen Persönlichkeiten und Patrioten.

Der Flug in ihre Heimat verfolgte das Ziel, für das legale Wirken ihrer Parteien zu demonstrieren, die seit Jahrzehnten mit einem undemokratischen und unakzeptablen Verbot belegt sind.

Der einzige "Vorwurf", der ihnen gemacht werden kann, ist der, daß sie sich in nationaler und internationaler Verantwortung für die Interessen der Arbeiter, aller arbeitenden Menschen der Türkei eingesetzt haben.

Aus diesem Grunde fordern wir Sie auf, den Willkürakt der türkischen Behörden auf das schärfste und entschiedenste zu verurteilen und die unverzügliche Freilassung dieser beiden Persönlichkeiten zu veranlassen. Wir verbinden das mit der nachdrücklichen Forderung nach Freilassung aller widerrechtlich gefangen gehaltenen Demokraten und Patrioten, nach einer Aufhebung des Verbots dieser wie anderer demokratischer Parteien der Türkei!

Sie müssen das Recht erhalten, ohne jedwede Unterdrückung und Diskriminierung politisch wirken zu können!

In diesem Sinne erwarten wir eine Antwort von Ihnen.

Parteivortand der
Deutschen Kommunistischen Partei

(Herbert Mies)
Vorsitzender

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

init. yazdığı Melek
- Bilgi için ..

INITIATIVE FOR THE PROTECTION
OF POLITICAL EMIGRANTS TO TURKEY

Hansastr. 86
D-4100 Duisburg 1

12. 12. 1987

Human Rights Commissions
of the United Nations

Palais Des Nations

GENF

Ladies and Gentlemen,

approximately one month ago the "Initiative for the Protection of Returning Political Emigrants to Turkey" was found in the Federal Republic of Germany. The objective of this initiative is to support the democratization in Turkey. Meanwhile there are several local initiatives all over the FRG who have the same objective.

As it is known on 16th November, 1987 the two generalsecretaries of the "Workers' Party of Turkey" and of the "Communist Party of Turkey", Mr. Nihat Sargin and Mr. Haydar Kutlu returned to Turkey from their political exile. Since the 1920s the Communist Party of Turkey has been forced to work illegally and since the military coup d'etat of 12th September, 1980 the Workers' Party of Turkey has been banned as well. On 7th October 1987, at a press conference in Brussels Behice Boran, the president of the Workers' Party, and Haydar Kutlu announced the merger of the two working class parties which had before published the Draft Programme of the United Communist party of Turkey.

The two generalsecretaries returned to Turkey in order to constitute the United Communist Party of Turkey legally.

We regard this step as a very important contribution to the democratization of Turkey.

The two generalsecretaries were accompanied by an international delegation of thirty people. Members of this delegation were Members of the European Parliament, politicians, members of the national assemblies of several countries, lawyers, theologians, anti-fascists and journalists from 8 different European countries. The members of this official delegation were the only eyewitnesses to the arbitrary and unlawful detention of the two politicians as soon as the aeroplane landed at Ankara Airport. Although the contact to their lawyers had been guaranteed before by the generalprosecutor, the two generalsecretaries were detained for 20 days and subjected to long sessions of interrogations without having any contact to the outside world even not to their lawyers nor to their families.

At that time it was known that both party leaders suffered from bad health but the permanent interrogations continued. For these reasons the democratic public was alarmed.

Although there was no risk of escape nor of suppression of evidence, after 20 days of solitary confinement the two party leaders were taken into custody by decision of the general prosecutor, Mr. Nusret Demiral.

Only on 9th December 1987 Mr. Haydar Kutlu and Mr. Nihat Sargin were allowed to have a meeting with their lawyers. At this meeting they declared that they had been tortured by means of electroshocks, cold water, hanging, permanent interrogation and solitary confinement.

This treatment of the two party leaders forms a striking contrast to Human Rights, to Democracy, to International Law and even to Turkish Law.

According to Turkish Law the Maximum detention period is 48 hours. Under these conditions the democratic public has the impression that their trial will not be a fair one. For example during a official meeting with the international delegation on 18th November 1987, the generalprosecutor, Mr. Nusret Demiral, declared that the two party leaders were guilty and were to be treated like normal criminals. Immediately after their meeting with Mr. Nihat Sargin and Mr. Haydar Kutlu two of the lawyers were detained for 24 hours and the general prosecution is preparing an indictment.

At the same time the Turkish government endeavours to enter the European Community and therefore tries to appear as a democratic state. A very important proof were to be the elections of 29th November 1987. Due to the law passed in October 1987 Mr. Özal' s Party which got only about one third of the votes could gain nearly two third of the seats in the National Assembly.

We are of the conviction that the legalization of the communist movement is an indispensable element of democracy. Today Turkey is the only country in Europe where the communist movement is banned and where the freedoms of thought and speech are not guaranteed. The articles 141 and 142 of the Turkish Penal Code that had been adopted from Italian Fascist Law are a disgrace for Turkey.

Turkey is one of the 51 nations who constituted the United Nations. Turkey signed the Human Rights Declaration, the European Human Rights Convention and the Final Act of the Conference at Helsinki, but, nevertheless fundamental Human Rights and Freedoms are ignored in Turkey.

We regard the case of Mr. Haydar Kutlu and Mr. Nihat Sargin a representative for all victims of persecution.

The Parliamentary Assembly of the European Community adopted by a large majority a resolution calling for the release of Mr. Kutlu and Mr. Sargin and freedom for their political activities in future.

On 19th November Amnesty International declared both detainees prisoner of conscience.

We kindly request you to put the case of Mr. Haydar Kutlu and Mr. Nihat Sargin on the agenda of your conference in January 1988. We will send you detailed information including reports written by the lawyers that took part in the international delegation.

Yours faithfully

Gisela Parwez

Gisela Parwez

Türkei Aktuell in Ingilizcesine devam:

(1)

SPD decided to send a representative to Turkey.

The Parliamentary Group of the Social Democratic Party (SPD) in the FRG demanded the release of the two politicians Kutlu and Sargin.

Following discussions initiated by Michael Müller MP, the National Executive Committee of the SPD advised its Parliamentary Group to take action on about the detention of the two General Secretaries Kutlu and Sargin. The Parliamentary Group decided at its session on 23.11.1987. to follow the developments there and inform the Turkish Government of SPD's demands.

German Teachers' Union Protests

The National Executive Committee of the Union for Education and Science GEW affiliated to the National Trade Union Centre (DGB) of Germany protested against the detention of Kutlu and Sargin and demanded their immediate and unconditional release.

DGB Human Rights Must be Secured in Turkey.

The Trade Union Centre of Germany (DGB) issued a leaflet in Turkish stating that "the main precondition for Turkey's entry into the EEC is the re-establishment of democracy in all spheres of social and political life in the country."

"If human rights, trade union and other basic democ-

(2)

atic rights ~~is~~ cannot be guaranteed in Turkey, our Trade Union Centre DGB will mobilize all its existing contacts not only in the FRG but all over Europe to prevent Turkey's entry into the EEC."

Collecting signatures in Solidarity

A solidarity initiative in the FRG comprising of politicians, artists, lawyers and clergymen has prepared ~~the~~ letters of protest to the President ^{and} Prime Minister of Turkey and the Speaker of the Turkish Parliament and started collecting signatures.

Stating that the recent anti-democratic practices in Turkey are in clear violation of all international conventions Turkey is a party to and that she is the only country in Europe where the legality of communist and workers' parties is prevented at legislative and executive levels, the letters of protest go on to say: "Under these conditions, the initiative of the CPT and the WPT General Secretaries to return to Turkey in order to form ^{together} a new party and to secure its legality is of great importance to the process of democratization in the country.

We, as democrats, feel responsible to support this process. This is why we demand that the rights and freedoms of the General Secretaries of the CPT and the WPT as well as of all political refugees who wish to return to Turkey are secured."

Herrsch Hannover, lawyer (Bremen); Lothar Kupp Professor (Frankfurt a. M.); Klaus Liebe-Harkort, Professor (Bremen); Detlev Lüderwald, priest (Frankfurt); Jannis Sakellariou, SPD MEP, Renate Schmidt, SPD MP; Hans-Günther Schramm, Peace List Member of Bavarian State Parliament; Ursula Schumm-Garling, Professor (Dortmund); Barbara Wiemann, ~~the~~ theologian (Dortmund).

(3)

Protest of the Founders of the Heinrich Böll Foundation

400 writers, artists, scientists and representatives of various parties and pressure groups met in Köln and demanded the immediate release of Kutlu and Sargin.

Bremen: Medical Examination Requested

Professor Gerhard Stubi (University of Bremen); Martin Thomas, Chair of the Green Party Group in the Bremen Senate; Willi Hundertmark and the lawyer Dr. Heinrich Hannover of Bremen have appealed to the Ministry of Internal Affairs and the Public Prosecutor's Office of the State Security Court in Ankara to end the interrogation at once and allow the medical examination of the two detainees by a doctor chosen by the defence lawyers.

1800 Doctors in the FRG Demand

the Release of Kutlu and Sargin

Following the URGENT ACTION APPEAL of Amnesty International the protests against the unlawful detention of Kutlu and Sargin increased. 1800 medical doctors and psychologists, all members of AI, have demanded the immediate release of the two politicians.

In the USA, where the Head Quarters of Amnesty International is, an appeal was sent to all doctors, pointing out, among others, that Nihat Sargin was a specialist surgeon for lung diseases.

Protest of Writers and Journalists, including Günter Walraff

Günter Walraff who with his best-seller "lowest of the low" made a sensational impact both

(4)

in Germany and Turkey joined other prominent writers and TV personalities in the FRG in extending support for the initiative of the General Secretaries of the WPT and the CPT in a statement which said that this move risked the lives of the two politicians.

The statement was signed, among others, by the President of the German Writers' Union, Eckerhard Spoo, Professors and lawyers.

The well-known German sports personalities Silvia Schenk and Franz-Joseph Kemper also protested against the detention of Kutlu & Sargin.

Solidarity in Britain: 47 MPs Tabled

an Early Day Motion in the British Parliament

Labour MP Jeremy Corbyn and 46 other MPs tabled an Early Day Motion in the British Parliament which stated; "that this House is alarmed at the detention of Dr Nihat Sargin, the General Secretary of the Workers' Party of Turkey and of Mr Haydar Kutlu, the General Secretary of the Communist Party, in Ankara; calls for their immediate and unconditional release from custody and access to independent legal and medical advice; further calls for the release of all political prisoners in Turkey; believes that democracy in Turkey is incompatible with restrictions on political activity, martial law and repression of the Kurdish people and requests that Her Majesty's Government convey to the Turkish Government its dismay at the continued denial of democracy."

Britain's Communists Take Action

The 40th Congress of the Communist Party of Great Britain which convened on the day immediately after the detention of Kutlu & Sargin passed an Emer-

eni bilgi *

(15)

gency Resolution pointing out the long-standing ban on the communist movement in Turkey, expressing support for the initiative of the General Secretaries to return to Turkey with the aim ~~an order~~ to contribute to the legalization of this movement and protesting against the detention of the two General Secretaries. The Resolution also called for their immediate and unconditional release. Copies were sent to the Turkish Embassy in London as well as to the Foreign and Commonwealth Office.

"Committee for Freedom of Kutlu and Sargin"

A Committee for Freedom of Kutlu and Sargin ~~was~~ ^{is} formed in Britain under the Chairmanship of Jeremy Corbyn MP and secretaryship of Tony Gilbert of Liberation. Further members of the Committee are ^{Labour} MEPs Alf Lomas, Richard Balfe and Stan Newans, MPs Tony Benn, Bernie Grant, Harry Cohen, Diana Abbott, Brian Sedgemore and Chris Smith, * Lord Tony Gifford QC, ~~and~~ lawyers John Bowden and Helena Kennedy, President of the Haldane Society. The Committee is organizing various actions for of solidarity with the detained General Secretaries.

Letters of Protest

A great number of protest letters were sent to President Eren, PM Coal, the Speaker of the Turkish Parliament and the Turkish Ambassador in London expressing concern for the wellbeing of the General Secretaries and asking for their immediate and unconditional release. Letters of support are also sent to the two political leaders in prison. Among the personalities who already sent letters are writers and poets like Harold Pinter and Adrian Mitchell, Members of the European Parliament, representatives of women's and Peace organisations (including the National

Gerry Pocock of the CGB,

⑥

cluding the Campaign for Nuclear Disarmament (CND), and trade unions.

Mikis Theodorakis Sings for Kutlu and Sargin.

The world famous composer and singer Mikis Theodorakis has declared that in his concerts all over Europe he will sing for Kutlu and Sargin. In his concert in Düsseldorf Theodorakis protested against the detention of the General Secretaries and said that his efforts will contribute to the friendship of the peoples of Turkey and of Greece. He dedicated one of his songs to the detained communist leaders. He also urged the audience to register their protest and express their support for Kutlu and Sargin.

Theodorakis' letter to PM Özal

" MR Özal

Firmly convinced that the future of our ~~two~~ countries is greatly dependent on the friendship between our peoples, I urge you to release unconditionally and immediately the Turkish politicians Haydar Kutlu and Nihat Sargin, fighters for peace and democracy. Their release will be proof of the fact that this friendship can be based on nothing else but on principles of national sovereignty, freedom and democracy."

The EEC President warns Turkish Authorities

In a statement by social democratic MP and former Justice Minister of Denmark it is declared that Uffe Elleman-Jensen, the Foreign Minister of Denmark and the present President of the EEC has asked the Turkish authorities to ~~more~~ observe

(7)

the ~~the~~ principles of human rights ~~more~~ with greater care. He asked the Danish Ambassador in Ankara to follow the matter closely.

The Socialist Unity Party of the GDR
expressed its solidarity.

A declaration appeared in the daily Neues Deutschland (19.11.87) registering the protest of the Central Committee of the SED against the detention of the leaders of the two parties ^{and} demanding their immediate and unconditional release and an end to all repressive measures. The declaration concluded: "The CC of the SED ~~reassure~~ would like to reassure the communists of Turkey and all democratic and progressive forces its unwavering solidarity in the struggle to achieve freedom for the two detained comrades Kutlu and Sargin."

Appeal of the Liberation Movements
of the Middle East

The following appeal was sent to the President and the Prime Minister of Turkey by the representatives of the Liberation Movements of the Middle East:

"We, the Middle Eastern Liberation movements have learned that Kutlu and Sargin, the General Secretaries of the CPT and the WPT have been taken into custody in an anti-democratic way.

We strongly protest against this anti-democratic practice which is in clear violation of all human rights agreements; we further condemn the denial of access to their lawyers and demand

(8)

their immediate and unconditional release and the guarantee for the two General Secretaries to freely conduct their political activities."

This appeal was signed by the following: The Communist Parties of Jordan, ~~and~~ Iraq, Egypt, Palestine, Saudi Arabia, Lebanon ^{and} Syria; Group of the Egyptian Patriots Abroad, National Liberation Movement of Bahreyn, Democratic Group of Iraq, Democratic Front for the Liberation of Palestine, Democratic Front Organisation of Jordan, People's Front ~~of~~ for the Liberation of Palestine, People's Front Organisation of Jordan, Socialist Azar Committee of Jordan, People's Liberation Front of Omman, Patriotic Unity of Iraqi Kurdistan, People's Front of Bahreyn, Socialist Party of Syrian Kurds, People's General Command for the Liberation of Palestine, Socialist Party of Iraq, Democratic Party of Iraqi Kurdistan, People's Liberation Organisation of Palestine.

Solidarity from Australia

The return of the WPT and CP T General Secretaries was ~~also~~ received with great enthusiasm in Australia as well. Lots of letters of support came in to the Unity Press Centre.

Among them ~~was~~ ^{were} letters from the National Executive Committee of Australia's Socialist Party which stated that they "supported the initiative of the General Secretaries to return to Turkey in order to legally set up the United Communist Party of Turkey and thus contribute to the process of democratization in the country", from the Vice-President of the Democ-

(9)

ratic Party, MPs Judith Dixon, Michael Arnold, George Crawford, Theo Sidiripoulos and the League for World Disarmament. Letters of solidarity were received further from a great number Australian trade unions, including those of public employees, post workers, painters and decorators, ethnic minorities and immigrants^{and} dock workers. The trade union of the clothing workers said: "We are convinced that the legal foundation of the UOPT will provide an enormous step on the ~~way~~ path to democratisation in Turkey. We wholeheartedly salute the General Secretaries' responsible action to return and wish them every success in their endeavour."

Schweden: The Reaction of Artists

14 artists, including the famous actress Bibi Anderson, Arje Suomi and the well-known journalist Olof Lager, sent letters and telegrams of protest to the President, the Prime Minister and the Speaker of the Turkish Parliament against the detention of Kutlu and Sargin. 100 of the Central Party, the President of the Pen-Club, and the President of the Writers' Union and numerous writers and poets are also among the signatories.

The Foreign Ministry of Sweden have mandated their Embassy in Ankara to give regular reports ^{about} of Kutlu and Sargin's state of health. The ~~Sw~~ Regional Labour Organisation, Amnesty International and many trade unions in Sweden have also sent

(10)

letters of protest and of support. A delegation presented a protest letter to the Turkish Embassy in Stockholm.

In the Netherlands.

A wave of solidarity with the detained General Secretaries Ruthu and Sargin is growing in the Netherlands as well. Among those who registered their protest are: The Humanist Committee for Human Rights, the President of the Humanist and Moral League, Prof 'Dr P. Pandjik, the Social democratic Party and other left Parties and various immigrants organisation. The Parties of the Left Unity SPN, CPN, PPR and PVDA have also sent protest letters to FM Özal and the Turkish Embassy in the Netherlands.

In Greece.

The International Solidarity Committee in Greece organised a visit to the Turkish Embassy in Athens to inform them of their General Meeting decision to call for the immediate and ~~un-~~ unconditional release of Ruthu and Sargin. The Embassy, however, refused to receive them. So the President of the Committee N. Fotiadis asked the Greek Foreign Office to follow the matter and added that their efforts will continue until the General Secretaries' release and return of all political refugees. Other solidarity activities are carried out by trade unions, the Communist Youth Organisation and peace and human rights organisations. In the Greek Parliament MPs of IC politi parties ~~have~~ ^{are} collecting signatures. The Pan-Hellenic Cultural Organisation has also issued.

Paris, den 8.3.1988

Lieber Freund,

Als jemand, der mit der Sache der Menschenrechte auf der ganzen Welt sehr verbunden ist, habe ich mit großer Sorge verfolgt, was meine Brüder und Schwester in der Türkei seit dem 12. September 1980 durchlebt haben.

Die Massenmedien sprechen seit einiger Zeit von einer Normalisierung in diesem Land. Der Ministerpräsident Herr özal macht Maßnahmen zur Demokratisierung bekannt. Seine Regierung hat eine wichtige europäische Konvention über die Folter ratifiziert. Die Türkei strebt nach Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft.

Aber das, was den beiden Parteiführern, H. Kutlu und N. Sargin, die am Vorabend der Parlamentswahlen im November in die Türkei zurückgekehrt sind, um eine legale kommunistische Partei zu gründen, widerfahren ist, widerspricht dieser positiven Entwicklung.

Die Bemühungen von uns Türken und Griechen, um die brüderlichen Beziehungen zwischen beiden Völkern zu verstärken, in Rechnung gestellt, bin ich, als Mitbegründer der Griechisch-türkischen Freundschaftsgesellschaft, sehr empfindlich für das, was heute in der Türkei, Bruderland auf dem Kreuzweg der Zivilisationen, geschieht. Ich bin zutiefst besorgt über das Schicksal dieser beiden politischen Persönlichkeiten. Ich habe noch frisch im Gedächtnis, was wir in der Zeit der Obersten erlebt haben.

Geleitet von solchen Gefühlen fühle ich mich berechtigt, für die Freilassung von Kutlu und Sargin und für die Respektierung der Menschenrechte, darunter die Meinungs- und Organisationsfreiheit, etwas zu unternehmen. In diesem Zusammenhang überreiche ich Ihnen in der Anlage den Entwurf einer Erklärung, die ich zu mehreren einflußreichen Persönlichkeiten in der ganzen Welt schicke. Ich bitte Sie, diese Erklärung zu unterschreiben und mir so bald als möglich zurückzuschicken. Ich werde diese Erklärung in der Öffentlichkeit verbreiten und, mit Ihrer Zustimmung verpflichte ich mich, andere Initiativen in diesem Sinne zu ergreifen. Ich bitte Sie auch, auf Ihre Umgebung in der gleichen Richtung einzuwirken.

Ich warte auf Ihre Antwort. Mit den besten Gefühlen,

Mikis Teodorakis

Adresse:
108, rue du Faubourg du Temple
75011 Paris

* * * * * Text der Erklärung * * * * *

Angeichts des Jahres 2000 ist die Menschheit auf der Suche nach einer neuen Welt.

Diese Welt wird mit den gemeinsamen Bemühungen aller, die ihre Stimme gegen Hunger, Krieg und Unterdrückung erheben, erreicht werden.

Die Entspannung ist in diesem Zusammenhang eine Quelle der Hoffnung.

Dieser Prozeß wird von dem Willen zur Demokratie und zur Freiheit geprägt.

Jedoch werden in einem Land, das sich auf dem Kreuzweg der Zivilisationen befindet, die Menschenrechte immer noch mit den Füßen getreten.

Am 16. November 1987 sind Haydar Kutlu und Nihat Sargin, Generalsekretäre der Kommunistischen Partei und Arbeiterpartei der Türkei in ihre Heimat zurückgekehrt. Sie waren seit dem Staatsstreich vom 12. September 1980 im Exil. Sie erklärten offen ihre Absicht, eine legale kommunistische Partei, die ein unbestreitbares Bestandteil eines demokratischen Regimes ist, zu gründen.

Die beiden Generalsekretäre wurden bei ihrer Ankunft in Ankara festgenommen und mit verbundenen Augen und gefesselten Händen zum Gebäude der politischen Polizei geführt. Sie wurden 19 tagelang verhört und gefoltert, ohne daß sie mit ihren Rechtsanwälten sprechen durften.

Sie befinden sich immer noch in Haft und warten auf ihren Prozeß.

Das ist ein Fall, der sowohl die türkischen Gesetze als auch die internationale und die europäische Konvention verletzt.

Ein Mensch, der für Alle und auf der ganzen Welt die Freiheit fordert, darf angesichts dieser Situation nicht schweigen.

Organisationsfreiheit in der Türkei! Freiheit für Kutlu und Sargin!



Lid
van het Europese Parlement
Jef Ulburghs
bur. Eastman, 304
Belliardstraat, 97-113
1040 Brussel
02/2342965

12/leucht

Brussel, 25 februari 1988

O.ref. B.053/88JB

Betreft: petitie aktie voor de vrijlating van Kutlu en Sargin
in Turkije.

Mijnheer, Mevrouw,

De petitie-campagne, voor de vrijlating van Kutlu en Sargin
in Turkije, gericht aan Belgische Parlementsleden, kreeg
ondersteuning uit alle frakties en geledingen uit ons politiek
bestel.

Bij deze wens ik u te danken voor uw medewerking.

Ten einde de Belgische en de Turkse publieke opinie in te
lichten over onze aktie organiseer ik nu een perskonferentie.

Uw aanwezigheid op deze perskonferentie, zou een bijkomende
steun betekenen voor deze zaak. Is het mogelijk mij te laten
weten of je kan aanwezig zijn?

De perskonferentie gaat door op
dinsdag 15 maart om 10 uur

Plaats:

de perszaal van het Europees Parlement
Belliardstraat, 97-113 1040 Brussel.

Met de meeste hoogachting,

Jef Ulburghs.

imzalarına davet metni



DIE FRIEDENSLISTE

Keßlerplatz 19
8500 Nürnberg 20
Tel. 0911 / 55 72 84

den 13. Juni 1988

Prozeß gegen Kutlu und Sargin geht am 17. Juni weiter

Es soll ein "Jahrhundertprozeß" werden, bei dem die Herrschenden in Ankara "für alle Zeiten mit dem Kommunismus in der Türkei aufräumen" wollen. Doch die vollmundige Ankündigung des eitlen Generalstaatsanwaltes Nusret Demirel wurde schon am ersten Verhandlungstag im schwer bewachten Staatssicherheitsgefängnis in Ankara überraschend durchkreuzt. Die beiden Generalsekretäre Dr. Nihat Sargin (Türkische Sozialistische Arbeiterpartei) und Haydar Kutlu (Türkische Kommunistische Partei), denen man nach freiwilliger Rückkehr in die Heimat jetzt einen Schauprozeß macht, haben sich die Sympathie der türkischen Presse erworben.

Das liegt an der jeder freiheitlichen Ordnung spottenden Behandlung der Journalisten, denen bewaffnetes Gerichtspersonal jeden Zutritt zum Verhandlungsraum verweigerte, in den lediglich 120 Zuhörer passen. Neben Kutlu und Sargin stehen noch vierzehn weitere Gewerkschafter, Journalisten und Rechtsanwälte in diesem Prozeß vor Gericht, da man sie der aktiven Unterstützung der beiden kommunistischen Angeklagten verdächtigt. Die wie in einen engen Hühnerpferch, der von vier Soldaten streng bewacht wird, eingesperrten Angeklagten haben nur wenig Bewegungsmöglichkeit in dem stickigen Gerichtssaal, an dessen Stirnwand in goldenen Lettern ein Leitspruch von Staatsgründer Mustafa Kemal "Atatürk" prangt: "Gerechtigkeit ist die Grundlage des Eigentums".

In dieser höhnischen Anspielung bewegt sich auch der Jargon der Anklageschrift, die an deutschen Stammtischen entworfen worden sein könnte und jedem juristischen Wahrheitsanspruch ins Gesicht schlägt. In dem 231 Seiten langen Schriftstück, dessen Verlesung am ersten Verhandlungstag, am 8. Juni, nach der Passage von Seite 99 eingestellt wurde, heißt es beispielsweise: "Prinzip der Kommunisten ist es, jene zu töten, die nicht auf ihrer Seite stehen". Oder: "...Ihre Taktik ist es, dem Volk nach der Revolution das Geld zu rauben". Und dies: "In den Augen der Kommunisten ist jeder begabte, erfindungsreiche und fähige Mensch ein Faschist, der sterben muß....".

Nihat Sargin und Haydar Kutlu können mit dem Tode bestraft werden, wenn das mit einem Militärriechter und zwei Militärstaatsanwälten besetzte Staatssicherheitsgericht unter dem Vorsitz des Zivilrichters Vehbi Benli nach womöglich langwieriger Verhandlung zu dem Schluß kommen sollten, als Gründungspräsidenten der Vereinigten Türkischen Kommunistischen Partei, die bei ihrer Rückkehr legalisiert werden sollte, hätten sie einen "politischen Umsturz" in der Türkei geplant. Das nach wie vor die Geschehnisse des Staates am Bosphorus beherrschende Militär macht sich dabei die aus dem Mussolini-Faschismus entlehnten Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches zu eigen, die jede "kommunistische Propaganda" unter schärfster Strafe stellen und den Führern von kommunistischen Parteien die Hinrichtung androhen.

Die schlichte Lesart bei der Auslegung dieser Gesetze ist, daß "eine soziale Klasse nicht die Herrschaft über eine andere Klasse" ausüben

darf. Daß Kutlu und Sargin die sozialen Ungerechtigkeiten in ihrem Land nur mit scharfen Worten gegeißelt haben und eine gesellschaftliche Änderung auf friedlichem Wege herbeiführen wollen, ist nach Ansicht der Anklagebehörde in Ankara "unerheblich". In keinem einzigen Satz der Anklageschrift steht auch ein Wort darüber, ob die beiden Generalsekretäre zur Gewalt aufrufen. Verdächtig ist allein ihre "Propaganda", die nach Interpretation der Militärjuristen ausreicht, um mit dem Tode geahndet zu werden.

Dabei waren die Begleitumstände des ersten Verhandlungstages für das fünfköpfige Gericht denkbar ungünstig. Das von Scharfschützen der Polizei und unzähligen Zivilpolizisten umstellte Gericht mußte sich einem Ansturm von weit über tausend Demonstranten erwehren. Darunter befand sich auch eine siebzigköpfige internationale Delegation von Parlamentarierern, Juristen, Politikern, Pädagogen und Kulturschaffenden. An der Spitze der internationalen Beobachter, von denen nur eine Handvoll den Gerichtssaal betreten konnte, marschierten der weltberühmte griechische Komponist Mikis Theodorakis, der für die Menschenrechte in aller Welt streitende britische Kronanwalt Lord Anthony Gifford (Labour-Mitglied im Oberhaus), der französische Senator Charles Lederman, der britische Rechtsanwalt John Bowden, die Grüne Bundestagsabgeordnete Karitas Hensel und der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, Horst Isola. Neben der vierzigköpfigen griechischen Beobachterdelegation war die der Bundesrepublik die zweitgrößte. Zu ihr gehörte auch Hugo Molter, Sprecher der FRIEDENSLISTE Bayern, sowie der Politische Redakteur der "Nürnberger Nachrichten", Helmut Pickel.

Annähernd 420 türkische Rechtsanwälte hatten spontan die Verteidigung der beiden Generalsekretäre und ihrer mitangeklagten Schicksalsgenossen übernommen. Weil nur 120 von ihnen Zutritt zum Gerichtssaal erhielten, griffen die Verteidiger nach der ersten Prozeßpause zu einem wirksamen Demonstrationemittel, das den Prozeß plätzen ließ und die Taktik des Gerichts durcheinanderbrachte: Sie kehrten nach der Pause nicht mehr in den Verhandlungsraum zurück, so daß der Staatsanwalt den Angeklagten nur im Beisein einiger internationaler Beobachter, die am Nachmittag bereitwillig in den Verhandlungssaal vorgelassen wurden, die ausschließlich politisch motivierte Anklageschrift vortragen mußte. Schließlich kapitulierte das Gericht - und vertagte die Verhandlung auf den 17. Juni.

Auch die ausgesperrten Journalisten machten ihrem Unmut über die eklatanten Verletzung des Prinzips eines ungehinderten Zuganges zum Prozeß mit einer ungewöhnlichen Protestaktion Luft: Auf der Straße vor dem Gerichtsgebäude warfen sie ihre Kameras und Notizblöcke auf einen Haufen und ließen durch ihren Sprecher heftige Kritik an der Staatsanwaltschaft verlauten. Umringt wurden die Journalisten von Hunderten von Demonstranten, die immer wieder laut in die Hände klatschten und die Polizei in Verlegenheit brachten. Diese rächte sich damit, daß sie in der Prozeßpause willkürlich vier junge Männer aus Istanbul auf der Straße verhaftete und in Folter-Gewahrsam brachte.

Unter den vielen Gesprächen, die die bundesdeutsche Delegation in den folgenden Tagen in Ankara führte, war das in der BRD-Botschaft ein sehr aufschlußreiches. Im Gespräch mit Legationsrat Meyer von der Konsularbeteiligung stellte sich nämlich heraus, daß Genschers Crew in Ankara keinen Finger krumm macht, um die türkische Regierung von der Verletzung elementarster Menschenrechtsverletzungen abzuhalten. Alle Beobachter waren sich einig, daß der Prozeß des türkischen Staates gegen Kutlu und Sargin in der Tat ein "Jahrhundertprozeß" ist - das Verbot der KP ist nämlich den Herrschenden ein willkommenes Mittel zur Vernichtung jeglicher Opposition in diesem militärstarrenden NATO-Land.

HUGO MOLTER

SOLIDARITÄTSINITIATIVE

MENSCHENRECHTE & DEMOKRATIE IN DER TÜRKEI

Sophie Rieger, Stadträtin
Herbert Stiefvater, Stadtrat
Rolf Langenberger, Landtagsabgeordneter
Hans-Günther Schramm, Landtagsabgeordneter

p.A. Richard Dollinger
Keßlerplatz 19
8500 Nürnberg 20
Tel. 0911 / 55 72 84

Mitglied der bundesweiten „Initiative zum Schutz der in die Türkei zurückkehrenden Emigranten“

16. Juni 1988

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

anbei übersenden wir Ihnen Zeitungsberichte (Stern, Vorwärts, Frankfurter Rundschau, Nürnberger Nachrichten) die über den Prozeßbeginn gegen Haydar Kutlu und Nihat Sargin berichten. Aus all diesen Berichten geht hervor, was eine türkische liberal-konservative Zeitung in ihrer Überschrift zum Ausdruck brachte: "Dies ist kein Prozeß". Wenn der Ex-General und Staatspräsident der Türkei, Kenan Evran, droht, daß wieder "Kräfte am Werk (sind), die das Land in Terror und Anarchie führen wollen" und wenn es die politischen Verhältnisse erfordern "die Türkei wieder von Militärs gerettet werden" muß, (Stern), wird sichtbar, daß es nicht "nur" um einen Prozeß gegen zwei Kommunisten geht, sondern um Demokratie und Menschenrechte in der Türkei.

Der Prozeß, der bereits am zweiten Tag unterbrochen wurde - der Staatsanwalt hatte gerade 99 Seiten der über dreihundert Seiten starken Anklageschrift verlesen - wird am 17. Juni fortgesetzt. Übereinstimmend berichten Prozeßbeobachter und türkische Demokraten, daß die Anwesenheit ausländischer Prozeßbeobachter, insbesondere aus der Bundesrepublik, von großer Bedeutung ist. Unsere Initiative wird deshalb auch weiterhin versuchen Prozeßbeobachter nach Ankara zu entsenden. Wir bitten Sie nachdrücklich zu überlegen, ob Sie nicht selbst für einige Tage nach Ankara fahren können, oder ob Sie Reisen anderer finanziell unterstützen können.

Darüber hinaus bitten wir um Unterstützung für unsere weiteren Aktionen

- Helfen Sie uns Informationen über den Prozeß, über die Türkei zu verbreiten. Referentinnen und Referenten, Materialien stellen wir gerne zur Verfügung
- Protestieren Sie bei der Türkischen Botschaft in Bonn, Ute Str., 5300 Bonn
- Schreiben Sie an den Präsidenten des Staatssicherheitsgerichtes, Cevre Cadessi, Ankara
- Fahren Sie mit nach Ankara zur Prozeßbeobachtung

Das nächste Treffen unserer Initiative findet am Donnerstag, 23. Juni, 19.30 Uhr, im Büro der FRIEDENSLISTE, Keßlerplatz 19, statt

Mit solidarischen Grüßen und bestem Dank für die finanzielle Unterstützung

Die Solidaritätsinitiative wird u. a. unterstützt:

Wolfgang Hauck

Schmidt Renate, MdB • Weiniger Harald • Plärrer-Redaktion • Penzkofer-Demuth Gabi, Sprecherin der Friedensliste Nürnberg • Kraus Hermann • Kulturladen Nord e.V. • Riedel Dieter, Musiker für den Frieden • Häberlein Hans Heinrich, Bundessprecher der DFG-VK • Maurer Johannes, Arbeitskreis Frieden und Abrüstung • Degrin e.V. • Hahn Carl-Dieter, Christliches Friedensbüro • Dahms Annette, Gewerkschaftssekretärin • Kölbl Bernhard, Geschäftsführer • Wolff Jürgen, Stadtrat • Huter Roland, Erzieher • Lennert Norbert, Pfarrer • Buchner Monika, arbeitslos • Göring Ludwig, Vors. VVN/BdA Nürnberg • Hammer Ilse, terre des hommes • Tiefel Otto, Geschäftsführer Arbeiterwohlfahrt Nürnberg • Brünesholz Dorit, Diplom-Sozialpädagogin • Angerinitiative Erlangen e.V. • Rössner Eva • Weber Arno, Friedensinitiative Langwasser • Drab Heinz, Landesvorsitzender der DFU-Bayern • Lindner Doris • Ziegler Ewald, Geschäftsführer der DFU • SDAJ Nürnberg • Schorler Armin, Kreisvorsitzender • Friedensinitiative Nord-Ost • terre des hommes Nürnberg • Schmidt Christian, Landesvorstand DFG/VK • Buchner Monika • Jahn Frederieke • Rode- rich Arnold • Rauser Karin, Lehrerin • Nürnberger Evangelisches Friedensforum (NEFF) • Beltinger Anna, Lehrerin • Meier Daniela, Grafikerin • Evang. Studentengemeinde Nürnberg • Haupt Ernst, Vertrauenskörperleitung • Steinmaier Herta, Theologin • Steinmaier Walter, Pfarrer • Hauck Wolfgang, Stadtrat.

BİRLİK INFORMATION MERKEZİNE

Ekte gönderdiğim yazı, İspanyol KP'nin dergisinde çıkmış.
Madrid'ten bir arkadaş gönderdi.

Kutlu ve Sargın'la ilgili bir şeyler yazmışlar.
Çevirtemedim. Sizler, birisini bulup, anlarsınız.

Selamlar...

güven pamir

münih, 27 nisan 88



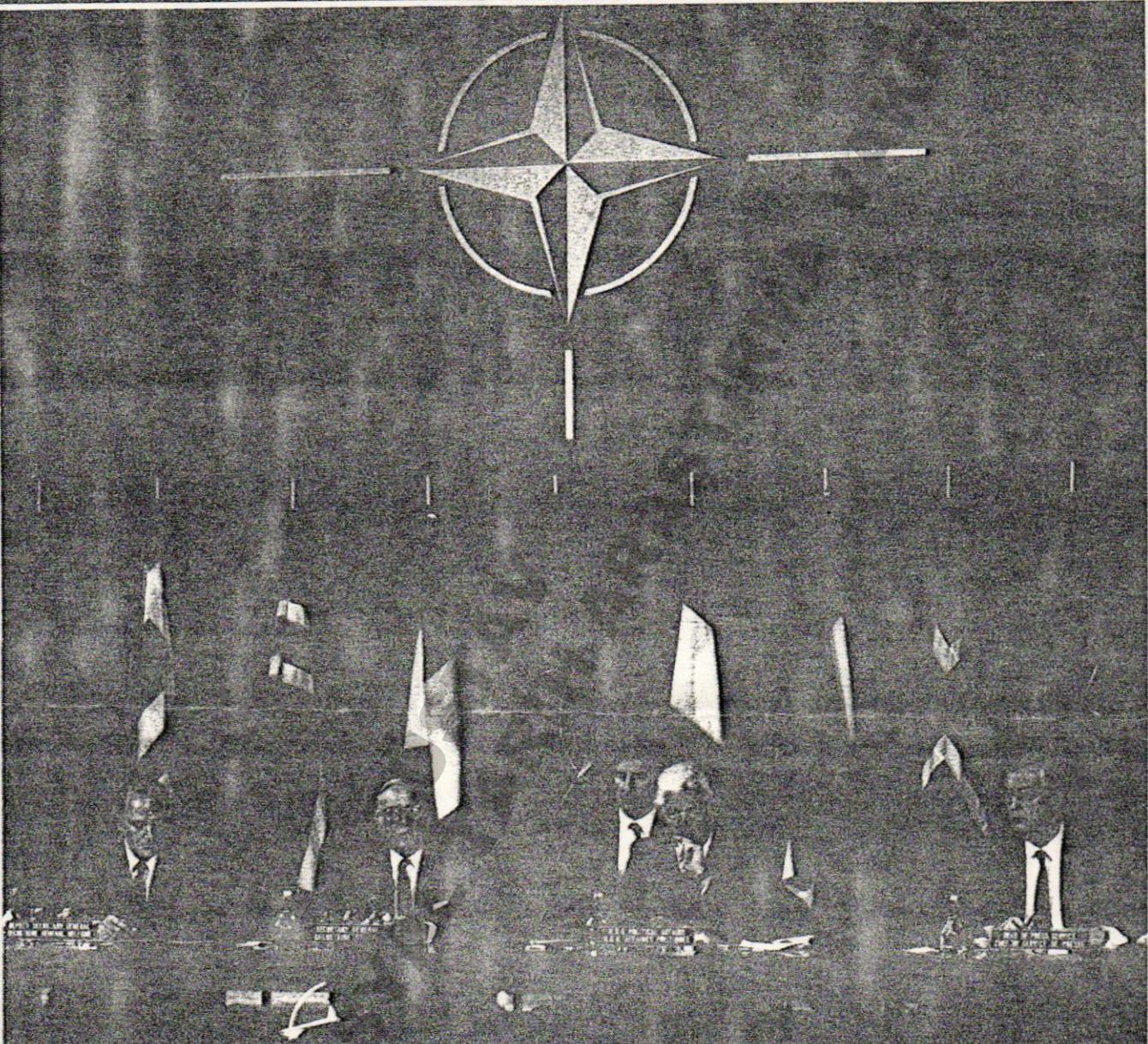
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

obrero

mund



Del 10 al
16 de marzo
de 1981
año 7
n.º 480
125 ptas.



CUMBRE O. T. A. N.

ENTREVISTA CON BARZANTI ■ CC. OO.-C. E. O. E.: REINICIAR EL DIALOGO ■ ISRAEL: LA OPOSICION LLEGA A LAS FILAS DEL EJERCITO

TURQUÍA

KUTLU Y SARGIN, TORTURADOS

Los dirigentes de TBKP (Partido Comunista de Turquía) *Haydar Kutlu* y *Nihat Sargin*, que están detenidos en la prisión central de Ankara, han expresado al fiscal que han sido torturados durante su detención el pasado mes de noviembre.

En su apelación al fiscal expusieron detalles y pormenores. Las declaraciones de ambos, 27 páginas en total, contienen los tipos de torturas a que fueron sometidos. Los declarantes rechazan la sucesión de delitos graves que se les imputan y solicitan que sean tomadas las oportunas medi-

das para refutarlos.

La declaración del secretario general de TBKP (Partido Comunista de Turquía) del día 7 de diciembre de 1987 lleva por título «*Las torturas que se me infligieron bajo falsas acusaciones*». Durante diez días fue interrogado con los ojos vendados, sin dormir, sentado en una silla. Fue desnudado y tuvo que permanecer largo tiempo de pie sobre un suelo de hormigón, mientras que se le apaleó con los ojos tapados.

Tres días después de la detención fue sometido a la tortura de la suspensión. Antes de col-

garle, se le aplicaron chorros de agua helada bajo el efecto de drogas y sin dormir. Después le colgaron como una percha.

En la declaración de *Nihat Sargin*, secretario general del Partido Obrero de Turquía (TIP), se dice: «*He sido sistemáticamente torturado durante los dieciséis días siguientes a mi detención y también posteriormente, en la semana que empezaba el día 16 de noviembre. Salvo la hora de comer y los momentos de ir al servicio, que no superaban unos minutos, permancí con los ojos vendados, sentado en una*

silla; y cuando iba a conciliar el sueño, me despertaban a gritos. Pasé ciento setenta horas sin dormir. Durante las veinticuatro horas del día me interrogaban tres equipos diferentes. So pretexto de proteger mi traje, me vistieron con ropa carcelaria. En el momento en que me dormía, incapaz de aguantar más tiempo despierto, me ponían una inyección en la pierna para reanimarme e impedir que durmiera. Empezó a insultarme uno de los dos jefes de los interrogatorios. Sus insultos iban acompañados de patadas y puñetazos. Me amenaza-

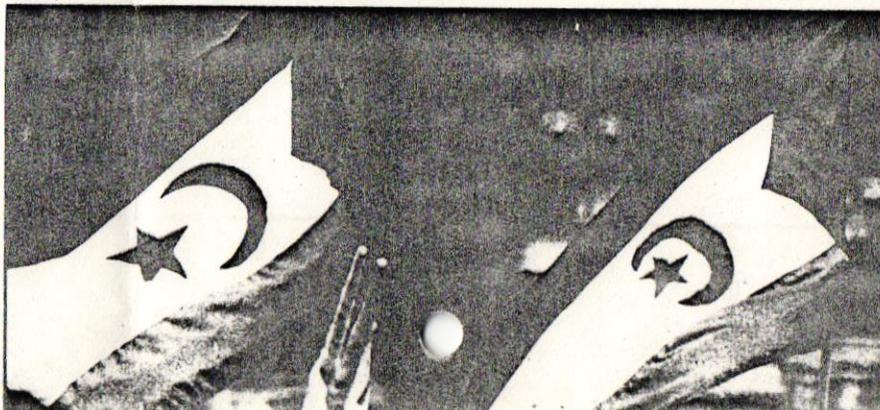
ron con tirarme por la ventana». A continuación describe las sucesivas etapas del interrogatorio: «Me ataron las manos por detrás y pasaron la cuerda por un gancho sujeto en el techo. Comenzó la tortura en suspensión. Luego reanudaron la tortura del agua, en la que cesaron pensando que me había desmayado. Después siguieron insultándome y amenazándome. Delante de una cámara de video nos dejaron repetir nuestras declaraciones, que habían sido arrancadas por la fuerza. No nos quedaba otro remedio que obedecer».

DERECHOS HUMANOS O. N. U.

AUTODETERMINACION DE LA R. A. S. D.

La Comisión de Derechos Humanos de las Naciones Unidas ha adoptado recientemente una resolución sobre el Sahara Occidental, sin ninguna oposición. En ella reafirma que la del Sahara Occidental es una cuestión de descolonización a concluir sobre la base del ejercicio por el pueblo del Sahara Occidental de su derecho inalienable a la

Reino de Marruecos y el Frente Popular de Liberación de Saquía El-Hamra y Río de Oro (Frente Polisario), que emprendan con las mejores esperanzas negociaciones directas, a fin de llegar a un alto el fuego, tendente a crear las condiciones necesarias para un referéndum pacífico y voto de cara a la autodeterminación del pueblo del Sahara

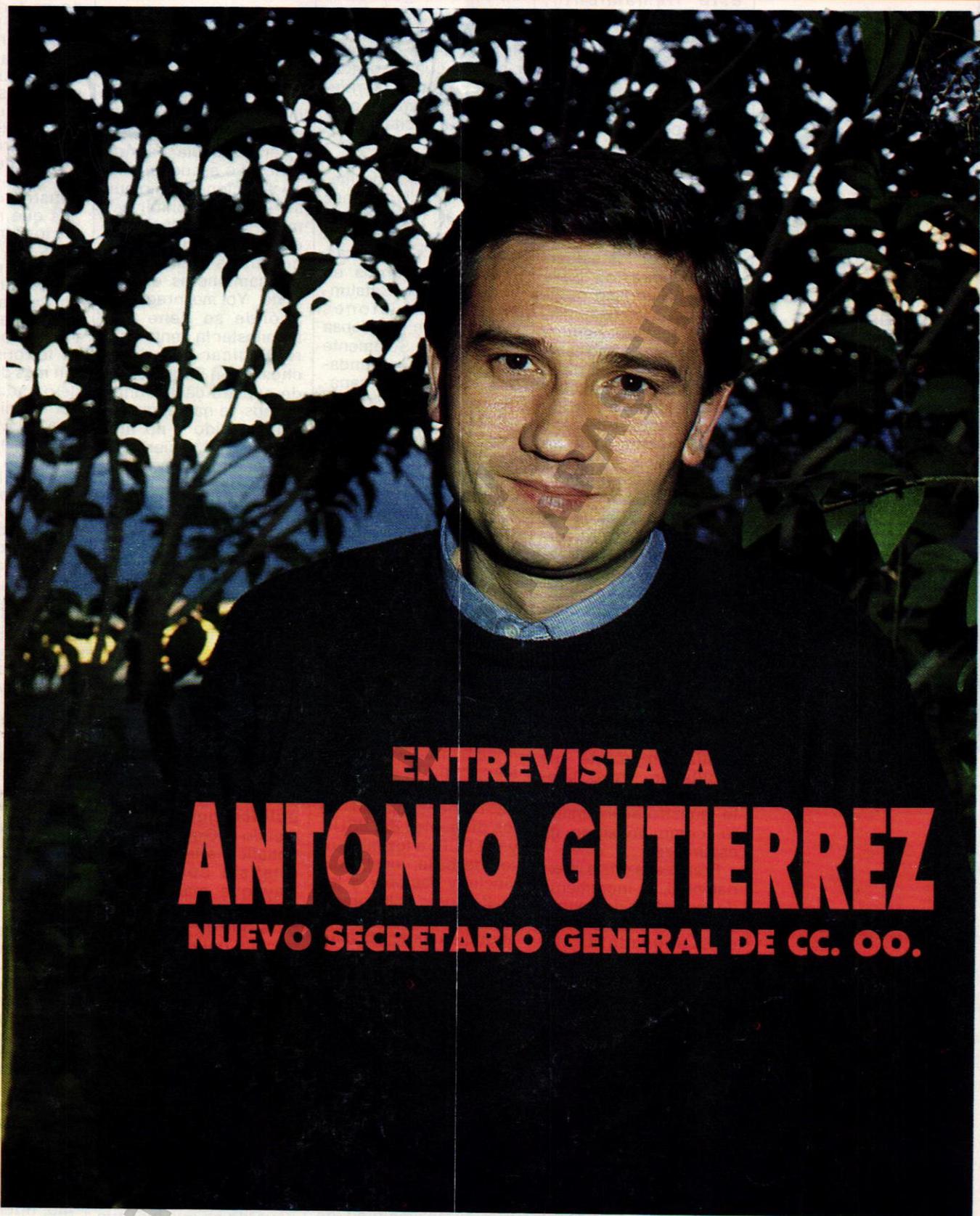


obrero

mund



Del 3 al 9
de diciembre
de 1987
año VIII
n.º 466
125 ptas.



ENTREVISTA A
ANTONIO GUTIERREZ
NUEVO SECRETARIO GENERAL DE CC. OO.

■ CRISTINA ALMEIDA, DETENIDA ■ ENTREVISTA A JUAN CARLOS LEGIDO, PREMIO NACIONAL DE LITERATURA URUGUAYA ■ TURQUIA: ESA SUPUESTA DEMOCRACIA

La aproximación a la Comunidad Europea ha sido el tema central de la campaña electoral en Turquía, y la respuesta a este deseo de la pretendida democracia del país que preside Kenan Evren ha venido dada desde Europa. La detención de los líderes comunistas y la resistencia a la legalización del PC ha puesto en cuestión la «democracia» turca.

ESA SUPUESTA DEMOCRACIA

CARMEN MONZON

Turquía vive un tímido proceso de apertura tremendamente limitado y controlado. En el seno del Gobierno se observa una gran preocupación por que la situación no salga de su control, es un Gobierno representativo de los sectores económicos más poderosos, y en lo social representa los intereses más reaccionarios.

Con la convocatoria de elecciones, el Gobierno ha intentado dar una imagen de cara al exterior, presentar un país que entra en un claro proceso democrático.

La referencia a Europa y al Mercado Común ha sido el tema central en la política de Ankara y así se ha puesto de manifiesto en la campaña electoral, tanto del partido mayoritario, al cual pertenece el actual primer ministro, *Turgut Ozal* (partido de la Madre Patria), como los socialdemócratas de *Ernal Inonu* o los derechistas de la Recta Vía, *Suleiman Demirel*, al que llaman el *Sultán*.

Los países comunitarios son los principales clientes y suministradores de Turquía en su comercio exterior.

En opinión de *García Fonseca*, la detención de los dos secretarios generales de dos formaciones políticas que se fusionarán ahora para formar el Partido Comunista Unificado de Turquía ha desvelado la falsedad de este proceso. La detención de ambos líderes políticos no tuvo por menos que ser recogida por el actual Presidente turco, *Vulen Ecevit*, en un mitin

de la campaña, en el cual no tuvo más remedio que referirse, durante los siete minutos que duró el espacio electoral televisivo, a los detenidos y a explicar cuáles eran las razones del Gobierno para oponerse a la legalización de los partidos de izquierda. *Ecevit* aseguraba que el pueblo turco no estaba aún preparado para asumir la legalización del Partido Comunista, que no hay madurez suficiente para aceptar esta legalización sin traumas, lo cual venía a indicar la consideración del Presidente acerca de la total «inmadurez» del pueblo turco para

asumir unas libertades plenas. Estos argumentos han sido repetidos por miembros de la Administración del Estado, desde el procurador general de la Corte Suprema hasta el presidente de la Cámara de los Diputados. Asimismo, la consideración de que «el PCT es antinacional y antidemocrático» ha sido otro de los cacareados argumentos de las autoridades de Ankara, que no vienen más que a recordar en nuestro país los antiguos argumentos empleados por el anterior régimen para evitar la legalización del PCE.

La ilegalidad de los comunistas tiene en Turquía un acicate legal en su articulado del Código Penal, que prohíbe este partido y que están copiados literalmente del Código de *Mussolini*. Por otra parte, la Constitución turca, entre otras muchas limitaciones, prohíbe la existencia de partidos políticos, del signo que sea, que vayan en contra de los intereses nacionales, que pretendan la hegemonía de una clase sobre otra o que no admitan las «libertades democráticas», y bajo estas estipulaciones homologan al PC, a los partidos fascistas y a los fundamentalistas islámicos.

Con este proceso electoral se pone una vez más de manifiesto la falta de voluntad política del Gobierno para crear espacios de libertades, y eso se evidencia también en el terreno sindical, donde el único sindicato fuerte, representativo, plu-

ralista y con tradición histórica, el DISK, está prohibido, su actuación es clandestina. Sólo hay espacio legal para el Sindicato Turco, de marcado cariz conservador, y otra organización de trabajadores islámica, de carácter religioso. El DISK, antes del golpe de Estado, contaba con varias decenas de miles de afiliados y con gran fuerza en varios sectores. En 1980, época de gran tensión en Turquía, un millón de trabajadores contestaban al llamamiento a la huelga para protestar por el asesinato del líder sindical *Kemal Turkler*. En agosto del mismo año conseguía realizar una huelga en el sector de la sanidad, a la que respondieron 60.000 personas; en otros sectores, como el textil o la alimentación, en septiembre, 12.000 personas se movilizaron contra la política de despidos masivos. Estos son algunos datos del potencial que esta fuerza sindical, cuyo secretario general, *Fehmi Isiklar*, tenía, y que aún mantiene a pesar de las estrictas restricciones gubernamentales. Por ejemplo, una manifestación puede realizarse, pero ha de estar aprobada por la Policía, que exige unas condiciones que la hacen prácticamente inviable. Están prohibidas las recogidas públicas de firmas.

A pesar de que el Gobierno turco suscribió la Declaración de los Derechos Humanos, la tortura sigue siendo una práctica habitual. Existen 30.000 presos políticos y las detenciones



Turquía: Liberalismo salvaje y 45 por 100 de inflación.

se practican sin asistencia letrada. Si bien en Turquía la práctica de la tortura sistemática en prisiones no se ha mantenido, sí se continúa haciendo en una prisión militar de Ankara, aunque en las Comisaría se sigue empleando la violencia para obtener declaraciones. La Policía política tiene amplias prerrogativas.

Si bien no es difícil encontrar en Turquía cualquier tipo de publicación, la Ley de Prensa vigente es la que se promulgó por los militares, y aunque con cierta tolerancia, no se aplica.

Estado de excepción

El hecho de que en cinco provincias se haya decretado el estado de excepción, equivalente a la ley marcial, aplicado por la Policía, es otro dato claro de los límites de la «democracia» que preconizan las autoridades turcas. Además de la región del Kurdistán, Ankara ahora se encuentra bajo medidas de excepción, así como otras ciudades donde hay capacidad y posibilidades de conflictividad social.

Las arbitrariedades de la Administración son constantes. Antonio García Fonseca explica con claridad uno de los casos en que ésta se ha puesto de manifiesto: «Todo el proceso que vivimos, desde la detención de los dos secretarios generales hasta nuestra partida, ha estado lleno de ejemplos de la falta de libertades y de lo que es el sistema político turco».



La Policía es un poder incuestionable.

CRONICA DE UNA DETENCION

Varios miles de personas de diferentes profesiones y procedencias, obreros emigrantes, profesionales, artistas, escritores se reunieron en Dusseldorf para despedir a la delegación que partía hacia Ankara acompañando a Haydar Kutlu, secretario general del Partido Comunista de Turquía, y a su homólogo del Partido Obrero Turco, Nihat Segin, para exigir con su presencia la legalización de ambas formaciones políticas. La delegación estaba compuesta por diputados y senadores de partidos comunistas europeos, como Lucina Castellina, del PCI; Manuel García Fonseca, de Izquierda Unida; así como miembros de la

Asociación pro Derechos Humanos, asociaciones antifascistas y miembros de organizaciones religiosas, un cura católico y una mujer pastor protestante. Era una muestra de la solidaridad internacional con el pueblo turco para la consecución de las auténticas libertades democráticas.

Emocionante y emotivo fue este acto de despedida, horas antes de que la delegación partiera. Pero fueron necesarios esfuerzos como éste y otros ante la cruda realidad que Turquía vive en la actualidad.

Las declaraciones que el diputado comunista Manuel García Fonseca hace para MUNDO OBRERO sobre las gestiones

realizadas por la delegación son una buena muestra para entender cuál es la situación que Turquía vive en la actualidad.

«En el mismo instante en que descendimos del avión, Haydar Kutlu y Nihat Segin fueron detenidos. La Policía había acordonado la zona, no consintió que nadie pudiera acceder a las pistas de aterrizaje, ni abogados, ni periodistas. Los miembros de la delegación que acompañábamos a ambos secretarios generales rodeamos el furgón de la Policía donde iban los detenidos. Intentamos discutir con el jefe de la Policía, que nos apartó, y ante nuestra perseverancia optó por salir

con el furgón marcha atrás».

Esposados y con los ojos vendados fueron conducidos a Comisaría. Ni abogados ni familiares pudieron verles. Ante los requerimientos de los miembros de la delegación para la puesta en libertad de los detenidos, «el procurador general de la Corte Suprema tardó un día en recibirnos y aceptó una delegación de cinco diputados y cinco juristas. Le preguntamos que cómo era posible que en un país que firma la Convención de Derechos Humanos se produzcan actuaciones de tales características, a lo cual manifestó que se negaba a responder. Cuando conseguimos que contestara, nos explicó que

Telefon : 0203/340395
Telefax : 0203/339229
Telex : 855367 inmed d
Adresse: Moltke Straße 45
4100 Duisburg 1

B E M
Pressezentrale-Einheit

Beendung ~~der~~ Anklageschrift von Kutlu und Sargin

für

Der Staatsanwalt fordert Kutlu zwischen 271 und 497 Jahren
für Sargin zwischen 276 und 504 Jahren schwere Freiheitstrafe
Ankara/ Duisburg / 4.7.1988 (BEM)

Haydar Kutlu und Nihat Sargin, die General Sekretäre von TKP
und TIP sind um 9 Uhr mit 14 Angeklagten zur Eröffnung des
Prozesses gekommen.

Das Gerichtsgebäude wurde mit einem Abstand von 500 M. mit
unter Schutz genommen und das Überschreiten der Barikaden
Barikaden ~~wurde~~ streng verboten.

Der Staatsanwalt von DGM, Ulkü Coşkun hat die 231 seitige An-
klageschrift im Saal vorgelesen.

Die Freiheitstrafe für Kutlu lautet von 271 Jahre und 6 Monate
bis 497 Jahre und 6 Monate, für Sargin wurde von 276 Jahre ^{und} 6
Monate bis 504 Jahre und 6 Monate Freiheitstrafe gewollt.

Die Vorlesung von Anklageschrift wurde beendet und mit dem
Verhör begonnen.

Der Rechtsanwalt der Angeklagten von beiden Generalsekretären
, Devecioglu behauptete, dass im Gerichtssaal einige geheime
Kameras und Aufnahmeapparate vorhanden sind, die vom Staatsan-
walt organisiert worden sind, und dass diese Kameras
außer der Presse abgeschafft werden sollen. Dieser Wunsch
von Devecioglu wurde im Gerichtssaal abgelehnt, jedoch haben
die Richter versprochen, die Aufnahmen auch den Anwälten von
Kutlu und Sargin zu überreichen

Haydar Kutlu sagte bei dem Verhör folgendes:

" Um die Anklageschrift unserem Volk und unserer demokratischen Öffentlichkeit zu veröffentlichen, müsste man entweder verirrt oder taktlos sein. Vom ersten Tag des Prozesses

ist die Anklageschrift ~~ist~~ mit ihren allgemeinen Argumenten und all ihren Grundlagen, wie ein Schloss aus Spielkarten versunken ^{und} zerstreut worden.

Dann sie lässt die Gesetze beiseite und greift unser gesellschaftliches ~~Dasein~~ ^{Dasein} mit politisch ideologischen Mitteln an. Der fundamentale Argument beweist deutlich, dass unsere Meinungen nie angenommen worden sind.

Das ist der Argument, der in Müll der Geschichte mit einem Schlag geworfen wurde.

Weit entfernt von Problemen unseres Volkes, ohne das Spur des Bewusstseins der Geschichte in der Anklageschrift zu finden, beobachte ich diese Anklageschrift als Gefangen, in finsternen Gefängnissen. Ich bemitleide die, die Angst vor Meinungen und vor den Denkenden haben. Kutlu setzte sein Gespräch in folgender Hinsicht fort:

" Die Staatsanwaltschaft wustan vom Thema Gescheid und haben ~~es~~ ^{es} gegensätzlich umgesetzt. Sie versucht die Öffentlichkeit zu überzeugen, dass die kommunistische Partei weder in der ganzen Welt noch in der Türkei existieren darf.

Dieses Thema in dieser Hinsicht zu sehen, ist falsch. Lassen wir die Welt beiseite, TKP und die Kommunisten existierten schon immer in unserem Land, und ~~solange~~ ^{solange} die Arbeiterklasse existiert, werden auch sie existieren. Der letzte Beweis dafür ist der 12 September, die Gefangennahme, der Druck sind keine Lösung. Wie der Namik Kemal sagt: " wenn ihr fähig seid, schafft die Gedanke der Menschheit ab".

Aus diesem Grund wird die gesetzliche TBKP kein Anschein für unsere Demokratie sein.

Das Problem lautet nicht, wir sollen gesetzliche kommunistische Partei haben, sondern die Türkei braucht Demokratie und Demokratie braucht die kommunistische Partei und die Linken.

Der Generalsekretär von TKP sagte, indem er Problem mit der Demokratie als Problem ^{der} Wirtschaft bezeichnet, wenn die Bourgeoisie ihre Parteien hat, soll auch die Arbeiterklasse ihre Parteien haben. Eine hinkende Demokratie kann nicht weiter laufen. Ohne diese Probleme zu lösen, kann man die Krise nicht überwinden.

Kutlu, erklärte, dass 26% des Volkes in der Türkei für die Gründung der KP ist, und dass diese Feststellung aus der öffentlichen Umfrage herasgekommen ist.

Er sagte "Wir sind im Gefängnis und werden angeklagt, dagegen ist eine Partei mit 36 Stimmen die Regierung. Das ist die Demokratie "

Das Verhör von Kutlu dauert noch.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAN

Haftstrafen bis zu 504 Jahren und 6 Monaten für SARGIN und bis zu 497 Jahren und 6 Monaten für KUTLU verlangt

Hunderte von Personen, die wegen unzureichender Größe des Sitzungssaales zu der Gerichtsverhandlung nicht zugelassen wurden, protestierten auf der Straße durch rhythmisches Klatschen.

Als der Antrag, den Prozeß in einen größeren Raum zu verlegen, abgelehnt wurde, verließen die Rechtsanwälte unter Protest den Gerichtssaal.

Haydar Kutlu sagte im Gerichtssaal: in diesem Prozeß werden wir wegen unserer Gedanken und Überzeugungen angeklagt. Wir wollen, daß die breitesten Kreise des Volkes unsere Gedanken und Überzeugungen hören können. Seit sieben Monaten warten wir auf diesen Tag.

Mit einer zusätzlichen Anklageschrift wurden weitere 5 Angeklagte zu den bisher 14 Angeklagten hinzugefügt.

Gestern, am 8.6.88, begann in Ankara der Prozeß gegen SARGIN und KUTLU. Die beiden Hauptangeklagten, die sich seit 206 Tagen im Gefängnis befinden und einen vier tägigen Hungerstreik am Dienstag beendet hatten, machten einen gut gelaunten Eindruck.

Etwa tausend Personen, unter ihnen über 70 ausländische Beobachter und zahlreiche Abgeordnete der sozialdemokratischen Partei SHP und prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und zahlreiche Pressevertreter, hatten sich bereits in den früheren Morgenstunden vor dem Gerichtsgebäude versammelt. Die meisten von ihnen (auch ausländische Gäste und Pressevertreter) wurden nicht in den Gerichtssaal hineingelassen. Sie verharrten dennoch bis zum Nachmittag vor dem Gerichtsgebäude.

Ein Antrag der Verteidigung (inzwischen ist die Zahl der Rechtsanwälte auf insgesamt 485 gestiegen) der auch von den ausländischen Juristen, unter ihnen von dem Vorsitzenden der Rechtsanwaltskammer von Paris, unterschrieben worden war, machte darauf die aufmerksam, daß, die Verlegung der Gerichtsverhandlung in einen größeren Raum notwendig ist, um die Öffentlichkeit des Prozesses und die Ausübung des Rechts auf Verteidigung zu gewährleisten, wurde abgelehnt. Darauf verließen die Rechtsanwälte den Saal.

Später erklärte der Vorsitzende, daß der Prozeß auf den 17.6.88 verlegt worden sei, obwohl ursprünglich gesagt worden war, daß die ersten Sitzungen drei Tage hintereinander fortgeführt werden würden.

Am Abend wurden die ausländischen Beobachter zu einem Essen in einem Biergarten eingeladen, an dem etwa 1100 Personen teilnahmen. Die ausländischen Gäste insbesondere Mikis Theodorakis wurden mit großen Beifallsbekundungen begrüßt. Der Rechtsanwalt Hasan ÜREL hielt eine kleine Ansprache, in der er darauf hinwies, daß dieser Prozeß eine große Bedeu-

Im November 1987 kehrten zwei Politiker, die sich seit dem Militärputsch im Jahre 1980 im europäischen Exil befanden, in die Türkei zurück. Sie wurden noch auf dem Flughafen von Ankara festgenommen und 19 Tage lang verhört und gefoltert. Danach wurden sie einem Richter vorgeführt, der sie verhaftete. Jetzt soll ihnen der Prozeß gemacht werden.

Es handelt sich um Dr. Nihat Sargin (Generalsekretär der Arbeiterpartei der Türkei) und Haydar Kutlu (Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Türkei). Sie werden nicht wegen irgendwelchen Verbrechen sondern allein wegen ihren politischen Überzeugungen angeklagt. Diese Tatsache wird auch in der umseitig abgedruckten Erklärung festgestellt, die bis Ende Mai von 96 Abgeordneten des Europaparlaments unterschrieben wurde.

Der Prozeß gegen Sargin und Kutlu ist ein schwerer Verstoß gegen die Menschenrechte und gegen die Prinzipien der Schlußakte von Helsinki, die auch von der Türkei unterschrieben worden sind. Das Europaparlament hat bereits am 19. November 1987 die sofortige Freilassung von Kutlu und Sargin und die Gewährleistung ihres Rechts auf freie politische Betätigung gefordert. Diese Forderung wurde kürzlich, am 19. Mai 1988 noch einmal bekräftigt.

Die türkische Regierung stellt sich auf den Standpunkt, daß in der Türkei bestimmte Meinungen und Ansichten, darunter auch kommunistische Gedanken, verboten sind und daß diese Gesetze angewandt werden. Der Prozeß gegen Kutlu und Sargin sei völlig gesetzlich.

Doch die Gesetze, auf die sich die türkische Regierung beruft, sind aus dem Strafgesetzbuch Mussolini Italiens übernommen worden und stehen im Widerspruch zu den Menschenrechten. Die Berufung auf solche Gesetze ist nicht ein Zeichen der Rechtsstaatlichkeit sondern lediglich ein Beweis dafür, daß in der Türkei Meinungsfreiheit und Demokratie nicht gewährleistet sind.

Die Türkei ist Mitglied des Europarates und der NATO. Sie hat die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft beantragt. Die türkische Regierung hat sich feierlich verpflichtet, die Menschenrechte zu respektieren.

Wie lange soll die Türkei ein Land bleiben, in dem Menschen allein wegen eines Zeitungsartikels für Jahrzehnte ins Gefängnis geworfen werden? Wie lange soll die Türkei ein Land bleiben, in dem die Forderung von gleichen Rechten für das kurdische Volk oder ein Aufruf zum 1. Mai als Hochverrat geahndet wird?

Die Bundesrepublik ist der größte Handelspartner und nach den USA der wichtigste Verbündete der Türkei. Warum schweigen die Bundesregierung und der Bundestag zu diesen eklatanten Menschenrechtsverletzungen in der Türkei?

Die Menschenrechte sind nicht bloße innere Angelegenheiten der einzelnen Staaten. Ihre weltweite Respektierung muß die Sorge jeder Regierung und eines jeden Bürgers sein.

Wenden Sie sich bitte mit Briefen, Telegrammen und Anrufen an die türkische Botschaft! Verlangen Sie die sofortige Freilassung von Sargin und Kutlu und aller anderen politischen Gefangenen in der Türkei, im Einklang mit dem Apell des Europarates vom 19. November 1987 und 19. Mai 1988.

Wenden Sie sich bitte an die Bundestagsabgeordneten Ihres Wahlbezirks und verlangen Sie eine Stellungnahme der Bundesregierung und des Bundestages zu den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei.

Botschaft der Republik Türkei, Utstr. 47, 5300 Bonn 2, Tel: 0228/34 60 52.

HAYDAR KUTLU UND NIHAT SARGIN BEFINDEN SICH IM HUNGERSTREIK

Dr. N. Sargin und H. Kutlu, die kürzlich von Amnesty International zu "Gefangenen des Monats" erklärt wurden, haben sich dem Hungerstreik der politischen Gefangenen in dem Zentralgefängnis von Ankara angeschlossen und gemeinsam mit den anderen politischen Gefangenen in diesem Gefängnis einen unbefristeten Hungerstreik begonnen.

Die politischen Gefangenen dieses Gefängnisses protestieren dagegen, daß ihnen zahlreiche Bücher und die meisten Zeitschriften nicht ausgehändigt werden und fordern, daß sie alle legal gedruckten Presseerzeugnisse erhalten dürfen. Das ist die übliche Regelung, die zur Zeit auch in den anderen Gefängnissen für die politischen Gefangenen gilt. Außerdem sollen die Beschränkungen der Besuche der Angehörigen, die kürzlich verhängt worden sind, wieder aufgehoben werden. Die Gefangenen fordern auch die Zulassung von Schreibmaschinen.

Die Gefängnisleitung hat versucht, diese und ähnliche Forderungen der Gefangenen durch verprügeln und durch Einschließung einiger Gefangenen in Einzelzellen zu unterdrücken. Als Antwort auf diese Unterdrückungsmaßnahmen haben die Gefangenen erklärt, daß sie einen Hungerstreik beginnen werden, wenn ihre Forderungen nicht binnen 48 Stunden erfüllt werden. Bemühungen der Anwälte von Sargin und Kutlu, die Gefängnisleitung zu einem Einlenken zu bewegen, blieben erfolglos. Daraufhin haben Sargin und Kutlu, die Generalsekretäre der Arbeiterpartei der Türkei und der Kommunistischen Partei der Türkei, ihren Anwälten gegenüber erklärt, daß sie die Forderungen der anderen politischen Gefangenen unterstützen und daß sie sich dem Hungerstreik anschließen werden.

Nachdem die Frist am Freitag abgelaufen ist, hat der unbefristete Hungerstreik begonnen, an dem auch Sargin und Kutlu teilnehmen.

Inzwischen haben die Zentralkomitees der beiden Parteien der Öffentlichkeit in einer Erklärung mitgeteilt, daß sie den Hungerstreik unterstützen. Sie haben alle demokratischen Kräfte in der Türkei zur Solidarität mit den politischen Gefangenen aufgerufen und haben die Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß auch die demokratische Öffentlichkeit in Europa nicht schweigend zu sehen wird.

4.6.1988

600 VERTEIDIGER IM PROZESS GEGEN KUTLU UND SARGIN

Ankara: starke Polizeikräfte hatten die Zufahrte zu dem Staatssicherheitsgericht abgesperrt, sodaß mehre hundert Personen, die der Gerichtsverhandlung beiwohnen wollten, nicht bis zu dem Gerichtsgebäude vordringen konnten.

Kutlu: "Die Staatsanwaltschaft will diesen Prozeß in einen Prozeß gegen eine Geheimorganisation ummünzen."

Der dänische Europaabgeordnete J. P. Bonde übergab Sargin und Kutlu im Gerichtssaal einen Brief vom Präsidenten des Europaparlaments.

Portugal: Parlament fordert die Freilassung von Sargin und Kutlu und die sofortige Einstellung des Verfahrens gegen sie.

Am Freitag, dem 17.6.88 begann in Ankara der zweite Verhandlungstag in dem Prozeß gegen Kutlu und Sargin. Schon am frühen Morgen war die Straße, in der sich das Sicherheitsgericht befindet, von beiden Seiten durch starke Polizeikräfte abgesperrt. Etwa 500 Personen, die an der Gerichtsverhandlung teilnehmen wollten, wurden von dem Gerichtsgebäude ferngehalten. Die etwa 100 Verteidiger, die um 8:30 zu dieser Verhandlung erschienen waren, konnten erst nach längeren Auseinandersetzungen in den Gerichtssaal gelangen.

Der Gerichtsschreiber wollten zunächst an der Absperrung eine "Anwesenheitsprüfung" der Verteidiger durchführen. Die Rechtsanwälte ließen dies jedoch nicht zu und wiesen darauf hin, daß eine "Anwesenheitsprüfung" nur im Gerichtssaal durchgeführt werden darf. Nach heftigen Debatten mit den Polizisten konnten die Rechtsanwälte um 9:10 bis zum Eingang des Gerichtsgebäudes gelangen. Hier wollte man die Verteidiger durchsuchen. Die Verteidiger wiesen jedoch auch dieses Ansinnen zurück und weigerten sich, unter diesen Umständen das Gerichtsgebäude zu betreten. Rechtsanwalt Sansal wies darauf hin, daß die Polizei nicht berechtigt ist, die Verteidiger zu durchsuchen und forderte den Staatsanwalt auf, die notwendigen Anweisungen zu geben, damit diese Zumutung beseitigt wird. Erst um 10.00 Uhr konnten die Rechtsanwälte in den Gerichtssaal gelangen.

Gleichzeitig wurden auch Sargin und Kutlu und die anderen 17 Angeklagten (im Gegensatz zu Sargin und Kutlu befinden sich diese auf freiem Fuß) in den Saal gebracht. Es wurde beobachtet, daß die Hände von Sargin und Kutlu während des Transports zum Gericht in Ketten waren. Pressevertreter und die zahlreichen ausländischen Beobachter waren auch zu sehen. Als Prozeßbeobachter waren Persönlichkeiten aus Australien, Bundesrepublik, England, Griechenland, Frankreich und Dänemark erschienen.

Der dänische Europaabgeordnete Jens Peter Bonde begrüßte die beiden Generalsekretäre im Gerichtssaal per Handschlag und übergab ihnen einen Brief vom Präsidenten des Europaparlaments. Danach wurden Kutlu und Sargin von den griechischen Abgeordneten Bulukos (Neue Demokratie), Kucikas (PASOK) und Korakas (Kommunistische Partei Griechenlands) begrüßt.

ARBEITERPARTEI DER TÜRKEI UND KOMMUNISTISCHE PARTEI DER
TÜRKEI VERURTEILEN DEN MORDANSCHLAG

In der von Sakalsiz und Karaca unterschriebenen Erklärung wird festgestellt, daß diese Methoden nicht nur unmenschlich sind, sondern auch kein einziges Problem lösen können.

Weiterhin wird darauf hingewiesen, daß diese Methoden Wasser auf die Mühlen derjenigen sind, die die Demokratisierung der Türkei nicht wollen und die die autoritäre Praxis des Staates von 12.9.1980 fortgesetzt sehen möchten.

Sakalsiz und Karaca weisen darauf hin, daß der gefaßte Attentäter ein Funktionär der faschistischen Idealistenvereine war (im Ausland bekannt unter der Bezeichnung "Graue Wölfe"). Es wird daran erinnert, daß die Hintergründe des am 2.6.88 in dem Luxushotel "Büyük Ankara" in Ankara verübten vierfachen Mordes, in dem ebenfalls Mitglieder der ehemaligen faschistischen Partei des Obersten Türkes verwickelt waren, noch nicht geklärt worden sind und die Öffentlichkeit über die Ermittlungen in dieser Sache nicht unterrichtet wird.

Die Erklärung schließt mit folgenden Sätzen:

"Die Arbeiterpartei der Türkei und die Kommunistische Partei der Türkei sind seit ihrer Gründung gegen jede Art der Gewalt, von wem sie auch verübt wird und gegen wen sie sich auch richtet. Unsere Parteien verurteilen dieses Ereignis mit Entschiedenheit und protestieren dagegen.

Turgut özal, auf den das Attentat zielte, ist Ministerpräsident. Alle staatlichen Organe sind ihm unterstellt. Er kann sich auf eine Mehrheit im Parlament stützen. Somit verfügt er über alle Möglichkeiten und Vollmachten, die notwendig sind, um die Hintergründe dieses Mordanschlages klären zu können. Die ANAP Regierung sollte diejenigen Kräfte, die hinter dem Attentat stehen, ans Tageslicht bringen. Das sind die Kräfte, die auch die Demokratisierung des Landes verhindern."

Neuer Politischer Prozeß in Ankara

Heute morgen (8. Juni 1988) begann in Ankara in dem Gebäude des Staatssicherheitsgerichts der Prozeß gegen Dr. Nihat Sargin und Haydar Kutlu. Pressevertreter wurden in den Gerichtssaal nicht hineingelassen. Etwa 1000 Personen, darunter auch Prozeßbeobachter aus Europa hatten sich vor dem Gerichtsgebäude versammelt. Mehrere sozialdemokratische Abgeordnete der SHP, bekannte Schriftsteller (Yasar Kemal) und Komponisten (Rahmi Saltuk, Zülfü Livaneli) sowie Persönlichkeiten aus dem politischen Leben wie M.A. Aybar, Cenan Bicakci und Dogu Perincek, Sadun Aren, sowie Gewerkschaftler wollten an dem Prozeß teilnehmen.

Es wurde beobachtet, daß bereits ab 7.30 Uhr im Bereich des Staatssicherheitsgerichtes starke Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden waren. Auf Dächern und Balkonen der umliegenden Häuser waren Scharfschützen postiert.

Gegen 8.40 wurden Kutlu und Sargin mit zwei geschlossenen Gefängnisfahrzeugen zum Gericht gebracht. Sie wurden von den Versammelten mit lang anhaltendem Beifall begrüßt. Man hörte, wie Haydar Kutlu an der Pforte des Gerichts rief: "Es lebe die Demokratie!"

Nur ein geringer Teil der Anwälte und der Beobachter durfte das Gebäude betreten. Von den ausländischen Beobachtern wurden nur die Parlamentariern und der bekannte griechische Komponist Mikis Theodorakis hineingelassen. Von den insgesamt 420 Anwälten, die Sargin und Kutlu verteidigen, durften nur wenige den Saal betreten. Deswegen gab es heftige Auseinandersetzungen zwischen den Rechtsanwälten und der Polizei. Die ausgeschlossenen Rechtsanwälte machten darauf aufmerksam, daß ihre nicht Zulassung eine willkürliche Untergrabung des Rechts auf Verteidigung darstellt.

Vor dem Beginn der Verhandlung stellten die Anwälte den Antrag, einen größeren Raum bereitstellen zu lassen, damit zumindestens alle Anwälte an dem Prozeß teilnehmen können. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Daraufhin verließen die Anwälte zum Protest für einen Tag die Verhandlung.

Die in- und ausländischen Pressevertreter, die nicht zur Verhandlung zugelassen wurden, protestierten dagegen, indem sie ihre Fotoapparate, Kameras und Taschen eine zeitlang vor dem Gerichtsgebäude ablegten. Die versammelte und ebenfalls nicht zugelassene Menschenmenge unterstützte diesen Protest mit Beifall. In den Verhandlungssaal wurden nur die Vertreter des staatlichen Rundfunks und Fernsehens (TRT) hineingelassen. Später konnten sich weiter 7 Journalisten Eingang in den Verhandlungssaal verschaffen.

Von den türkischen Besuchern, die gekommen waren, um den Prozeß zu beobachten, wurden keinem einzigen Einlaß gewährt. Jedoch sind diese Personen vor dem Gerichtsgebäude verblieben. Es wurde beobachtet, daß der pensionierte Kraftfahrer Idris Erdinc in der Menge einen Anfall erlitt. Er wurde ins Krankenhaus gebracht. Erdinc war schon 1946 und später 1951 als Kommunist verhaftet und angeklagt gewesen.

Sargin (Generalsekretär der Arbeiterpartei der Türkei) und Kutlu (Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Türkei) werden von 420 Anwälten verteidigt. Diese Zahl stellt für die Türkei einen Rekord dar und zeigt das große Interesse, das diesem Prozeß entgegen gebracht wird. Am letzten Freitag waren in Istanbul 41 Tausend Unterschriften der Öffentlichkeit bekannt gegeben worden, die für die Freilassung von Kutlu und Sargin gesammelt worden waren.

Über 70 Beobachter aus fast allen europäischen Staaten und Kanada sind nach Ankara gereist. Aus der Bundesrepublik führen unter anderen Prof. Dr. Norman Paech (im Namen der Vereinigung Demokratischer Juristen und Juristinnen), Rechtsanwalt Horst Isola (im Namen der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen), Rechtsanwältin Barbara Klawitter (im Namen des Republikanischen Rechtsanwaltsvereins), Prof. Dr. K. Liebe-Harkort (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), ein Bundestagsabgeordneter der Grünen und eine Delegation der DKP. Der Europaabgeordnete der SPD, L. Fellermeier, soll in den nächsten Tagen im Auftrag der SPD Bundestagsfraktion sich an Ort und Stelle über den Prozeß informieren. Aus Griechenland ist eine große Gruppe von Prozeßbeobachtern, in der alle Parteien vertreten sind, mit Mikis Teodorakis an ihrer Spitze nach Ankara gefahren. Auch Amnesty International (London) hat zwei Beobachter nach Ankara geschickt.

Der Staatsanwalt fordert für Kutlu und Sargin je etwa 500 Jahre Gefängnisstrafe. Sie werden nicht wegen irgendwelchen Gewaltverbrechen, sondern allein wegen ihren politischen Überzeugungen angeklagt. Diese Tatsache wird auch in der unten zitierten Erklärung festgestellt, die bis heute von 104 Europaabgeordneten unterschrieben worden ist. Das Europaparlament hatte bereits am 19. November 1987 die sofortige Freilassung der beiden Politiker und die Gewährleistung ihres Rechts auf freie politische Betätigung verlangt. Amnesty International hat Sargin und Kutlu für Juni zu "Gefangenen des Monats" erklärt.

Der genaue Text der Erklärung, die bis heute von 104 Europaabgeordneten unterschrieben wurde:

ERKLÄRUNG

"Der Prozeß gegen Kutlu und Sargin beginnt am 8. Juni in Ankara. Der Staatsanwalt gibt in der Anklageschrift zu, daß den beiden Generalsekretären keine Gewalttaten vorzuwerfen sind (Seite 62). In der Anklageschrift heißt es ausdrücklich, daß Kutlu und Sargin erstens wegen ihrer

kommunistischen Gedanken (S. 14) und Überzeugungen und zweitens wegen ihres Eintretens für die demokratischen Rechte des kurdischen Volkes (S. 118) verurteilt werden sollen. Die Anklageschrift ist ein neuer Beweis für die Tatsache, daß der Prozeß gegen Kutlu und Sargin die Artikel 9, 10, 11 der europäischen Menschenrechtskonvention verletzt. Dieser Prozeß steht auch im Widerspruch zu den bisherigen Erklärungen der türkischen Regierung, in der Türkei demokratische Verhältnisse schaffen zu wollen.

Wir appellieren an die türkische Regierung, die beiden Generalsekretäre und alle anderen Personen, die wegen ihren Überzeugungen verfolgt werden, unverzüglich freizulassen und die notwendigen Änderungen des türkischen Strafgesetzbuches zu veranlassen, damit die Meinungsfreiheit und die Freiheit der politischen Betätigung auch in der Türkei gewährleistet sind."

KOMMENTAR

Kutlu und Sargin, die sich seit dem Militärputsch im Jahre 1980 im europäischen Exil befanden, waren im November 1987 auf legalem Wege in die Türkei zurückgekehrt. Es war ihre erklärte Absicht, eine neue kommunistische Partei (die Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei) zu gründen. Diese neue Partei sollte aus der Vereinigung der Arbeiterpartei der Türkei und der Kommunistischen Partei der Türkei hervorgehen.

Sargin und Kutlu wurden noch auf dem Flughafen von Ankara festgenommen und 19 Tage lang verhört und gefoltert. Danach wurden sie einem Richter vorgeführt, der sie verhaftete. Sie befinden sich seitdem im Gefängnis.

Die türkische Regierung stellt sich auf den Standpunkt, daß in der Türkei bestimmte Meinungen und Ansichten, darunter auch kommunistische Gedanken, verboten sind und daß die entsprechenden Gesetze angewandt werden müssen. Der Prozeß gegen Kutlu und Sargin sei völlig gesetzlich.

Doch die Gesetze, auf die sich die türkische Regierung beruft (es handelt sich insbesondere um die Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches), sind im Jahre 1936 aus dem Strafgesetzbuch Mussolini Italiens übernommen worden und stehen im Widerspruch zu den Menschenrechten. Diese Paragraphen werden nicht nur gegen die Kommunisten, sondern gegen die gesamte linke Opposition eingesetzt. Zur Zeit gibt es zahlreiche Journalisten, die aufgrund dieser Paragraphen und nur wegen ihren Schriften jahrzehntelange Haftstrafen verbüßen müssen. Die Berufung auf solche Gesetze ist nicht ein Zeichen der Rechtsstaatlichkeit, sondern lediglich ein Beweis dafür, daß in der Türkei Meinungsfreiheit und Demokratie nicht gewährleistet sind.

Die Türkei ist Mitglied des Europarates und der NATO. Sie hat die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft beantragt. Die türkische Regierung hat sich feierlich verpflichtet, die Menschenrechte zu respektieren.

Erdost allein im Jahre 1974 gefordert wurden, auf mehr als 37 (siebenunddreißig) Jahre. Heute gibt es Redakteure, für die insgesamt 100 bis 200 Jahre Gefängnisstrafen gefordert werden. Der Vorsitzende der Journalistenvereinigung "Çagdas Gazeteciler Dernegi" **Ahmet Abakay** gab im Dezember 1987 bekannt, daß allein in dem Gefängnis von Canakkale zwölf Journalisten aufgrund der Paragraphen 141 und 142 seit sieben Jahren einsitzen und der "Preis" für drei bis fünf Zeilen mit fünf Jahren Gefängnis beginnt.

Nach dem Staatsstreich im Jahre 1980 wurden gegen die verantwortlichen Redakteure von vier Tageszeitungen und zwanzig Zeitschriften sowie die dort tätigen Journalisten und Schriftstellern (insgesamt mehr als 50 Personen) 404 Prozesse eröffnet. Fünf weitere Personen wurden wegen Veröffentlichung von Büchern verurteilt. Die Gefängnisstrafen, die inzwischen für 32 von diesen Personen rechtskräftig geworden sind, belaufen sich auf insgesamt 2500 (zweitausendfünfhundert!) Jahre. Etwa ein Drittel davon, d.h. 750 Jahre, betreffen **Veli Yilmaz**, den verantwortlichen Redakteur der Zeitschrift "Halkin Kurtulusu". Weitere 600 Jahre erhielt **Osman Tas**, 155 Jahre entfielen auf **Mustafa Yildirimtürk**, beide Redakteure der gleichen Zeitschrift. Es sei noch einmal unterstrichen, daß diese Strafen aufgrund des Paragraphen 142 zugemessen wurden und daß in allen Fällen das einzige "Verbrechen" der Verurteilten die Veröffentlichung von Zeitungsartikeln war.

Nach der Machtübernahme der Militärs am 12 September 1980 wurden die Paragraphen 141 und 142 gegen solche Parteien wie die Arbeiterpartei der Türkei, Kommunistische Partei der Türkei, Sozialistische Arbeiterpartei der Türkei und Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei, denen weder aufgrund ihrer Programme und Statuten, noch ihrer praktischen Tätigkeit der Vorwurf der Gewaltanwendung gemacht werden kann, massiv eingesetzt. Die Leiter und Mitglieder all dieser Parteien, denen kein einziger Fall von Terrorismus vorgeworfen werden konnte, wurden wegen Verbreitung einer Abweichenden Ideologie und Organisierung zu diesem Zweck angeklagt und zu Gefängnisstrafen bis zu 18 Jahren verurteilt.

Doch beschränkt sich die Anwendung der besagten Paragraphen nicht nur auf die politischen Parteien. Sie werden ebenso gegen all diejenigen eingesetzt, die Ansichten vertreten, die von der Staatsführung "nicht vorgehesehen" sind. Die Prozesse gegen den Friedensverein der Türkei und gegen den fortschrittlichen Gewerkschaftsbund DISK sind bekannte Beispiele hierfür.

So wurden Botschafter a.D. **Mahmut Dikerdem** (Vorsitzender des Friedensvereins) und Frau **Reha Isvan** (Mitglied des Vorstandes) aufgrund des Paragraphen 141 des türkischen StGB zu je acht Jahren Gefängnis verurteilt (Dieses Urteil ist noch nicht rechtskräftig, trotzdem mussten beide, gemeinsam mit zahlreichen anderen führenden Persönlichkeiten der Friedensbewegung, mehr als 3,5 Jahre im Gefängnis verbringen). Die Argumentation des Staatsanwalts vor dem Militärgericht lautete: Die Angeklagten treten für den Frieden ein. Sie sind für die Abrüstung. Die Kommunisten treten auch für den Frieden ein und fordern Abrüstung. Also dienen die Angeklagten dem Kommunismus.

13.02.1988

Werte Genossinnen und Genossen,

Im Namen der Kommunistischen Partei der Türkei begrüßen wir das Vorbereitungskomitee der Festveranstaltung anlässlich des 17. Gründungsjahrestages der Organisation der Volksfedajin Irans (Mehrheit) herzlich und übermitteln kämpferische und solidarische Grüsse.

Seit ihrer Gründung 1970 hat die Volksfedajin Irans mit in der vorderster Reihe im anti-imperialistischen Kampf des iranischen Volkes gestanden. Trotz Folterungen, Verfolgungen und Massenvernichtungen hat die Volksfedajin Irans einen wichtigen Beitrag zum Umsturz des Schah-Regimes geleistet und grosse Anerkennung von Seiten des Volkes gewonnen.

Die Volksfedajin Irans (Mehrheit) hat auch nach der Februar-Revolution, für die Interessen der Arbeiterklasse, des kurdischen Volkes und aller volksnahen Schichten Irans gekämpft und für die Verteidigung der Errungenschaften der Februar-Revolution mit allen anti-imperialistischen Kräften Irans, unermüdliche Anstrengungen unternommen. Trotz dieser Anstrengungen wurde im Iran eine theokratische-Despotie errichtet. Diese religiöse Herrschaft des Khomeini-Regimes konnte den Kampf für Frieden, Demokratie und Soziale-Gerechtigkeit der revolutionären und fortschrittlichen Kräfte Irans nicht verhindern.

Wir unterstützen euch bei euren Bemühungen den Iran-Irak-Krieg zu beenden, den Frieden im Nahen Osten herbeizuführen, den Umsturz des Khomeini-Regimes und Aufbau eines Regimes, welches sich für Frieden, Demokratie, Unabhängigkeit und Soziale-Gerechtigkeit aktiv einsetzt. Um diese Ziele zu verwirklichen ist die Zusammenarbeit aller demokratischen und volksnahen Kräfte notwendig.

Die Errichtung einer demokratischen Regierung in Iran ist heute nicht mehr nur die Angelegenheit des iranischen Volkes, sondern auch aller friedensliebenden Völker der Welt geworden. d.h. Für die Lösung dieser globalen Frage ist die Internationale-Solidarität wichtiger als je zuvor.

Action

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARASIRMA VEKFI

Der auf der Basis des proletarischen Internationalismus entstandenen Freundschaft und Solidarität zwischen Volksfedajin Irans (Mehrheit) und Kommunistischen Partei der Türkei messen wir grosse Bedeutung zu. In diesem Sinne möchten wir Euch zu eurem 17. Gründungsjahr gratulieren und Euch bei eurem Kampf für Frieden, Demokratie und Unabhängigkeit in Iran Erfolg wünschen.

Es lebe der proletarische Internationalismus.

Es lebe die Freundschaft und Solidarität zwischen den Völkern Irans und der Türkei.

Mit solidarischen Grüßen.

Im Namen der
Kommunistischen Partei der Türkei
Yusuf Göçmen



TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA
TÜSTAV

Handwritten notes: "Tascha" and "Yapilması lazım" (It needs to be done).

87-10-28 10:11

Nachricht 188 Titel : die generalsekretäre der

die generalsekretäre der kp und der arbeiterpartei wollen noch im november in die turkei fahren

wie es aus einer gemeinsamen erklärung der zentralkomitees der beiden parteien hervorgeht, wurden der generalsekretär der arbeiterpartei der turkei, hihat sargin und der kommunistischen partei der turkei, haydar kutlu, damit beauftragt, in die turkei zu fahren, um dort die gründung einer legalen kommunistischen partei (vereinigte kommunistische partei der turkei) in die wege zu leiten. die turkei ist das einzige land in europa, in dem die kommunistische partei verboten ist. die kp der turkei ist seit 1922 (also seit 65 jahren), die arbeiterpartei der turkei wurde nach dem milit'ruputsch von 1980 verboten.

die beiden parteien hatten am 7.10.87 auf einer pressekonferenz in bruessel ihre fusion unter dem namen 'vereinigte kommunistische partei der turkei' (tbkp) bekanntgegeben und auch betont, dass sie gestern veröffentlichten erkl'rung heisst es: 'die entwicklungen in unserem land haben die turkei zu einer scheideweg geführt. entweder wird die antidemokratische politik der bisherigen herrschenden und das regime der instabilität und das klima für militaercoups fortgesetzt, oder es wird eine neue politik ins leben gerufen, und das regime wird kurs auf demokratisierung nehmen. die volksabstimmung, die kurzlich unter sehr unguetigen umstaenden durchgefuehrt wurde, hat gezeigt, dass der wille unseres volkes den weg der demokratisierung weist. auf der anderen seite konnten wir auch sehen, dass auf diesem weg noch sehr viele grosse hindernisse zu überwinden sind. es ist offensiichtig, dass man zur zeit ein antidemokratisches, authoritaeres regime errichten will. auch die art und weise, wie die vorgezogenen wahlen auf die tagesordnung gesetzt worden sind, zeigt diese absicht der herrschenden. die regierung will die legalen oppositionsparteien zur teilnahme an wahlen unter ungleichen bedingungen zwingen. den parteien link von der sozialdemokratie wird jedes lebensrecht verweigert. doch die 'usseren und inneren entwicklungen machen es unabdingbar, dass die kommunistische bewegung in der turkei nun endlich legalisiert wird, dass die politischen emmigranten in die ehimat zuruckkehren können, dass die politischen inhaftierten entlassen werden, und dass die demokratie als das grosste bedurfnis des landes verwirklicht wird. die positive resonanzauf die bekantgabe der gründung der vereinigten kommunistischen partei der turkei hat gezeigt, dass die einheit der kommunistischen bewegung den bedurfnissen und den wunschen der zeit entspricht. die politischen entwicklungen in unserem lande haben gezeigt, dass eine beschraenkte demokratie zur instabilität fuert und dass instabilität zu militaercoups fuhren und die militaercoups wieder zu einer beschraenkten demokrati fuhren. es kommt darauf an, diesen circulus vitiosus zu durchbrechen und eine demokratie, eine stabile demokratische atmosphere zu schaffen, in der auch die kommunisten legal arbeiten können. deren tiefe trauer anlaesslich des todes unserer vorsitzenden genossin behice boran, der tiefe trauer, der auch von grossen kreisen der offentlichkeit, der demokratischen kroaeft in der turkei geteilt wurde, hat uns gezeigt, dass der wunsch und die forderung nach der legalität der kommunistischen bewegung in der turkei aktuell und stark ist. die kommunistische partei der turkei und die arbeiterpartei der turkei, die ein teil der demokratischen kroaeft unseres landes sind, wollen vor den wahlen ihre hoeechsten representanten in die turkei schicken und sie damit beauftragen, die massnahmen und die schritte zu unternehmen, und die legale betaetigung der vereinigten kommunistischen partei der turkei in die wege zu leiten.'

die erklärung schliesst mit den folgenden saetzen: ' die leitungen dere arbeiterpartei der turkei und der kommunistischen partei der turkei haben diesen schwerwiegenden beschluss im vertrauen auf de maechtige kraft der demokratischen ideen in unserem lande gefasst. wir glauben , das ide legalen oppositionsparteien, die bis vor kurzem selbst von verboten betroffen waren und die selbst heute noch in ihren rechten beschraenkt sind, dass die gewerkschaften, die demokratischen organisationen und die intellektuellen unsere bewegrunde sehr wohl verstehen werden. wir brauchen jetzt die demokratische solidaritaet eines jeden burgers unabhaengig von seinen politischen ansichten. erstreaktionen in der turkei zeigen, dass diese erklärung in der turkischen offentlichkeit eine starke beachtung gefunden hat. mehrerer grosse zeitungen berichten auf ihren ersten seiten und in grosser aufmachung. gleichzeitig haben 'offizielle stelen' in ankara, die als mitglieder und ratgeber der tuerkischen nachrichtendienst mit bekannt sind, haben ihre einstellung bekanntgegeben. ihnen zufolge werden nach der ankunft von haydar kutlu und nihat sargin die artikel 141 und 142 des tuerkischen strafgesetzbuches angewandt das heisst, dass sie vor gericht gestellt werden. diese stellen haben erkaert, das es fuer die, die leitende positionen innehaben und gegen die untersuchungen geleitet worden sind, nicht einfach sei aus dem exil zurueckzukehren, es muesse auch beachtet werden dass sie das geliche verbrechen mehrmals begangen haben.

es ist bekannt, dass sogar solche personen wie cem karaca, ein beruehmter saenger, der jahrelang im exil gelebt hat und gegen den keine einzige untersuchung geleitet worden ist, vor gericht gestellt werden koennen ohne inhaftiert zu werden.

die gleichen stellen erinnerman den ausfuehrunge von ministerpraesident oezal in einer pressekonferenz in wet berlin waehrendseiner reise nach europa. oezal zufloge gibt es wichtige priziipien, auf denen sich die republik der tuerkei stuetzt. einmal gefahr von norden (anspielung auf die udssr.)



TURKISH EMBASSY
PRESS SECTION

A GENERAL REVIEW OF THE TURKISH PRESS TODAY

19.11.1987

turkish press review

thursday, 19 november 1987

general outlook:

electoral propaganda campaign, president kenan evren's forthcoming visit to the turkish republic of northern cyprus, interrogation of executives of the illegal communist party, meeting of the atlantic association assembly dominate front pages of the morning dailies.

prominent headlines:

t e r c u m a n :

- construction sector in golden age-housing construction locomotive of the sector-construction material producers to raise capacity.
- prime minister ozal to go to the united states after elections for medical check-up.
- foreign ministry on president evren's visit to turkish republic of northern cyprus-turkey has diplomatic relations with the trnc and visits at any level are natural. date of the visit is not yet fixed.

c u m h u r i y e t :

- atlantic associations assembly ends in istanbul
- electoral bans begin-official propaganda campaign starts today.

m i l l i y e t :

- turkish general staff says there are no differences in views of the government and the military authorities on nuclear missiles.
- doctors advice premier ozal to rest but he fails to comply.

h u r r i y e t :

- health condition of prime minister ozal-check up at houston after one month.

news:

turkey-trnc-relations:

foreign ministry's spokesman ambassador inal batu said that full diplomatic relations existed between turkey and the turkish republic of northern cyprus (trnc) which held mutual visits and it was out of question for turkey to make an explanation on this matter.

in a press conference yesterday, spokesman inal batu said "turkey and the trnc maintains full diplomatic relations, as everybody knows." stressing that mutual visits between the two states at all levels, including the ones of the heads of state, were very natural and a requirement of international affairs, spokesman batu said "the visit president kenan evren plans to pay to the trnc should be considered within this framework."

"it is out of question for turkey to take permission from any one or to make explanation on this issue" he concluded.

tagna speaker-reception:

parliamentary speaker necmettin karaduman received the european deputies yesterday.

the reception concerned nihat sargin and haydar kutlu, secretary generals of the illegal unified turkish communist party (tbkp) based abroad, who were accompanied by a host of foreign deputies and journalists, while coming to turkey.

in a press conference following their one-and-a-half-hour meeting, mr.karaduman said that the european deputies told him that they wanted the establishment of a communist party in turkey.

in response, the parliamentary speaker told them "at this stage, the turkish democracy will be wounded if an extreme rightist or an extreme leftist party is permitted."

"the european deputies asked my help in freeing the two detained people and also tried to state that functioning of a communist party in turkey would be in compliance with democratic conditions" mr.karaduman said.

"i told them that the jurisdiction in turkey takes its decisions freely and without any influence and it was not possible for the executive powers to interfere" he said adding "i also clearly explained them that throughout the country's history, jurisdiction has been completely free in its actions."

on the establishment of a communist party in turkey, the speaker told the deputies "under article 14 of the constitution, basic freedoms and rights can not be observed to establish a state based on the concept of the dominance of a social class over the other, destruction of basic freedoms and rights, endangering the secular republic and to create discrimination on religion, language, race or sect."

reminding that after the second world war, many european countries took measures in their constitution against extreme and destructive actions, mr.karaduman said that in west germany the nazi and communist parties were abolished between the years 1950-52. "meanwhile, the italian constitution bans establishment of a communist party" he added.

"while saying these, i wanted to stress that every country had unique social, political and historical conditions and countries reach democratic stages according to their own conditions" he went on to say.

"our democracy recorded phase-by-phase great developments and we think that our democratic order will be harmed of extreme right or left parties function" he concluded.

rotarians-meeting:

the meeting of rotary international governors of european, mediterranean and african countries will be held in istanbul under the chairmanship of rotary international president charles c. keller between november 19 and 21, it was reported yesterday.

the meeting will be inaugurated today with a speech given by foreign minister vahit halefoglu.

turkey rotary governor orscelik balkan and over 500 delegates and members of the international rotary foundation will also participate in the meeting.

on the first day of the meeting, istanbul governor nevzat ay istanbul metropolitan mayor bedrettin dalan and governor balk will deliver speeches besides halefoglu.

the three-day meeting will end on saturday.

cu-greek cypriots:

foreign ministry's spokesman ambassador inal batu said that the greek cypriot administration was exploiting the humanitarian issue of losses, for their political purposes.

in a press conference, spokesman inal batu responded to a statement of greek cypriot deputy mavros on the lost greek cypriots.

"during the 1974 incidents both turkish and greek cypriots were lost" he said, adding, "however the greek cypriot administration exploits such a humanitarian question for political purposes."

stressing that the hostages of both sides have been exchanged after 1974 under the surveillance of the red cross, spokesman batu said "claims that the so-called lost greek cypriots are in north cyprus and even in turkey are completely untrue and is nothing but a politically exploitation effort."

spokesman batu went on to say taht, belgian deputy glinne's claim that turkey colonized part of cyprus has a political purpose.

a.t.a.-general assembly:

the 33rd general assembly session of the north atlantic associations (ata) ended in istanbul.

in a press conference after the meeting which started sunday, the organization's president lord pym and turkish ata's director haluk bayulken said that the sessions were very successful.

lord pym who said that focus was placed in the meetings on the east-west relations and the intermediate-range missile agreement inf, added that the expected inf agreement will be followed by the issue of control over conventional arms. however, he added, the stand to be taken in this respect was not clear yet.

stressing that the soviet union and the warsaw pact members were very advantageous in conventional arms, lord pym said that an agreement on conventional arms would be a great development. however he added that the soviet union is presently not willing to reduce conventional arms.

on his part, haluk bayulken said that turkey was one of the most devoted members of the nato, which allocated a large portion of her budget to defence and established a fund to modernize the army.

lord pym was re-elected as the president of ata for another one-year term.

about 300 delegates from 16 nato member countries participated in the general assembly.

election bans:

the official campaign period and the restrictions on government and municipality officials will start as of today.

according to the current election law, government officials will not be able to use their official vehicles during this period.

this ban also applies to officials employed in the state economic enterprises.

officials employed in such government establishments will not be allowed to help political parties.

according to the same ban, civil servants will not be permitted to take part and government vehicles will not be allowed to be used for political party campaigning.

similarly, government officials are banned from being involved in broadcasting or publishing activities in favor of a political party.

as of today, none of the state organizations will be allowed to organize ceremonies concerning the services they have provided.

until election day, the prime minister and government ministers will not be able to use their official vehicles for campaign purposes.

part of the same restrictions, none of the government officials will attend the welcoming or farewell ceremonies of the prime minister or his ministers.

similarly, none of the civil servants will be allowed to join in the campaign tours of the prime minister or government ministers.

official campaign speeches by the political parties will start on state radio and television (trt) on nov. 22. the speeches will be broadcast on both tv channels.

no campaign speeches will be allowed after 6 p.m. on nov.28.

meanwhile, the supreme election board announced yesterday that the parliamentary deputy candidate lists will be finalized on nov.22 and will be disclosed to the public.

no objections will be made about any of the candidates after that date. in the event of a candidate resigning from a particular party, that party will enter the elections minus the number of those who had resigned.

second-f-16: -----

the second f-16 (fighting falcon) manufactured at the murted plant near ankara of the turkish aircraft industry (tusas) is scheduled to fly this month, military sources reported.

the test flight of the war plane will be made by american pilots and the second f-16 will be mounted and turned over to turkish pilots ready for flight.

the first f-16 will be completed and flew on october 29 will join the turkish air force by a ceremony at the end of this month.

an f-16 is programmed to be manufactured every month at murted under licence from american general dynamics.

crude oil production: -----

turkish petroleum company (tpao) increased its crude oil production by 13.8 percent during the first half of 1987.

tpao's crude production during the first 10 months of this year amounted to 8.7 million barrels.

tpao officials said this year's production surpassed last year's production by 1 million 450 thousand barrels (around 190 thousand tons) in the same period.

crude production of tpao in the first 10 months in 1986 had been 7 million 234 thousand barrels (around 970 thousand tons).

tpao's total crude production in 1986 had amounted to 1.2 million tons. the target for 1987 has been

crude oil production: -----

turkish petroleum company (tpao) increased its crude oil production by 13.8 percent during the first half of 1987.

tpao's crude production during the first 10 months of this year amounted to 8.7 million barrels.

tpao officials said this year's production surpassed last year's production by 1 million 450 thousand barrels (around 190 thousand tons) in the same period.

crude production of tpao in the first 10 months in 1986 had been 7 million 234 thousand barrels (around 970 thousand tons).

tpao's total crude production in 1986 had amounted to 1.2 million tons. the target for 1987 has been set as 1.4 million tons.

TELEX
TELEX
TELEX
TELEX
TELEX
TI

Savcının oğluna da işkence

Hü 12.2.89

Folter aus f. d. Sohn d Staatsanwalt

wegen Besit eines Exempl des TBKP Programms in Haft + gefoltert:

Jurastudent Kompeten der Basketball-jugend von Fenerbahçe

Sohn aus Juristenfamilie

Folter mit Strom + Aufhängen

Proteste



"ASKIYA ALMIŞLAR" Türkiye Birleşik Komünist Partisi'nin çoğaltılmış programıyla yakalandıktan sonra İstanbul DGM tarafından tutuklanan Hukuk Fakültesi öğrencisi ve Fenerbahçe

Genç Basketbol takımı kaptanı Şiar Rıyvanoğlu'nun (sağda), 25 yıllık savcı babası Atilla Rıyvanoğlu, "Oğluma Gayrettepe'de işkence yaptılar, onu askıya almışlar. Hem idari, hem de yargı yollarına başvuracağım" dedi.

Tarık DEVRİM
İSTANBUL (Hürriyet)

TÜRKİYE Birleşik Komünist Partisi'nin (TBKP) çoğaltılmış programıyla yakalandıktan sonra, İstanbul Devlet Güvenlik Mahkemesi'nde tutuklanan Hukuk Fakültesi öğrencisi ve Fenerbahçe Genç Basketbol Takım Kaptanı Şiar Rıyvanoğlu'nun 25 yıl savcılık yapan babası Atilla Rıyvanoğlu, "Oğlumun yaptıklarından dolayı üzgün ve pişman değilim" dedi. Baba Rıyvanoğlu, oğluna "işkence" yaptığımı söyleyerek, şikayeteçi olacağını belirtti.

TABİP ODASI'NDA TOPLANTI

Poliste gözaltı sırasında işkenceye ve politik görüşleri nedeniyle baskıya uğrayanların yakınları, dün İstanbul Tabip Odası'nda bir toplantı düzenlediler. Çoğunluğu üniversite öğrencisi, yaklaşık 200 kişinin katıldığı toplantıda konuşan Adımlar Gazetesi Genel Yayın Yönetmeni Umur Coşkun, Ankara'da görülmekte olan ve TBKP yöneticileri Haydar Kutlu'ya Nihat Sargın'ın argümanları davayı izlemek için Sefaköy'den gelen bir grubun, dönüşlerinde gözaltına alındıklarını ve kenellerinden haber alınmadığını söyledi. Coşkun, Adımlar Gazetesi'nin koordinatörleri Avukat Mehmet Ata Uçum, Gökçen Topçu

(Devamı 9. sayfada)

İhbarcı müdüre görevden alınma şoku

İZMİR (İha)

MİLLİ Eğitim Gençlik ve Spor Bakanlığı tarafından görevinden alındığı açıklanan Karataş Lisesi Müdürü Turhan Baysal ortadan kayboldu. İl Müdürü Muammer Şani, 15 yaşındaki öğrencisi Melih Çalaçoğlu'nu "Komünist" diye Siyasi Polise ihbar edip tutuklatan müdür Baysal hakkında soruşturma açıldığını belirterek, "Bize göre Baysal'ın olaya yaklaşımı kusurlu. soruşturma bu yönde açıldı. Ancak görevden alındığı yolunda bize yazı gelmedi" dedi.

Af Örgütüne turizmci tepkisi

Zeynep GÖĞÜŞ

ULUSLARARASI Af Örgütü'nün (Amnesty International) Türkiye'de işkenceyi önleme kampanyasının, "turizme darbe" tehdidini içermesi, Türk turistlerin tepkisine yol açtı. Kampanyada kullanılan afişlerde, Türkiye'ye gidecek turistlere, "işkence yapılan bir ülkeye gittiğimizi bilin" mesajının verilmesi üzerine bir açıklamaya yapan TÜRSAB (Türkiye Seyahat Acentaları Birliği) Genel Sekreteri Caner Şaka, (Devamı 9. sayfada)

Savcı'nın oğluna da işkence

Şiar Rıyvanoğlu'nun babası Atilla Rıyvanoğlu, "Oğluma işkence yaptılar, onu askıya almışlar. Hem idari, hem de yargı yollarına başvuracağım" dedi. Coşkun, Adımlar Gazetesi'nin koordinatörleri Avukat Mehmet Ata Uçum, Gökçen Topçu

Şiar Rıyvanoğlu'nun İstanbul Hukuk Fakültesi'nden arkadaşları Yıldırım Sayita da, "TBKP programını savcılar, yargıçlar ve savunmanlar rahatça okuyor, ceplerine koyup, evine götürüyor. Ben, ya iki yıl sonra Hukuk'tan mezun olacak Şiar'ın hem men serbest bırakılmasını ya da başta DGM Savcısı Nusret Demiral olmak üzere, programı okuyan yargıç, savcı ve savunmanların da tutuklanmasını istiyorum" dedi.

"ŞU LANET 14.149..."

"Komünist Partisi Engellenemez" sloganının alındığı toplantıda konuşan Şiar Rıyvanoğlu'nun amacı, 75 yaşındaki Avukat Kamber Rıyvanoğlu, Cumhuriyet başkanı, Başbakan ve diğer yetkililere seslenerek, "Yeğenime elektrik vermişler, asınlar. Yeter artık. Reiz-sicimbur Komünist Partisi'nin kurulması gerekli-

File: HAB4

ZUM ANSCHLAG GEGEN DEN TÜRKISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN ÖZAL:

NEUE INFORMATIONEN ZU DEM ATTENTAT GEGEN ÖZAL IN ANKARA

EIN MORDANSCHLAG GEGEN DEN ATTENTÄTER WURDE IN LETZTER SEKUNDE VERHINDERT!

ARBEITERPARTEI DER TÜRKEI UND KOMMUNISTISCHE PARTEI DER TÜRKEI VERURTEILEN DEN MORDANSCHLAG

Der Attentäter konnte als Anhänger der faschistischen Partei von Türkes ("Graue Wölfe") identifiziert werden. So wurde bekannt, daß der Attentäter Kartal Demirag vor 8 Jahren zweiter Vorsitzender des faschistischen "Idealisten Vereines" in seiner Heimatstadt Dazkiri war. Kartal Demirag hatte vor drei Jahren einen anderen Anhänger seiner Partei, in einer Auseinandersetzung wegen einer Frau mit einem Messer verwundet und wurde deshalb am 7.6.86 zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Am 23. Januar 1988 ist er jedoch aus dem Gefängnis geflohen.

Sein Vater Ibrahim Demirag erklärte gegenüber Journalisten, daß der Mordanschlag keine private Aktion seines Sohnes sein kann sondern von einer Organisation geplant gewesen sein muß. Er sagte ferner, daß diejenigen, die seinen Sohn zu dieser Tat angestachelt haben, auch sein Entkommen aus dem Gefängnis organisiert haben müssen. Ibrahim Demirag: "Auch diejenigen, die ihn aus dem Gefängnis befreit haben, sind mitschuldig".

Auch die Tatsache, daß in den Taschen des Attentäters größere Beträge gefunden wurden (200 000 Türkische Lira, 100 US Dollar und 200 DM), deutet darauf hin, daß er nicht auf eigene Faust handelte.

(Parallele zu dem Papst-Attentäter Ali Agca: Auch Agca war ein Anhänger der faschistischen "Idealisten Vereine", auch er wurde aus einem schwerbewachten Gefängnis befreit und auch er verfügte über große Geldsummen.)

EIN MORDANSCHLAG GEGEN DEN ATTENTÄTER WURDE IN LETZTER SEKUNDE VERHINDERT!

Unterdessen wurde bekannt, daß noch auf dem ANAP Kongreß ein namentlich nicht genannter Mann festgenommen wurde, der versuchte, den verwundeten Attentäter zu erschießen, wie dieser von Sicherheitsbeamteten abgeführt wurde. Dieser Versuch konnte in letztem Moment verhindert werden. Es ist jedoch zu befürchten, daß diejenigen Kräfte, die diesen Mordanschlag organisiert haben, auch weiterhin versuchen werden, ihre "Spuren" zu verwischen und vor allem alle Mitwisser zu beseitigen.

lich sind, sondern auch kein einziges Problem lösen können.

Weiterhin wird darauf hingewiesen, daß diese Methoden Wasser auf die Mühlen derjenigen sind, die die Demokratisierung der Türkei nichtz wollen und die die autoritäre Praxis des Staatsreichs von 12.9.1980 fortgesetzt sehen möchten.

Sakalsiz und Karaca weisen daruf hin, daß der gefaßte

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Rechte und linke Türken fordern Gewerkschaftsfreiheit

öhl ATHEN, 6. März. Zwei türkische Oppositionsparteien setzen sich für die Liberalisierung der strikten Gewerkschaftsgesetze ein. Die Sozialdemokratische Volkspartei (SHP) unter dem Vorsitz von Erdal İnönü und die von dem früheren Premierminister Süleyman Demirel geführte rechtsgerichtete „Partei des Rechten Weges“ (DYP) wollen gemeinsam einen Antrag auf Verfassungsänderung stellen. Die 1982 von den damals regierenden Militärs konzipierte Verfassung verbietet den Gewerkschaften jede „politische Betätigung“ und Verbindungen zu politischen Parteien; Studenten, Beamte und Soldaten dürfen keiner Gewerkschaft beitreten; in weiten Bereichen der Wirtschaft sind Streiks grundsätzlich untersagt, so beispielsweise in öffentlichen Dienstleistungsbetrieben, bei den Banken und im Erziehungswesen. Diese Einschränkungen sollen nach dem Willen der beiden Oppositionsparteien aufgehoben werden. İnönü und Demirel fordern auch ein Verbot der in der Verfassung verankerten Aussperrung.

Die Regierung gerät in dieser Frage offenbar jetzt auch außenpolitisch unter wachsenden Druck. Europäische Staaten und die Internationale Arbeitsorganisation ILO, eine UN-Organisation, drängen seit Jahren. Nach Zeitungsberichten vom Wochenende erwägen nun die USA, die der Türkei für ihre Exporte bisher gewährte Meistbegünstigungsklausel zu widerrufen, wenn die Gewerkschaftsrechte nicht liberalisiert werden.

F.A. 7.3.88

Türkische Taktik

wgl. Die türkische Regierung hat jetzt die Gründung einer orthodox-marxistischen Partei zugelassen. Zu deren Programm gehört auch der Austritt Ankaras aus der Nato. Seit dem Verbot der moskautreuen Türkischen Kommunistischen Partei (TKP) Anfang der zwanziger Jahre hatten die orthodoxen Marxisten in der Illegalität oder im Ausland gewirkt; und manche von ihnen, wie etwa der Dichter Nazim Hikmet, saßen lange im Gefängnis. Zwar bleibt die TKP nach wie vor illegal (und ihr Führer Haydar Kutlu in Haft); aber durch die Partei-Neugründung begegnet Ankara kritischen Worten, die von der Linken im Lande und auch von manchen Westeuropäern immer wieder vorgebracht worden sind: Wenn die Türkei europäisch sein und Mitglied in der EG werden wolle, dann müsse sie auch eine kommunistische Partei ertragen. Dieser Forderung wollten Özal und Evren offenbar Rechnung tragen. Ankara führt gegenwärtig eine neue diplomatische Offensive in Richtung Westen. Außenminister Yilmaz und andere Politiker, die für die EG-Mitgliedschaft sind, reisen in die Bundesrepublik; und Ministerpräsident Özal selbst umwirbt mit überraschendem Erfolg den „Erzfeind“ Papandreou.

gipf
Treff
letzten
Bedeni
hüllte
Schlagza
deutsche
„Bonn v
sche Wirt
griffen. „
„Wie Deu
bewahren?“
in Verzug,
Neutralisier

Der Wett
tungen ist ha
ten sich oft i
selbstgerecht
in auswärtige
schen Presseti
scheinen zuden
- wahren oder
zwischen Perso
nen. Die De
Kohl“ in der
beispielsweise
Geschichte, da
ler nicht möge,
Urlaub in Östei
wegen einer „
abgekürzt hab
später, in einer
essen sehen.

Bei einem so v
verhältnis zwische
das sich mit enge
über die ganze V

4. Feb. 88.

Frankfur. Allg. Zeitung.



In Ankara beginnt bald der Prozeß gegen Haydar Kutlu und Nihat Sargin

Drei Richter entscheiden mit über die Zukunft der Demokratie

Anklage gegen Generalsekretäre mit absurden Thesen / Von Wolfgang Breuer

In Ankara steht ein politischer Prozeß bevor, von dem der Staatsanwalt schon jetzt behauptet, es werde „ein Jahrhundertprozeß“. Angeklagt sind Haydar Kutlu und Nihat Sargin, die Generalsekretäre der KP der Türkei und der Arbeiterpartei. Zusammen mit ihnen sollen 14 weitere Personen auf die Anklagebank – darunter auch zwei Rechtsanwälte, die die Verteidigung von Kutlu und Sargin übernommen hatten.

15. November 1987: In der Düsseldorfer Stadthalle drängen sich Tausende Arbeiter aus der Türkei, um Kutlu und Sargin zu verabschieden – für die Rückkehr in die Heimat. Die Ankündigung der beiden Politiker, die Demokratieversprechen der Özal-Regierung beim Wort zu nehmen und in der Türkei zu versuchen, eine legale Vereinigte Kommunistische Partei zu gründen, bewegt die Menschen. Sollte es wirklich wieder einen Hauch Freiheit in der Heimat geben? Kann legale Arbeit für Linkskräfte möglich werden? Hoffnungen begleiten die beiden mutigen Männer, aber auch Ängste, Befürchtungen.

Folterungen während der Verhöre

Als die Lufthansa-Maschine wenige Tage später auf dem Flughafen in Ankara ausrollt, schlägt das Regime schon an der Gangway zu. Kutlu und Sargin werden festgenommen, 19 Tage lang verhört und gefoltert. Danach erst werden sie verhaftet. Diese Vorgehensweise bricht selbst das Recht der Militärs, Artikel 15 der jetzigen Verfassung legt fest, daß festgenommene Personen spätestens nach 15 Tagen dem Haftrichter vorgeführt werden müssen.

Trotz weltweiter Proteste verschwanden die beiden De-

mokraten in Isolierhaft, weder Rechtsanwälte noch Abgeordnete des Europaparlaments durften mit ihnen reden. Erst bei einer Überführung in eine andere Haftanstalt konnten Kutlu und Sargin Journalisten zurufen, daß sie gefoltert wurden – unter anderem mit elektrischem Strom und durch Injektionen mit unbekanntem Präparaten.

Kam durch die Festnahme der beiden Generalsekretäre schon die Behauptung von Ministerpräsident Özal, in der Türkei seien wieder demokratische Verhältnisse hergestellt, international ins Zwielficht, so brachten die Nachrichten von der Folterung der Politiker das Regime noch mehr unter internationalen Druck: Nach langem Weigern mußte die Regierung in Ankara Anfang des Jahres die Europäische Konvention zur Verhinderung der Folter unterschreiben.

Neu aufgeflammt ist in der Türkei auch die Diskussion um die Paragraphen 141 und 142 des Strafgesetzbuches, die das krumme Rückgrat der Anklage bilden. (Siehe untenstehenden Hintergrund). Der Staatsanwalt macht sich in seiner am 14. März 1988 vorgelegten Anklageschrift nicht einmal die Mühe nachzuweisen, daß die Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei gegen die genannten Paragraphen ver-

stößt. Den Nachweis, daß die neue Partei die Herrschaft einer Klasse über eine andere anstrebt, leistet er jedenfalls nicht.

Dem Staatsanwalt genügen solche Platitüden: „Die Gedanken, die den Programmen der illegalen Kommunistischen Partei und der Arbeiterpartei gemeinsam sind, sehen wir in dem Programm der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei“. Einmal illegal, immer verboten? Dann einige Vorstellungen des Staatsanwaltes über Kommunismus: „Der Grundsatz des Kommunismus lautet: Tod dem, der nicht mit uns ist. Es gibt keinen mittleren Weg.“ Oder: „Jeder talentierte, aufgeschlossene und unternehmerische Mensch ist in ihren Augen ein Faschist und muß sterben.“

An Sondergerichten urteilen Militärs mit

Da selbst ein normales Gericht in der Türkei solchen hanebüchenen Argumentationen kaum folgen würde, soll gegen Kutlu und Sargin vor einem Sondergericht, einem Staatssicherheitsgericht verhandelt werden. Diese in den 70er Jahren gegründeten Gerichte waren ursprünglich vom Verfassungsgericht als verfassungswidrig eingestuft und abgeschafft worden, wurden jedoch nach dem Putsch von 1980 erneut von den Militärs installiert. Einer der drei Richter eines solchen Gerichts ist immer ein Militär.

Das Recht der Angeklagten auf Verteidigung wurde schon vor Prozeßbeginn mit Füßen getreten – durch die Anklagen gegen die Rechts-

anwälte Atilla Coskun und Rasim Öz und damit ihren Ausschluß aus der Verteidigung. Öz zum Beispiel wird vorgeworfen, eine Straftat verherrlicht zu haben, weil er den Generalsekretären zurief: „Alle Achtung für Ihren Einsatz für Demokratie!“

Diesen Einsatz für Demokratie in der Türkei will die Staatsanwaltschaft mit rund 1000 Jahren Haft für beide Politiker ahnden – zur Abschreckung auch für andere linke Kräfte. Ungewollt erzielte sie jedoch einen anderen Effekt: In den zugelassenen Parteien der Türkei wird verstärkt über eine notwendige Demokratisierung diskutiert und auch international wächst der Druck, Demokratie in der Türkei zuzulassen und die Menschenrechte zu achten. Der bevorstehende Prozeß wird darüber entscheiden, welche Chance die Demokratie in der Türkei hat.

Solidarität mit den beiden Generalsekretären ist dringend notwendig, öffentlicher Druck kann ihre Lage verbessern, kann der Türkei zur Demokratie verhelfen. Der Justizminister der neuen Özal-Regierung, Oltan Sunugurlu, erklärte vor kurzem gegenüber der Presse: „Gegenwärtig gibt es keine Vorbereitungen für eine Generalamnestie, zur Aufhebung der Todesstrafe oder zur Streichung der Paragraphen 141, 142 oder 163 aus dem Strafgesetzbuch. Es kann sein, daß wir dies in Zukunft in Angriff nehmen oder auch nicht.“

Das Regime muß gezwungen werden, es in Angriff zu nehmen.



Ostermarsch '88, Solidarität mit Kutlu und Sargin.

Foto: Scholz

Interview mit Haydar Kutlu in „Gökkusagi“

Wäre eine Rückkehr zu anderer Zeit nicht besser gewesen?

Hätten sich Verhaftung und Folter vermeiden lassen, wenn Haydar Kutlu und Nihat Sargin zu einem anderen Zeitpunkt in ihre Heimat zurückgekehrt wären? Auf diese Frage ging der Generalsekretär der KP der Türkei in einem Interview mit der Zeitschrift „Gökkusagi“ ein, aus dem wir Auszüge veröffentlichen.

ist, die sehr verschieden, sehr viel weiter als die Demokratie vor dem 12. September ist, kann von einer Rückkehr zur Demokratie nicht gesprochen werden.



Nihat Sargin (l.) und Haydar Kutlu beim Rückflug in die Heimat.

Die Paragraphen 141 und 142 – ein Erbe Mussolinis

Die Paragraphen 141 und 142, nach denen Kutlu und Sargin angeklagt sind, wurden aus dem Strafgesetzbuch des faschistischen Italiens übernommen. Es handelt sich um die Paragraphen 270 und 272 der berühmten Rocco-Gesetze aus der Mussolini-Zeit. Sie wurden 1936 von der Türkei übernommen und in den Jahren 1938, 1946, 1949, 1951 und 1983 noch verschärft. Die Änderungen belegen, daß die italienischen Faschisten noch zu übertreffen sind.

Auf einen kurzen Nenner gebracht, verbietet **Paragraph 141** Organisationen, die „darauf gerichtet sind, die Herrschaft einer sozialen Klasse über die anderen sozialen Klassen zu errichten, oder eine soziale Klasse aufzuheben, oder irgendeine der

im Lande bestehenden wirtschaftlichen oder sozialen Grundordnungen zu stürzen“.

Paragraph 142 verbietet jegliche Propaganda mit diesem Ziel.

Verboten ist auch die gewaltlose Änderung der sozialen Grundordnungen. Ein besonderes Kuriosum: In der Türkei wird nicht nur die Gründung einer Organisation mit den verbotenen Zielen verfolgt, sondern auch der Versuch einer Gründung und sogar die Vorstufe des Versuchs einer Gründung einer entsprechenden Organisation. Der Willkür des Staatsanwaltes sind damit Tür und Tor geöffnet.

Eine weitere Besonderheit der Paragraphen 141 und 142 ist ihre Unbestimmtheit. Es

werden äußerst dehnbare Begriffe verwandt, die je nach politischer Großwetterlage ausgelegt werden können. Was heißt „die Herrschaft einer sozialen Klasse über die anderen sozialen Klasse zu errichten“? Was wird unter „wirtschaftlichen und sozialen Grundordnungen“ verstanden? Sind damit bestimmte denkbare Wählermehrheiten strafbar? Lassen sich die Grundordnungen auch nicht durch demokratische Mehrheiten neu bestimmen?

Opfer der Paragraphen wurden neben der kommunistischen Bewegung zum Beispiel der Friedensverein der Türkei, der Lehrerverband der Türkei (TÖBDER) und die Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei (TIKP), die bis zum Putsch legal arbeitete.

Kritik an den Paragraphen gibt es seit langem auch in der Türkei. So schreibt Prof. Dr. Cetin Özek in seinem Buch über die Paragraphen: „Wenn das Element der Gewalt fehlt, führen diese Paragraphen dazu, daß linke Bewegungen, die mit demokratischen Mitteln an die Macht kommen und eine Ordnung nach eigenen Vorstellungen errichten wollen, verboten werden. Deswegen werden von der herrschenden Ordnung abweichende Meinungen unter Strafe gestellt. Desgleichen wird die Organisation von abweichenden politischen Gedanken... ebenfalls bestraft. In den westlichen Demokratien ist die Erringung der Regierungsmacht durch den marxistischen Sozialismus unter Wahrung der demokratischen Methoden zulässig.“

Frage: Wenn Sie schon zurückkehren wollten, hätten Sie nicht einen besseren Zeitpunkt wählen können? Wenn Sie etwas erwartet hätten, hätten Sie vielleicht nicht soviel durchmachen müssen?

Haydar Kutlu: Hier gibt es ein Mißverständnis bezüglich der Zielsetzung. Wenn wir uns bei der Planung der Rückkehr die Vermeidung von Schaden für unsere Personen als Hauptziel gesetzt hätten, hätten wir wahrscheinlich noch einige Zeit die Rückkehr nicht auf die Tagesordnung setzen dürfen.

Doch unsere Zielsetzung sieht anders aus. Es geht uns darum, endlich jegliche Hindernisse für die Gedankenfreiheit zu beseitigen, diese unverzichtbare Voraussetzung der Demokratie. Die Wahlplattform war wohl am besten geeignet, um dies auf die Tagesordnung setzen zu können.

Es war schon seit langer Zeit klar ersichtlich, daß nur wir dieses Thema auf die Tagesordnung bringen können. Diese Verantwortung fiel uns zu. Außerdem, die letzten Wahlen hatten eine besondere Bedeutung. Nach unserer Einschätzung drehte sich al-

les um die Frage der Demokratie. Auf der anderen Seite war es die Taktik von Özal, diese Frage zu verschleiern. Leider hatte er bis zu einem gewissen Grad sogar Erfolg dabei. Ich kann mit Gewißheit sagen, daß wir durch unsere Rückkehr noch vor den Wahlen dieses Spiel durchkreuzt haben. Einer der Gründe für die ganze Aufregung liegt ja gerade darin.

Frage: Sie verbinden immer wieder Ihre Rückkehr mit dem Ziel, die Demokratie zu konsolidieren. Ja, es herrscht allgemeine Übereinstimmung darin, daß in diesem Land die Demokratie nicht vollständig funktioniert. War es aber nicht der Zweck Ihrer Rückkehr, eine Partei entsprechend Ihren Ansichten zu gründen?

Haydar Kutlu: Die legale Gründung der Vereinigten KP der Türkei (TBKP) ist unmittelbar eine Frage der Demokratie. Ich glaube folgendes: Die Türkei kann kaum mehr zum 12. September oder zum 11. September zurückkehren. (Am 12. September 1980 hatten die Generäle den Staatsstreich durchgeführt und eine Militärdiktatur errichtet. d. R.) Anders ausgedrückt: Solange nicht eine Demokratie geschaffen

Deswegen ist die legale Gründung der kommunistischen Partei eine Notwendigkeit, die sich aus dem demokratischen Bewußtsein unserer sich entwickelnden Gesellschaft ergibt.

Entweder gibt es die Gedankenfreiheit oder es gibt sie nicht. Der 12. September hat dies sehr klar gezeigt. Gestern konnte man auch mit eingeschränkten Freiheiten Demokratie machen. Heute geht das nicht mehr. Deswegen ist unser Kampf zur Errichtung der Demokratie alles andere als leicht und wird auch in Zukunft nicht leicht sein.

Bei der Rückkehr in unsere Heimat waren wir uns dieses Umstandes bewußt. Wir waren nicht auf leichte Erfolge aus und konnten es auch nicht sein. Wir taten den Schritt, der notwendig und erforderlich war. Unser Erfolg hängt davon ab, ob wir der objektiven Notwendigkeit entsprechen können oder nicht. Unsere Rückkehr war unsere erste Antwort darauf. Wie auch die Ergebnisse aussehen mögen, wir haben einen ersten Erfolg zu verzeichnen. Nunmehr ist die Initiative in unseren Händen.



Das Regime schlägt gleich bei der Landung zu.

Der Türkei drohen innen- und außenpolitische Turbulenzen

Preiswelle bringt Turgut Özal in Schwierigkeiten

Von unserem Korrespondenten Baha Güngör

Istanbul. In der Türkei mehren sich die Anzeichen für innen- und außenpolitische Turbulenzen. Während die Wirtschaftspolitik der Regierung Turgut Özal wegen neuer Preiserhöhungen zunehmend unter Druck geraten ist und Politiker durch unvorsichtige Äußerungen eine Putsch-Diskussion entfacht haben, gerät der NATO-Staat trotz aller Neutralitätsbekundungen unweigerlich zwischen die Fronten des auch für Ankara bedrohlichen Golf-Krieges.

Die jüngste Preiswelle erfaßte das 55-Millionen-Volk zu Wochenbeginn mit einer weiteren Erhöhung der Treibstoff-, Heizöl- und Gaskosten. Die dritten Preiserhöhungen für diese Produkte seit der Wiederwahl Özals Ende November liegen zwischen 20 und 23 Prozent. Insgesamt wurden die Benzinpreise innerhalb der letzten vier Monate um weit mehr als 80 Prozent angehoben. Erneut ist mit empfindlichen Verteuerungen von Konsumgütern und Lebensmitteln zu rechnen, was die Massen erstmals seit dem letzten Militärputsch von 1980 auf die Straße zu treiben droht.

Finanzielle Engpässe des Staates

Özal begründete seine Wirtschaftspolitik, die sowohl von der sozialdemokratischen als auch von der konservativen Opposition als „grausam und ungerechtfertigt“ bezeichnet wird, mit finanziellen Engpässen des Staates. So muß die Türkei von ihrer Auslandsverschuldung von insgesamt 40 Milliarden Dollar dieses Jahr etwa 7,2 Milliarden zurückzahlen. Özal: „Ich habe keine Alternative, als das Geld vom Volk zu verlangen; außerdem sind unsere Benzinpreise im Vergleich mit europäischen Ländern immer noch sehr viel niedriger.“

Kolumnisten Istanbul Tageszeitungen fragten Özal gestern in diesem Zusammenhang, ob er sich Gedanken darüber gemacht habe, wie er das Einkommen des Volkes an europäische Verhältnisse anpassen wolle, nachdem er die Benzinpreise „europäisiert“ habe. Ein deutscher Arbeiter mit einem Nettoeinkommen von 2500 Mark pro Monat kann sich ein Auto und damit verbundene monatliche Kosten von 250 Mark leisten. Ein türkischer Arbeiter mit einem monatlichen Nettoverdienst von umgerechnet 100 Mark braucht sich keine Sorgen um solche Kosten zu machen, weil er von einem Auto nicht einmal träumen kann. „Doch er muß die Folgen der Inflation tragen“, hieß es beispielsweise im Massenblatt „Hürriyet“.

Bevorstehende Steuererhöhungen werden die Benzinpreise noch mehrmals spürbar verteuern, was schlimme Folgen für die einkommensschwachen Schichten bedeuten dürfte. Und so wächst der Widerstand der Lohn- und Gehaltsempfänger gegen die Wirtschaftspolitik Özals. In den nächsten Wochen und Monaten wollen die Gewerkschaften, die bislang weitgehend tatenlos geblieben sind und von der Verfassung dazu auch angehalten wer-

Diskussion über neues „Interims-Regime“

den, massive Arbeitskämpfe beginnen; sie haben deshalb in vielen Branchen die Tarifverhandlungen vorerst unterbrochen. Politische Streiks sind verboten und Arbeitskämpfe können nur im Zuge tariflicher Differenzen erlaubt werden – falls die Regierung nicht der Ansicht ist, daß durch einen Streik „nationales Eigentum und nationale Interessen bedroht sind“.

Überschattet von dieser ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung, zu der Özal keine Alternative zu sehen glaubt, entbrannte eine öffentliche Debatte über die Rolle der türki-

schen Armee, die seit 1960 im Zehn-Jahres-Zyklus bereits dreimal geputzt und die Machtverhältnisse unter Hinweis auf den historischen und verfassungsmäßigen Auftrag, die laizistische Republik zu wahren, neu geordnet hat. Der stellvertretende Vorsitzende der regierenden „Mutterlandspartei“ (ANAP), Mehmet Kececiler, warf kürzlich in Konya, einer der Hochburgen der islamischen Fundamentalisten, den Gewerkschaften sowie den Oppositionsparteien vor, die Gefahr eines „Interims-Regimes“ heraufzubeschwören, worunter in der Türkei die Armeeherrschaft verstanden wird. „Wenn wir unsere Auslandsschulden nicht bezahlen können und das Volk auf die Straße getrieben wird, werden weder die Regierung noch die Opposition bleiben und wir uns einem Interims-Regime gegenübergestellt sehen“, sagte Kececiler.

So wächst in der türkischen Öffentlichkeit im Zusammenhang mit den jüngsten Putsch-Diskussionen die Unruhe. Jeder Mordanschlag und zuletzt die spektakuläre Flucht von 29 Linksextremisten aus einem der sichersten Militärgefängnisse wird mit den innenpolitisch chaotischen Zuständen vor dem letzten Staatsstreich verglichen, als der Straßenterror zum türkischen Alltag gehörte und Tausenden von jungen Menschen das Leben kostete. Einer der Geflohenen, ein zu lebenslänglicher Haft verurteilter junger Mann, ist inzwischen dank der Mithilfe seines Vaters, bei dem er Zuflucht gesucht hatte, wieder eingekerkert. Der Wunsch seines dem Staat loyalen Vaters, den er am Montag weinend vor Journalisten äußerte: „Hoffentlich werden sie ihn jetzt nicht foltern.“

Golf-Krieg gefährdet Erdöl-Transporte

Auch die Außenpolitik der Özal-Regierung, die bislang viele Male innenpolitischen Ärger vergessen ließ, muß in den nächsten Tagen neue Belastungsproben überstehen. Zwar soll noch vor der nächsten Sitzung des EG-Assoziationsrates am 25. April das Anpassungsabkommen von allen EG-Mitgliedsstaaten unterschrieben und den jeweiligen Parlamenten zur Ratifizierung weitergeleitet werden, was als Erfolg zu buchen sein wird. Aber der iranisch-irakische Krieg bereitet den Ankaraner Strategen Kopfschmerzen. Vergangene Woche fielen erstmals iranische Bomben auf türkisches Territorium, wonach Özal fürs nächste Mal mit „Gegenwehr“ sowie „Gegenschüssen im Notfall“ gedroht hat. Teheran beschuldigte die Türkei, irakischen Kampfflugzeugen vor Angriffen auf Ziele im Iran das Passieren des türkischen Luftraums zu gestatten. Bagdad wiederum wirft Ankara vor, bei der kurzlebigen Feuerpause im Städtekrieg, die auf Özals Initiative zustande gekommen war, für den Iran Partei ergriffen zu haben.

Fest steht, daß der Vormarsch der Iraner mit Unterstützung der Kurden im Norden des Irak die Ölgebiete von Kirkuk und Mossul gefährdet. Aus diesen Quellen schöpft die Türkei einen Großteil ihrer Ölimporte und ermöglicht über Pipelines durch die Türkei zum Mittelmeer dem Irak den Öllexport. Ob Ankara aktiv ins Kriegsgeschehen eingreifen wird, bleibt zunächst Gegenstand reiner Spekulation, gilt jedoch unter Beobachtern als „nicht völlig ausgeschlossen“.

„Als ich wieder atmen konnte, habe ich angefangen zu schreien“

Aus den Protokollen der türkischen Staatsanwaltschaft über Folterungen an den Oppositionellen Nihat Sargin und Haydar Kutlu

Nabi Yagci, der durch das Staatssicherheitsgericht verhaftet und in die geschlossene Justizvollzugsanstalt Ankara gebracht wurde, hat in seinem elf Seiten umfassenden Antrag vom 9. 12. 1987 an die Republikanische Staatsanwaltschaft Ankara die Behauptung aufgestellt, daß man ihn während seiner Vernehmung auf dem Polizeipräsidium gefoltert hätte. Um die Behauptungen und die Beweise des Klägers festzuhalten, kamen heute der stellvertretende Staatsanwalt Ahmet Erden und Protokollführer Ramazan Piri in die geschlossene Justizvollzugsanstalt Ankara und fingen gegen 13.00 Uhr an, die Vernehmung durchzuführen.

Kläger (Antragsteller): Nabi Yagci (Haydar Kutlu). (...)

Ich bin mir sicher, daß ich die Stimme desjenigen, der meine Kleider entgegennahm und das Protokoll anfertigte, später während ich gefoltert wurde, wieder gehört habe. Diese Person ist derjenige, der mich gefoltert hat, und ich werde später diesbezüglich noch einiges erzählen.

Nachdem man meine Kleider durchsucht hatte, wurde ich ärztlich untersucht. Man stellte mir einen Doktor als Amtsarzt vor. Dieser stellte mir Fragen über eventuell bei mir vorhandene Krankheiten und über Spuren von Schlägen auf meinem Körper. Ich erzählte ihm über meine Herzkrankheit. Da man mich bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht auf irgendwelche Art und Weise gefoltert hatte, konnte man bei mir auch nichts feststellen, welches auf Folter schließen würde. Danach wurden mir meine Augen verbunden und ich wurde in das Zimmer, wo ich mich andauernd aufhalten sollte, gebracht. Hier gab man mir die einheitliche Kleidung zum Anziehen. Man sagte uns, daß dadurch unsere eigenen Kleider nicht dreckig werden würden und nahmen sie uns ab. In diesem Zimmer sah ich auch Nihat Sargin, auch er hatte die „einheitliche Kleidung“ an.

Der Boden dieses Zimmers war aus Beton und beinhaltete in sich 5 Zellen. Ich glaube, daß dieses Zimmer auf der Hauptstraßenseite lag, denn man hörte ununterbrochen die Geräusche der fahrenden Autos. Ich mußte mich in diesem Zimmer über zehn Tage lang auf einem Stuhl aufhalten. Ich konnte nur auf die Toilette gehen. Auch das Essen mußte ich in diesem Zimmer zu mir nehmen. Ich mußte mit dem Gesicht zur Wand, auf einem Tisch, der vor mir stand, essen. Während des Essens wurde mir die Augenbinde abgenommen. Während dieser Phasen, waren die Personen, die die Befragung und später die Folterungen durchführten, nicht zu sehen. Es hielten sich nur ein bis zwei Personen auf, die von den Sicherheitsbeamten mit „Wärter“ angesprochen wurden.

Diese Personen hielten sich ununterbrochen mit uns auf. Ich denke, daß sie beordert worden waren, um uns zu überwachen. Wenn unsere Augen abgebunden waren, konnten wir nur diese Personen sehen. Doch diese Personen nahmen an den Folterungen und Verhören nicht teil.

Ich wurde gleich am ersten Tag, als ich mich bei den Sicherheitsbehörden aufhielt, verhört, und diese Verhöre wurden in einem anderen Raum durchgeführt. In

Die zwei türkischen Generalsekretäre kommunistischer Parteien, Haydar Kutlu und Nihat Sargin, die im November vergangenen Jahres nach ihrer freiwilligen Rückkehr aus dem Exil auf dem Flughafen von Ankara verhaftet worden waren, hatten in den ersten 17 Tagen ihrer Haft im Polizeipräsidium keinen Kontakt zur Außenwelt; zu ihren Anwälten, Familienangehörigen oder zu Mitgliedern der europäischen Parlamentarier-Delegation, die die beiden auf ihrem Rückflug begleitet hatten. Nach türkischem Recht dürften sie höchstens 48 Stunden, in Ausnahmefällen mit Genehmigung des Generalstaatsanwaltes des Staatssicherheitsgerichts zwei Wochen in Polizeigewahrsam gehalten werden. Nachdem sie ins Zentralgefängnis von Ankara überführt worden waren, legten sie beim Staatsanwalt Beschwerde wegen Folterungen ein. Nach Angaben des Verteidigers, Ersen Sansal, sind die Ermittlungen „mangels Zeugen und Tatverdächtiger“ eingestellt worden. Die FR dokumentiert gekürzt die Vernehmungsprotokolle der Staatsanwaltschaft zu Haydar Kutlu und dem Leiter der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums in Ankara Hasan Eryilmaz. Das Frankfurter Komitee „Solidarität mit den in die Türkei zurückkehrenden politischen Emigranten“ übersetzte die Texte aus dem Türkischen.



ins Polizeipräsidium gebracht und beide von ihnen untersucht. Die Untersuchungsergebnisse liegen in den Akten. Es wurde festgestellt, daß sie keinerlei Krankheiten und Beschwerden haben.

Mit dem Rezept des Arztes wurden für Nihat Sargin Tabletten für die Blase und für Nabi Yagci Vitamintabletten besorgt. Die betreffenden Personen haben, während sie sich bei uns in Polizeigewahrsam befanden, ihre Medikamente regelmäßig eingenommen. Sie befanden sich 15 Tage in Polizeigewahrsam. Da ich der Leiter der zuständigen Abteilung bin, habe ich in dieser Zeit, Tag und Nacht all ihre Wünsche durch meine persönliche Anweisung erfüllt. Keiner ihrer Wünsche wurde zurückgewiesen, sondern von mir persönlich erfüllt. Ich habe sogar mit ihnen gefrühstückt und zusammen gegessen. Da ihnen alle Wünsche erfüllt worden sind, wurde festgestellt, daß die Essenskosten für diese Zeit 700 000 Türkische Pfund betragen. Außerdem können wir mit Bildern und Video-Cassetten nachweisen, daß sie in besonderen Zimmern geschlafen und sich erholt haben.

Daß sie während des Verhörs freiwillig ausgesagt haben, befindet sich sogar in den handschriftlichen Aussagen. Die schriftlichen Aussagen, die nachher von ihnen freiwillig unterschrieben wurden, sind im Protokoll festgehalten. Auch diesen Vorgang haben wir mit Video-Aufnahmen festgehalten. Alle diese Cassetten befinden sich zur Zeit beim Staatsanwalt des Staatssicherheitsgerichts.

Da ich mich ständig um sie gekümmert und alle Ereignisse mitverfolgt habe, da das Interesse der Öffentlichkeit an diese Personen gerichtet war, ist die Behauptung, daß sie ständig gefoltert wurden, weder mit der Logik noch mit dem gesunden Menschenverstand zu vereinbaren. Diese Behauptungen sind nur ein Komplott der betreffenden Personen, um die Öffentlichkeit zu irren und Sensationen zu schaffen. Dieses ist Teil der Strategie und die Ziele der Partei, die sie gründen wollen.

Ich bin der Meinung, daß sie mit dieser Behauptung nur eine Öffentlichkeit für sich schaffen wollten. Das Verhör dieser Personen wurde im 6. Stock des Polizeipräsidiums, in den Arbeitszimmern der Beamten der politischen Polizei, vollzogen. Außerdem, wie auf den vorgelegten Bildern festzustellen ist, haben sie in Schlafzimmern geschlafen.

Gute Behandlung

Die Behauptung, daß sie dauernd auf Stühlen sitzen mußten und schlaflos gehalten wurden, ist nicht wahr. Das Verhör dauerte von morgens bis abends. In dieser Zeit wurden sie von meinen Kollegen nicht wie ein Beschuldigter sondern freundschaftlich behandelt, und sie haben während des Verhörs zusammen Tee getrunken und Zigaretten geraucht. Das sie schlaflos gehalten wurden, ist auch nicht wahr. Nach dem Verhör wurden sie in ihre Zimmer gebracht, und sie konnten sich bis morgens ausruhen. Sie konnten

diesem Raum gab es einen Stuhl, ich saß immer auf diesem Stuhl. Da dieser Stuhl auf beiden Seiten keine Lehnen hatte und wir nach ein paar Tagen vor Schlaflosigkeit nicht mehr die Balance auf diesem Stuhl halten konnten, brachten sie einen Stuhl mit Lehnen an den Seiten. Wenn ich vor lauter Müdigkeit meine Augen nicht mehr aufhalten konnte und mein Kopf nach vorne nickte, stießen sie mich oder schrien sie mich an und weckten mich so auf.

Bei den ersten Vernehmungen, ganz am Anfang, waren sie sehr höflich. Doch als die Tage verstrichen und sie von uns die Informationen, die sie sich erhofft hatten, nicht bekommen konnten, wurden sie zusehends grober. Ich spürte dies ganz deutlich.

Die meist gestellte Frage war: „Warum sind Sie in die Türkei zurückgekehrt, von wem haben Sie hier Ihre Instruktionen erhalten. Mit welchen Personenkreisen aus der Regierung befinden Sie sich in Kontakt?“ (...)

Es war ungefähr eine Woche später. Hier nahmen sie mir meine Augenbinde ab und ließen mich gegenüber einer sehr stark leuchtenden Lampe Platz nehmen. Sie selbst hielten sich im Hintergrund auf. Hier hat man mich stundenlang verhört. Zeitweise konnte ich meinen Kopf vor lauter Müdigkeit und Schlaflosigkeit nicht mehr aufrecht halten. Mein Kopf fiel immer wieder nach vorne.

Parteiprogramm abgefragt

Hier haben sie mich kapitelweise nach dem Programm unserer Partei befragt und haben mich diesbezüglich aussagen lassen. Dann fragten sie, wer uns Sicherheiten gewähren würde und wie unsere Beziehungen mit den sozialistischen Staaten wären, außerdem wollten sie schematisch den Aufbau unserer Partei erfahren. Da ich außer bisher gemachten Aussagen nichts mehr sagen wollte, haben sie mich von dort wieder auf meinen alten Stuhl gesetzt. Als ich mich in dem Vernehmungszimmer befand, habe ich einmal die Stimme Nihat Sargin gehört. Ich konnte aus seiner Stimme heraushören, daß er gefoltert wurde. Seine Stimme klang heiser, erschöpft und sehr abge-spannt.

Man fragte nach Verabreichung der Medikamente: Ich glaube, daß man mir die Medikamente mit dem Tee verabreicht hat. Ich war durch Schlaflosigkeit sehr müde und abge-spannt. Doch während der Vernehmungen spürte ich auf eine andere Art und Weise eine Müdigkeit. Es war so, als ob ich nicht mehr meinen Willen kontrollieren könnte, und diese Bedenken habe ich auch gegenüber dem Verhör-Team gesagt. Ich sagte: „Sie geben mir Medikamente?“ Die lachten nur. Obwohl ich mehrmals nach einem Arzt verlangt habe, kam kein Arzt zu mir, um mich zu untersuchen. (...)

Daraufhin fing dieser an, mich mit den Fäusten zu schlagen. Er sagte beim Herausgehen: „Laßt ihn nicht sitzen!“ Man ließ mich eine Zeitlang an eine Wand gelehnt stehen. Ich habe ein paar Mal gespürt, daß mein Kopf einnickte und an die Wand schlug. (...)

Nach diesen Vorfällen haben die Personen, die gefoltert hatten, gesagt: „Wenn



Haydar Kutlu: „Sie haben mich auskleiden lassen, bis ich ganz nackt dastand. Nur meine Augen waren verbunden.“

Bild: FR-Archiv

Sie jetzt aussagen, wären Sie hier fertig. Wir würden Sie dann an die Staatsanwaltschaft des Staatssicherheitsgerichtes schicken. Ich sagte zu dem Leiter der 1. Abteilung, daß ich die Fragen nicht schriftlich beantworten würde, sondern nur das, was ich wirklich weiß, mit meiner eigenen Schrift niederschreiben würde. Das habe ich dann auch getan. Sie sagten mir, daß diese Aussagen nichts beinhalten würden (...)

Es war an einem Nachmittag, ein hektischer Zustand herrschte. Die putzten sogar die Umgebung. Die haben mich wieder zur Vernehmung gebracht. Ich konnte durch das untere Teil meiner Augenbinde den Boden sehen. Eine zweite Person kam rein. Jeder stand auf. Es war eine wichtige Person, man konnte es spüren. Er sagte zu mir: „Du redest nicht. Ich habe mir deine Aussagen angeschaut, die beinhalten doch nichts. Du mußt auf unsere Fragen antworten, ansonsten kannst du hier nicht weg. Auch wenn du in die Justizvollzugsanstalt kommst, holen wir dich, das solltest du wissen, es gibt keine Rettung für dich. Wir werden dich nicht zum Helden machen. Du wirst nicht als Held hier rausgehen. In der Türkei kann man aus geopolitischen Gründen keine kommunistische Partei gründen. Wenn wirklich die kommunistische Partei gegründet werden sollte, müßt ihr auch einiges dazu steuern, und das sind eure Antworten auf unsere Fragen. Ihr müßt uns antworten.“

Dann ging er hinaus. Die Personen die jetzt die Verhöre durchgeführt hatten, sagten zu mir: „Da, du siehst ja, daß auch wir von oben dem Druck ausgesetzt sind, du mußt unsere Fragen beantworten.“ Als ich mich geweigert habe, fingen sie an, mich zu foltern.

Ich glaube es war der 10. Tag. Man hat mich in das Vernehmungszimmer geführt, mich, die Augen verbunden, durch eine Tür, an die ich mich jederzeit zurückerinnern könnte, laufen lassen und in ein anderes Zimmer gebracht. Dort haben sie mich auskleiden lassen, bis ich ganz nackt dastand. Nur meine Augen waren verbunden. Sie haben mich auf einem hockerähnlichen Gegenstand sitzen lassen. Plötzlich haben sie angefangen, meinen Kopf, Ohren und die Hoden mit kaltem Wasser zu bespritzen. Meine Hände waren auf dem Rücken zusammengebunden. Als ich wieder atmen konnte, habe ich angefangen zu schreien, ich stand auf, ich fror, konnte mich nicht mehr auf den Beinen halten, fiel hin. Sie hoben mich auf. Meine Hände haben sie wieder von hinten mit einem nassen Lappen hoch gebunden. An diese Stelle banden sie noch etwas ähnliches wie ein Seil, hoben mich hoch bis an die Decke.

Ich weiß nicht, wie lange ich in diesem Zustand dort hängen blieb. Ich konnte nur schreien. Ich habe ein paar Namen geschrien. Diese Namen waren fingierte Namen, somit habe ich mich von diesem Bügel retten können. Sie ließen mich herunter und sperrten mich in eine Zelle ein.

Sie wollten, daß ich dort circa 2 Stunden schlafe, und fingen dann wieder mit der Vernehmung an. Während dieser Vernehmung sagte ich ihnen gegenüber, daß die von mir erwähnten Namen fingierte Namen waren und ich diese nur ausgesprochen hatte, um mich vor dem Bügel zu retten.

Sie tobten, sie sagten mir, daß man die Dauer des Polizeigewahrsams auf 15 Tage verlängert hätte und, wenn es nötig wäre, diese Frist bis auf 60 Tage erweitert werden könnte. (...)

Vor diesen Folterungen war ich an meinem Herzen erkrankt. Ich verlangte nach einem Arzt. Daraufhin kamen ein Mann und eine Frau im Beisein einer Krankenschwester und machten bei mir eine EKG-Aufnahme. Ich erfuhr, daß meine Herzschläge sehr schnell waren und daß mein Blutdruck sehr erhöht war. Doch bei diesem Attest des Arztes bestätigte man, daß ich ein gesundes Herz hätte. Bei diesen Ärzten hatte ich keinerlei Beschwerden eingelegt, da ich bis dahin noch nicht gefoltert worden war, ich durfte damals nur nicht schlafen, und dies habe ich auch gegenüber diesen Ärzten erwähnt.

Innerhalb der Zeit, die ich auf dem Polizeipräsidium verbracht habe, durfte ich eigentlich nur zweimal für ein paar Stunden schlafen. Ich schlief ein paarmal auf dem Stuhl ein, man stieß mich oder schrie mich an und weckte mich somit. Einmal hat der Leiter der 1. Abteilung zu mir gesagt, er würde mich jetzt wegschicken, damit ich schlafen kann. Man brachte mich irgendwo in die unteren Etagen in einen Raum. Dieser Raum sah aus wie ein Luxushotel. Sie gaben mir einen Pyjama und erklärten mir, mein Rechtsanwalt hätte mir zukommen lassen. Ich zog diesen Pyjama an und legte mich hin. Sie hatten das Licht ausgemacht. Kurze Zeit später sah ich, daß das Licht wieder brannte und daß ich fotografiert wurde. Ich wollte aufstehen, doch vor lauter Schlaflosigkeit konnte ich nicht einmal mehr dies verwirklichen.

Ich hatte keine Kraft mehr, die Tage zu zählen. Ehrlicher gesagt, konnte ich die Tage und die Nächte nicht mehr auseinanderhalten. Ich glaubte, es war der 12. oder der 13. Tag, da haben sie eingesehen, daß ich nicht mehr auf ihre Fragen antworte, brachten mich in einen anderen Raum. Diese Folterkammer war anders als die erste, ich glaube das jedenfalls, denn meine Augen waren verbunden. Sie hoben mich wieder an die Decke, gaben Strom an meine Genitalien und Hände, bespritzten mich mit Wasser und gaben mir Strom. Sie stellten mir immer wieder die gleichen Fragen. Ich sagte ihnen irgendwelche fingierten Namen. Sie zählten Namen auf, die sie auf ihren Listen bereits hatten, und sagten mir, ich sollte diese Namen zugeben. Ein paar von diesen Namen, die bereits auf ihren Listen waren, habe ich dann ausgesprochen und konnte mich somit vor dem Bügel retten. Doch diese Folterme-

thode wurde ein paarmal bei mir praktiziert.

Ich glaube, es war am 16. Tage. Es kann aber auch sein, daß ich mich dabei irre. An diesem Tag hat man mich wieder in dieses Luxuszimmer geführt. Nihat Sargin befand sich auch in diesem Raum. Der Leiter der 1. Abteilung sagte zu mir: „Du wolltest doch seit deiner Ankunft Nihat Sargin sehen.“ Ich dachte, daß man uns fotografieren würde. Deshalb stellte ich mich mit dem Gesicht zur Wand. Über der Eingangstür war ein Fenster, Nihat Sargin lag in diesem Moment. Von draußen zeigten sie einer Gruppe durch dieses Fenster das Zimmer, wo wir uns aufhielten. Sie sahen Sargin's Gesicht. Ich stand danach auf. Sie sagten uns, daß es der Polizeipräsident war, doch ich glaube, es war einer der europäischen Parlamentarier.

Als ich gegenüber dem Leiter der 1. Abteilung sagte, daß ich gegen dieses menschenunwürdige Verhalten protestiere, sagte er zu mir: „Ich bin der Verantwortliche, ich trage hier die ganze Verantwortung.“ Bei meiner Aussage vorhin habe ich einen Punkt vergessen zu erwähnen. Nach der Folter mit dem Strom hat man mich wieder verhört. Ich hatte das Gefühl, daß man mir in mein linkes Bein eine Spritze geben würde. Da meine Augen verbunden waren, habe ich die Spritze nicht gesehen, ich habe es nur gefühlt. Ich spürte eine Wärme, die durch meinen Körper zog. Ich sagte ihnen, daß sie mir wieder Medikamente geben würden. Sie lachten und sagten: „Wir helfen dir, damit du dich wohl fühlst.“

Wirkung der Medikamente

In diesem Moment hat einer der Polizeibeamten meine Füße getreten. Ich glaube sie probierten aus, ob die Wirkung des Medikaments bereits einsetzte. Ich spürte, daß jemand auf meinen Füßen stand, doch ich konnte sie nicht wegziehen. Ich hatte das Gefühl als ob Musik und Schreie an mein Ohr drangen. Ich hatte Schwierigkeiten, Wörter auszusprechen. Die Wörter kamen nicht mehr aus meinem Mund. Dies alles habe ich denen auch gesagt. Ich mußte einsehen, daß dies so nicht weitergehen konnte, deshalb gab ich ihnen wieder irgendwelche erfundene Namen oder Namen, die sie bereits vorher vorgelesen hatten, weiter.

Ein paar Tage, bevor wir bei der Staatsanwaltschaft vorgeführt wurden, haben sie uns unsere Kleidung wieder gegeben und brachten uns in dieses Luxus-Zimmer. Sie sagten zu uns, daß sie jetzt Video-Aufnahmen machen würden. Ich protestierte. Ich sagte, daß ich meine Aussage hier nicht vorlesen würde. Ich würde nur auf ihre Fragen antworten. Sie waren einverstanden. Doch ich wollte meinen Protest verdeutlichen, aus diesem Grund habe ich meine Krawatte viel weiter unten zusammengebunden. Dies war gegen meine sonstige Kleidungsgewohn-

heit und stellte eine Besonderheit dar. So beantwortete ich die mir gestellten Fragen. Sie nahmen alles auf Video auf. Diese Video-Bänder wären von dem Staatssicherheitsgericht zur Verfügung gestellt worden.

Nach diesem Vorfall hat man uns an das Staatssicherheitsgericht überführt. Dort hielten wir uns, Nihat Sargin und ich, drei Tage lang in einem Zimmer zusammen auf. Innerhalb dieser drei Tage konnten wir mit niemandem sprechen. Wir wurden dort aber auch nicht schlecht behandelt.

Die Beantwortung der Frage: Die Personen, von denen wir gefoltert worden sind, gehören den Personen an, die die Vernehmungen durchführten, zumindest einige von ihnen. Genau kann ich das nicht sagen. Die Polizeibeamten, die uns vom Flughafen abgeholt haben, haben uns nicht gefoltert. Diese Beamten haben uns auf dem Polizeipräsidium an einen anderen Beamten übergeben. Ich habe nur die Stimme des Beamten, der uns übernommen, und uns das erste Mal durchsucht hat, während der Folterungen auch gehört. Er hatte sich auch bei meiner Vernehmung aufgehalten, fluchte ständig. Ich kann seine Stimme, egal wann und wo ich sie höre, sofort erkennen.

Außerdem war auch derjenige, der mir während der Video-Aufnahmen Fragen gestellt hat, bei den Folterungen dabei. Auch diese Stimme habe ich andauernd dort hören können. Denn dieser befragte mich während und nach der Folter. Die Vernehmungen wurden von Dreier-Teams durchgeführt. Auch diese Personen kann ich den Stimmen nach erkennen. Die Wärter, die uns beaufsichtigt haben, haben uns nicht schlecht behandelt.

Bei der Staatsanwaltschaft des Staatssicherheitsgerichtes habe ich bei meiner Aussage ausdrücklich vermerkt, daß man meine Aussage unter Gewaltanwendung protokolliert hatte. Damit wollte ich hervorheben, daß ich gefoltert worden war. Diese Aussage ist auch protokolliert worden. Auch meine Aussage auf dem Polizeipräsidium durfte ich nicht lesen. Man erlaubte mir nur, einen schnellen Blick darauf zu werden. Ich protestierte gegen einen Punkt und dieser Punkt wurde dann korrigiert. Bei dieser Aussage auf dem Polizeipräsidium habe ich bewußt verschiedene Ausdrucksweisen verwendet um zu zeigen, daß diese Aussagen unter Gewaltanwendung zustande gekommen sind.

Der Aussagende: **Dr. Hasan Eryilmaz**, Sohn der Sadik, geb. 1949. Leiter der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums in Ankara. (...)

Die Aussagen der Betroffenen, daß sie herzkrank seien, wurden dem untersuchenden Arzt mündlich mitgeteilt. Daraufhin nach zwei Tagen wurden wieder nach Anordnung vom Staatsanwalt des Staatssicherheitsgerichtes ein Internist, ein Kardiologe und eine Krankenschwester für EKG vom Krankenhaus Numune

sich sogar mit einem elektrischen Rasierapparat jeden Tag rasieren. Daß sie eine Spritze bekommen haben, ist gelogen.

Außer den zuständigen Ärzten, die sie während des Verhörs untersucht haben, war kein anderer Arzt in unserem Präsidium anwesend. Wir haben weder einen kompetenten Fachmann noch einen Arzt auf diesem Gebiet. Ich glaube auch nicht, daß so ein unglaubliches Ereignis vorgekommen sein kann oder daß man ihrem Essen und Getränke Medikamente beige-mischt und sie unter Einfluß der Medikamente verhört hat, höre ich zum ersten Mal. Außerdem, daß sie eine Spritze bekommen haben, höre ich auch zum ersten Mal. Ich glaube, solche Praktiken gibt es in der Welt nicht. Ob sie im Ausland dieses Thema untersucht und gesehen haben, kann ich nicht wissen. Unser Polizeiaparat hat diese Möglichkeit nicht.

Die Behauptung, daß die Augen dieser Personen dauernd verbunden waren, nur beim Essen und wenn sie zur Toilette gingen, die Binde abgenommen und danach wieder die Augen verbunden wurden, ist auch gelogen. Wie ich oben erklärt habe, bei den Verhören wurden diese Personen wie Gäste behandelt. Die Verhöre fanden in einer Atmosphäre statt, als ob man sich mit Freunden unterhielte. Sie durften rauchen.

Die Verhöre haben lange gedauert, deshalb kann es sein, daß sie müde wurden. Daß sie während des Verhörs durch Licht angestrahlt wurden, stimmt nicht. Es könnte sein, daß die für die Video-Aufnahmen notwendigen Scheinwerfer sie gestört haben. Wie ich oben gesagt habe, war ich während aller Phasen des Verhörs dabei.

Am Ende der Verhöre haben wir wegen irgendeines Umstands einen Arzt verlangt, und der Arzt hat die Personen nach dem Verhör untersucht, das Attest ist in der Akte vorhanden. Diese Akte ist am Ende der Verhöre dem Staatsanwalt des Staatssicherheitsgerichtes geschickt worden.

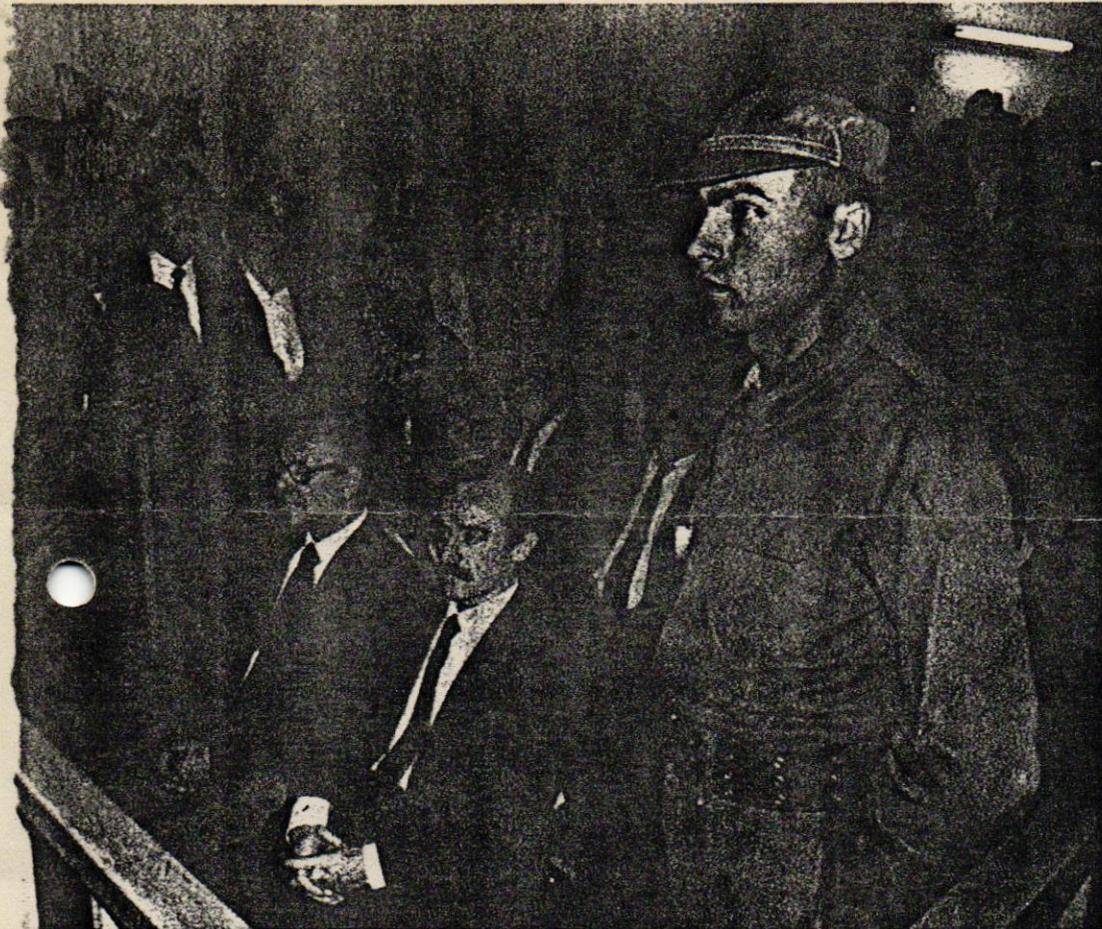
Ich war 16 Tage lang ununterbrochen außer kleinen Ausnahmen mit diesen Personen zusammen, weil es eine die Öffentlichkeit interessierende aktuelle Angelegenheit war, nicht nur die Öffentlichkeit, sondern die Weltöffentlichkeit. Aus diesem Grund habe ich die Verhöre selbst durchgeführt.

Während des Aufhängens hätte die Erdanziehungskraft ihre Knochen brechen müssen. Wir haben diese Personen vom Arzt untersuchen lassen. Wenn es der Fall gewesen wäre, hätten die Ärzte das feststellen müssen.

Daß sie mit kaltem Wasser gefoltert worden sind, ist nicht wahr, weil wir in Ankara im Polizeipräsidium Wasserknappheit haben. Es gab keine Elektroschocks, weil ich die ganze Zeit anwesend war.

Die Aussagen dieser Personen vor unserer Behörde haben Konsequenzen für andere Personen zufolge. Um sich der Verantwortung für diese Konsequenzen zu entziehen und gleichzeitig ihren eigenen Organisationen ein Zeichen zu setzen, haben sie ihre Vorwürfe erhoben, gefoltert worden zu sein.

Das ist meine Meinung. Das ist alles was ich zu dieser Sache zu sagen habe. Die Aussage wurde vorgelesen und von ihm unterschrieben. 17. 12. 1987. **D/R/S**



275 Jahre Zuchthaus für eine »falsche« Gesinnung

Sie kamen aus dem Exil zurück, um eine legale kommunistische Partei aufzubauen, jetzt sind sie in Ankara vor dem Staatssicherheitsgericht angeklagt: Nihat Sargin und Haydar Kutlu

im November vergangenen Jahres freiwillig in die Türkei zurückgekehrt, um dort eine legale Partei aufzubauen. Bei der Ankunft auf dem Flughafen von Ankara wurden sie festgenommen, und der für politische Straftaten zuständige Staatsanwalt hatte bereits am nächsten Tag das Urteil parat: »Sie sind schuldig, sie sind Kriminelle.« (STERN Nr. 49/1987: »Nach Hause in den Knast«).

Auf der Straße gegenüber dem Staatssicherheitsgericht haben sich schon Stunden vor Prozeßbeginn Hunderte von Sympathisanten versammelt. Als der gepanzerte Wagen mit den Angeklagten anrollt, beginnt die Menge zu klatschen, erst vereinzelt, dann alle gemeinsam.

Über 400 Anwälte wollen die Angeklagten verteidigen, um so ihre Solidarität zu zeigen und gegen die Verhaftung der beiden ursprünglichen Verteidiger zu protestieren. Über hundert schaffen es, durch die Absperrungen in den Saal zu kommen, wo auch

zwei hohe Militärs mit zu Gericht sitzen. Zur Verfahrenseröffnung ist die Presse ausgeschlossen (uns gelingt es, mit einigen Abgeordneten des Europaparlaments hineinzukommen). Erst später werden wenige handverlesene Journalisten zugelassen.

Kutlu und Sargin wird vorgeworfen, sie hätten die verfassungsmäßige Ordnung der Türkei untergraben, und wenn sie in allen Anklagepunkten schuldig befunden werden, können sie bis zu 275 Jahre Haft bekommen. Kutlu beschwert sich: »Sieben Monate haben wir im Gefängnis auf diesen Augenblick gewartet, um uns öffentlich zu erklären, doch die Öffentlichkeit ist ausgeschlossen.«

Die 231 Seiten umfassende Anklageschrift wird von einem Marine-Offizier auf der Richterbank verlesen, der jedoch plötzlich im Wort innehält – die auf drei Tage festgesetzte erste Verhandlungsrunde wird unterbrochen und ohne Begründung vertagt.

Kutlu und Sargin werden wieder Handketten angelegt. Beide gaben zu Protokoll, sie seien nach ihrer Verhaftung fast drei Wochen lang gefoltert worden – man habe sie sieben Tage lang gezwungen, mit verbundenen Augen auf einem Stuhl zu sitzen, sie hätten bewußtseinsverändernde Drogen erhalten, man habe sie mit Elektroschocks traktiert und sie nackt mit kaltem Wasser abgespritzt.

In einer Vernehmung hat der Leiter der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums Ankara diese Vorwürfe mit der Begründung zurückgewiesen: »Daß sie mit kaltem Wasser gefoltert worden sind, ist nicht wahr, weil wir in Ankara im Polizeipräsidium Wasserknappheit haben.«

Dem 50 Jahre alten Rechtsanwalt Nezvati Helvacı aus Ankara, Präsident der türkischen Menschenrechtsvereinigung, sind solche Ausflüchte nicht unbekannt: »Laut Gesetz ist Folter verboten, sie ist jedoch allge-

meine Vernehmungspraxis.« Seine Organisation hat in den letzten zehn Jahren 171 Fälle dokumentiert, bei denen Häftlinge an den Folgen von Folter gestorben sind.

Als Kutlu und Sargin in dem gepanzerten Wagen abtransportiert werden, begleitet sie wieder rhythmisches Klatschen. Dann formiert sich die inzwischen auf fünftausend Menschen angewachsene Menge zu einem stummen Demonstrationzug in Richtung Innenstadt – auch dies ein bisher undenkbarer Vorgang in der Türkei, wo jede Versammlung genehmigungspflichtig ist.

Mikis Theodorakis, der zu dem Prozeß aus Athen ange-reist ist, sieht schon einen demokratischen Frühling: »Was wir zur Zeit in der Türkei erleben, ist ein Anfang. Das Volk ist dabei, sich die Rechte zu nehmen, die ihm zustehen.«

Der bekannte türkische Komponist, Filmemacher und Nazim-Hikmet-Interpret Zülfü Livaneli, der nach Jahren des Exils zurückgekehrt ist, bleibt skeptisch: »Wir haben das in der Türkei viel zu oft erlebt – kaum begann die Demokratie in kleinen Freiheiten stärker aufzublühen, kam schon der nächste Militärputsch.«

Ex-General Kenan Evren, gegenwärtig Staatspräsident und 1980 Anführer des letzten Staatsstreiches, hat denn auch vor wenigen Wochen erklärt, zur Zeit seien wieder »Kräfte am Werk, die das Land in Terror und Anarchie führen wollen«. Wenn es die politischen Verhältnisse erforderten, müsse »die Türkei wieder von den Streitkräften gerettet werden«.

GERHARD KROMSCHRODER

Vorwärts, 11.6.88

„Jahrhundert-Prozeß“ in der Türkei

In der türkischen Hauptstadt Ankara begann Mitte der Woche ein politischer Prozeß, den die Staatsanwaltschaft schon im voraus als einen „Jahrhundert-Prozeß“ bezeichnet hat. Man wolle endlich „mit dem Kommunismus abrechnen“. Angeklagt sind Nihat Sargin, Generalsekretär der türkischen Arbeiterpartei (TIP), und sein Kollege von der Kommunistischen Partei (TKP), Haydar Kutlu. Beide Politiker wurden von der Gefangenenhilfsorganisation amnesty international als „Gesinnungshäftlinge“ adoptiert. Sie werden ausschließlich wegen ihre politischen Überzeugung angeklagt. Ihnen droht möglicherweise die Todesstrafe, denn nach Paragraph 141 des türkischen Strafgesetzbuches müssen Personen, die kommunistisches Gedankengut verbreiten oder zu Aktivitäten aufrufen, mit acht bis fünfzehn Jahren Gefängnis oder mit der Todesstrafe rechnen. Damit ist die Türkei das einzige Nato-Land, in dem Kommunisten vom Gesetz her wie Schwerverbrecher behandelt werden. Nihat Sargin und Haydar Kutlu waren im November vergangenen Jahres nach langjährigem Exil in die Türkei zurückgekehrt. Noch am Flugplatz wurden sie festgenommen und mit verbundenen Augen abgeführt. Sie wurden neunzehn Tage lang in Isolationshaft gesteckt, mit Elektroschocks und Injektionen gefoltert. Die offizielle Zahl der Foltertoten wird in der Türkei mit siebzig angegeben. Dem Parlament liegen außerdem 200 Todesurteile zur Bestätigung vor. In türkischen Gefängnissen befinden sich zur Zeit 30 000 politische Gefangene.

TÜRKEI**»Wie eine hohle Melone«**

Mehr Demokratie hat die Regierung in Ankara versprochen. Doch der Prozeß gegen die beiden Oppositionspolitiker Nihat Sargin und Haydar Kutlu in Ankara zeigt, daß die Beteuerungen nur leere Worte sind

Ein Diaprojektor wirft hohe Portraits des Verfeimten auf die Leinwand der Freilichtbühne, ein Schauspieler rezitiert Gedichte des Mannes, dessen Werke teilweise verboten sind. Fünftausend Menschen haben sich zu einem »Abend der Sehnsucht« versammelt, um dem berühmtesten türkischen Schriftsteller dieses Jahrhunderts ihre Referenz zu erweisen: Nazim Hikmet.

Die nächtliche Lightshow mit Musik und Poesie gehört zu einer Reihe von Aktionen einer sich neu formierenden außerparlamentarischen Opposition in der Türkei, die eine veränderte politische Atmosphäre andeuten: Die Studenten besetzten das Rektorat der Istanbuler Universität, um gegen die Präsenz der Geheimpolizei auf dem Campus zu protestieren. Unterschriftenlisten für eine Generalamnestie politischer Gefangener zirkulieren in aller Öffentlichkeit. Folter wird zunehmend auch in den Medien diskutiert. Frauen demonstrierten mit leeren Kochtöpfen gegen die galoppierende Inflation von 70 Prozent. Es gibt erstmals nach Jahren wieder Arbeitsniederlegungen gegen die ständig sinkenden Reallohne. Am Montag letzter Woche wurde eine ökologisch-grüne Partei gegründet.

Wie lange es sie geben wird, weiß niemand. Gegen die erst kürzlich ins Leben gerufene Sozialistische Partei wird bereits wegen staatszersetzender Propaganda ermittelt – den Parteigründern drohen jahrelange Haftstrafen.

Sozialdemokraten und linke Gruppen, die am 1. Mai dieses Jahres in Istanbul zu einem »Spaziergang mit roten Nelken« aufriefen, wurden von der Polizei auseinandergeknüppelt.

Die Kampagne für Nazim Hikmet hat das Ziel, die Aberkennung der Bürgerrechte des in Moskau begrabenen Volksdichters rückgängig zu machen. Zugleich sind aber all jene im Exil lebenden 15 000 Türken gemeint, denen seit 1980 die Staatsbürgerschaft aberkannt wurde, sowie die etwa 300 000 Landsleute, die das Land nicht verlassen dürfen, weil ihr Reisepaß beschlagnahmt wurde.

Hinter solchen Aktivitäten vermutet die Regierung Staatsfeindliches. Mustafa Tasar, Generalsekretär der regierenden ANAP-Partei und Hauptberater von Ministerpräsident Özal: »Nazim Hikmet ist ein Perverser. Einige Menschen erniedrigen sich für die Aufhebung der Verbote so weit, daß sie sich hinter dem Rücken eines Kommunisten jüdischer Abstammung verstecken.«

Aziz Nesin, der streitbare Satiriker und Vorsitzende des türkischen Schriftstellerverbandes, will »eine Demokratisierung unserer formalen Demokratie vorantreiben«. Denn: »Was man uns bisher angeboten hat, ist eine Moggelpackung und gleicht einer präparierten Melone – von außen wunderschön appetitlich anzusehen, aber innen völlig ausgehöhlt.«

Ankara, am Mittwoch voriger Woche: Prozeß gegen Haydar Kutlu und Nihat Sargin, die Generalsekretäre der verbotenen Türkischen Kommunistischen Partei (TKP) und der Türkischen Arbeiterpartei (TIP). Auf den Dächern der umliegenden Häuser Uniformierte mit Maschinenpistolen, auf der Straße Busse voll behelmter Polizisten. Nachdem Ministerpräsident Özal mit Blick auf den geplanten Eintritt der Türkei in die Europäische Gemeinschaft »mehr Demokratie« versprochen hatte, waren die beiden nach jahrelangem Exil

PHOTO DIK EISENMAN

TÜRKIYE SOSYAL TÜST

Ein Schauprozess und die Schwächung des Nationalgefühls

Der türkische Regierungschef Özal gerät durch ein Verfahren gegen Kommunisten in Bedrängnis

Von Gerd Höhler (Athen)

Der Staatsanwalt kam nur bis zur Seite 99. Dann unterbrach ihn der Vorsitzende und vertagte die Verhandlung. Nach achttägiger Prozeßpause soll ab Freitag morgen dieser Woche weiter vorgelesen werden. Drei Tage dürfte es voraussichtlich dauern, bis die einander abwechselnden Staatsanwälte mit ihrer 231 Seiten langen Anklageschrift durch sind. Und mindestens ein Jahr wird vergehen, bis das Urteil gesprochen wird in diesem Strafverfahren, das der türkischen Regierung noch erhebliche Kopfschmerzen bereiten könnte.

Auf der Anklagebank des Staatssicherheitsgerichts in Ankara sitzen, die Hände aneinandergekettet, Haydar Kutlu und Nihat Sargin, Führer der verbotenen „Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei“ (TBKP) und vierzehn weitere Kommunisten. Ihnen wird — unter anderem — vorgeworfen, „die Diktatur einer Gesellschaftsklasse über andere Gesellschaftsklassen“ errichten und die „wirtschaftliche und soziale Grundordnung des Landes zerstören“ zu wollen, „Propaganda zur Schwächung des Nationalgefühls“ verbreiten sowie „die Achtung und das Ansehen des Staates im Ausland verletzen“ zu haben. Die für diese Gesetzesverstöße vorgesehenen Strafen addieren sich auf 275 Jahre Haft. Werden die Angeklagten gar, wie es die Staatsanwaltschaft fordert, im Sinne des Strafgesetzbuchparagraphen 141 Absatz 1 als Führer einer den Umsturz planenden Vereinigung für schuldig befunden, droht ihnen die Todesstrafe. Günstigstenfalls, so glauben türkische Prozeßbeobachter, könnten die beiden Hauptangeklagten Kutlu und Sargin mit jeweils 36 Jahren Haft davonkommen. Ihre 14 Mitangeklagten müssen mit Freiheitsstrafen zwischen fünf und zwölf Jahren rechnen.

Für die Vertagung schon am ersten Verhandlungstag gab es keine offizielle Begründung. Aber offenbar gefielen Richtern und Anklägern die Begleitumstände nicht, unter denen der Prozeß stattfand:

Etwa siebzig ausländische Beobachter waren angereist, unter ihnen Delegationen des Europaparlaments und der Gefangenenhilfsorganisation amnesty international sowie Parlamentarier aus der Bundesrepublik, Großbritannien, Frankreich, Skandinavien und Kanada; aber nur wenige Dutzend wurden eingelassen. Über 800 Zuhörer drängten sich vor den Türen des viel zu kleinen Verhandlungssaales. 350 der 420 Verteidigungsanwälte wurde der Zutritt verwehrt. Zwei An-

träge der Verteidigung, das Verfahren in einen größeren Saal zu verlegen, wurde vom dreiköpfigen Gericht abgelehnt. Draußen vor dem Gerichtsgebäude bekundeten etwa 500 Demonstranten mit rhythmischem Händeklatschen ihre Solidarität mit den Angeklagten.

„Außerordentlich bedauerlich“ fand der im Auftrag einer Beobachtergruppe des britischen Oberhauses angereiste Lord Tony Gifford die Umstände, unter denen da verhandelt wurde. Das war noch einer der zurückhaltendsten Kommentare. Der britische Rechtsanwalt John Bowden nahm verwundert wahr, daß einer der drei Richter und zwei der Ankläger in prächtigen Armeuniformen auftraten: „Es heißt doch, die Türkei sei zu einer Zivilregierung zurückgekehrt...?“

Die ausländischen Beobachter werden im weiteren Verlauf dieses Strafprozesses noch reichlich Gelegenheit haben, sich zu wundern. Ungewiß ist bisher, ob die von Kutlu und Sargin erhobenen Forderungsvorwürfe im Verfahren überhaupt zur Sprache kommen werden. Beide behaupten, während der 206 Tage dauernden Untersuchungshaft schwer mißhandelt worden zu sein. Diese Anschuldigungen, die von der Anklagebehörde als erfunden zurückgewiesen wurden, decken sich mit den Klagen anderer politischer Häftlinge in der Türkei. amnesty international erklärt, es gebe unzweideutige Beweise für die behaupteten Folterungen. Diese Vorwürfe werden möglicherweise nie gänzlich zu klären sein. So wichtig das auch wäre: Weder diese Anschuldigungen noch die zweifelhaften Umstände mindestens des ersten Verhandlungstages stehen im Mittelpunkt der internationalen Kritik an diesem Strafprozeß.

Es geht um die Substanz der gegen Haydar Kutlu und Nihat Sargin erhobenen Vorwürfe und um die Gesetze, nach denen sie zum Tode oder zu jahrzehntelangen Haftstrafen verurteilt werden können. Die entsprechenden Paragraphen wurden in den dreißiger Jahren in das türkische Strafgesetzbuch aufgenommen. Pate standen, bis in den Wortlaut der Formulierungen hinein, die politischen Strafgesetze des italienischen Faschisten Mussolini. Letztlich gehen diese Paragraphen jedoch zurück bis in die zwanziger Jahre, als in der Türkei das bis heute bestehende KP-Verbot festgeschrieben und „kommunistische Propaganda“ unter Strafe gestellt wurde.

Im vergangenen Jahr war Nihat Sargin Generalsekretär der 1960 gegründeten, politisch fast einflusslosen „Türki-

sch Arbeiterpartei“ (TIP), die eine gemäßigte Form des Marxismus vertrat. 1972 wurde sie auf Anordnung des Obersten Gerichtshofes als verfassungswidrig verboten. Nihat Sargin floh nach dem Militärputsch vom September 1980 ins Ausland. Die von Haydar Kutlu geführte „Türkische Kommunistische Partei“ (TKP) war bereits kurz nach ihrer Gründung unmittelbar im Anschluß an die russische Oktoberrevolution verboten worden und residierte im Exil, zuletzt in Ost-Berlin.

Die Berührungspunkte mit dem Marxismus sind in der Türkei durch die in der Vergangenheit mit Rußland geführten Kriege und, nach der Gründung der türkischen Republik 1923, durch die lange Grenze mit der UdSSR erklärlich. Spätestens seit dem NATO-Beitritt im Jahre 1952 begreifen die innenpolitisch seit jeher überaus einflussreichen türkischen Militärs ihr Land erst recht als Frontstaat, der zur Abwehr der sowjetischen Bedrohung aufgerufen sei. Und dies nicht allein im militärisch-strategischen Sinne: Das in der türkischen Verfassung verankerte KP-Verbot diente nun als Werkzeug zur Ausschaltung aller möglichen linken Gruppierungen.

Unter Berufung auf die Strafgesetzbuchparagraphen 141 und 142 wurde seither tausenden von linksstehenden Türken der Prozeß gemacht. Die überwiegende Mehrzahl der rund 53 000 politischen Gefangenen in Anatolien sind nach diesen Gesetzen abgeurteilt worden. Danach wird bereits „kommunistische Propaganda“ mit Zuchthausstrafen von fünf bis zehn Jahren geahndet.

Daß diese Strafbestimmungen als Allzweckparagraphen gegen jede Form linker Aktivität dienen können, zeigt der Fall Nihat/Sargin: Im Herbst vergangenen Jahres gaben sie den Zusammenschluß ihrer Parteien zur „Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei“ (TBKP) bekannt. In ihrem Programm bekennt sich die TBKP ausdrücklich zum Mehrparteiensystem und zum Parlamentarismus — sie propagiert, so heißt es wörtlich im Parteiprogramm, „eine friedliche Alternative zum Kapitalismus“. Nicht mal gegen den EG-Beitritt der Türkei hat die TBKP etwas einzuwenden, was ihr seitens rivalisierender marxistischer Zirkel schon den verächtlich gemeinten Vorwurf eintrug, eine „sozialdemokratische Bewegung“ zu sein.

Kurz vor den türkischen Parlamentswahlen vom November 1987 kehrten Sargin und Kutlu mit großem Gefolge — dar-

unter etwa 30 Euro-Parlamentarier — freiwillig aus dem Exil in ihre Heimat zurück. Sie wollten, wie sie sagten, „die Demokratie in der Türkei auf die Probe stellen“. Noch auf der Gangway der Lufthansa-Boeing aus Frankfurt wurden sie in Ankara festgenommen.

Ob die Ankläger das Programm der von Kutlu und Sargin geführten neuen Partei gelesen haben, weiß man nicht. Was die ausländischen Prozeßbeobachter am ersten Verhandlungstag aus dem Mund des Staatsanwaltes vernahmen, hätte sie jedenfalls zu Gelächter bewegen können, ginge es hier nicht um das Schicksal von 16 Menschen. Die Anklageschrift ergeht sich in Tiraden wie diesen:

„... Prinzip der Kommunisten ist es, jene zu töten, die nicht auf ihrer Seite stehen... Ihre Taktik ist es, dem Volk nach der Revolution sein Geld zu rauben... In den Augen der Kommunisten ist jeder begabte, erfindungsreiche und fähige Mensch ein Faschist, der sterben muß...“

Auf diesem Niveau findet ein Verfahren im NATO-Staat Türkei statt, das einer der Ankläger stolz als den „Prozeß des Jahrhunderts“ feiert. Das könnte er sein, aber in ganz anderem Sinne, als es sich die Staatsanwälte träumen lassen. Schon planen türkische Exil-Organisationen, es nun in ganzen Hundertschaften Kutlu und Sargin gleichzutun und freiwillig in die Heimat zurückzukehren; 450 Freiwillige, die auf den türkischen Fahndungslisten stehen, haben sich bereits gemeldet. Die Folge wäre eine Flut von spektakulären politischen Gesinnungsprozessen, die dem internationalen Ansehen der Türkei, um das die Regierung in Ankara nicht zuletzt im Blick auf ihren ersehnten EG-Beitritt so sehr bemüht ist, schweren Schaden zufügen könnten.

Aber wie so oft, sieht sich der türkische Premier Turgut Özal auch nun wieder einmal von den ihn beaufsichtigenden Militärs in die Pflicht genommen. Vage, aber unüberhörbar geäußerte Andeutungen, wonach er für eine Abschaffung des KP-Verbots sei, mußte Özal im vergangenen Jahr nach einem Einspruch des Staatschefs Kenan Evren, der den Militärputsch vom September 1980 befahl, sofort widerrufen. Und so findet der Schauprozess statt, mit der Aussicht, daß ihm demnächst, wenn weitere Exil-Türken in die Heimat zurückkehren, Dutzende, gar Hunderte von weiteren spektakulären politischen Prozessen folgen werden. Und damit dürfte der von Turgut Özal ersehnte EG-Beitritt der Türkei in immer weitere Ferne rücken. D/R/S

Testfall für die Demokratie

Türkische Angst vor Gesinnungen: Anklage gegen KP-Chefs Kutlu und Sargin

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED HELMUT PICKEL

ANKARA — Es sind zwei prominente Kommunisten, die sich an diesem heißen Junimorgen vor dem Staatssicherheitsgericht in Ankara verteidigen müssen. Da der Kommunismus in der Türkei wie der Teufel gefürchtet und mit strengsten Strafen bedroht wird, ist die Verurteilung von Haydar Kutlu (44) und Nihat Sargin (62) von vornherein gewiß, einen fairen Prozeß wird es für die Generalsekretäre der illegalen Türkischen Kommunistischen Partei (TKP) und der verbotenen Türkischen Arbeiterpartei (TIP) nicht geben. Wenn sich die wichtigste Person im Saal, der Staatsanwalt, durchsetzt, hat jeder von ihnen mit annähernd 500 Jahren Gefängnis zu rechnen. Über 400 engagierte Juristen, die Kutlus und Sargins Verteidigung übernommen haben, werden daran nichts ändern können.

Aber in Ankara sitzen nicht allein zwei Parteichefs und auch nicht nur der Kommunismus auf der Anklagebank. Das Verfahren, das die Justizbehörden selbst als „Jahrhundertprozeß“ bezeichnen, gilt inzwischen als Test dafür, wie es das Nato-Land Türkei mit der Demokratie und den Menschenrechten hält. Schließlich war es Ministerpräsident Turgut Özal höchstpersönlich gewesen, der Exilpolitiker jeglicher Couleur im vergangenen Herbst aufforderte, in ihre Heimat zurückzukehren. Im Zeichen der gewachsenen Liberalität, versprach er, hätten sie nichts mehr zu fürchten. Einem Staat, der die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft anstrebt, stand eine derartige Offenheit auch gut zu Gesicht.

Im Gefängnis gefoltert

Kutlu und Sargin, die seit Jahren in der Bundesrepublik lebten, nahmen das Angebot wörtlich. In Begleitung einer umfangreichen Delegation aus Juristen, Parlamentariern und Presseleuten landeten sie am 16. November 1987 — wir berichteten ausführlich darüber — auf dem Flughafen in Ankara, wo sie sofort in ein Polizeifahrzeug gezerrt, ins Gefängnis transportiert, 19 Tage lang verhört und nach gesicherten Erkenntnissen schwer gefoltert wurden. Seither warten sie, beinahe ohne Kontakte zur Außenwelt, auf ihren „Jahrhundertprozeß“ — wegen Leitung illegaler Organisationen und „Betreibung von Propaganda, um die Herrschaft einer sozialen Klasse über andere soziale Klassen zu errichten sowie die bestehende Wirtschaftsordnung gänzlich zu zerstören“.

Ankara, halb neun Uhr früh, schon knapp 30 Grad im Schatten in der Cervre-Strasse vor dem Staatssicherheitsgericht: Hunderte von in- und ausländischen Beobachtern applaudieren, als Kutlu und Sargin in einem grauen, gepanzerten Leyland-Transporter, eskortiert von fünf weite-



Nicht nur gegen Kommunisten und ihre Sympathisanten geht die türkische Polizei mit großer Härte vor: Hier lösen die Beamten eine Demonstration von Studenten auf, die sich für die Schaffung einer eigenständigen Interessenvertretung eingesetzt hatten. Foto: AP

ren Polizeifahrzeugen, zum Hintereingang des Gebäudes gefahren werden. Einen Blick von den KP-Chefs, beide in Handschellen, können nur die wenigsten erhaschen. Die Juristen- und Politikerabordnungen aus zahlreichen westeuropäischen Ländern, darunter eine starke bundesdeutsche Gruppe, sehen sich statt dessen mit einer abwehrbereiten Polizeistreitmacht konfrontiert.

Schwerbewaffnete Polizisten in dunkelgrünen Helmen als Landplage: Sie riegeeln den Eingang ab, so daß auch die mindestens hundertköpfige internationale Journalistenschar keine Chance hat, in den Verhandlungsraum vorzudringen. Polizisten auf den gegenüberliegenden Dächern, in einer angrenzenden Tiefgarage, auf Mauervorsprüngen in weitem Umkreis. Es hilft nichts, Presseausweise zu schwenken und in der dichtgedrängten Menge — ein Kollege wird in der brütenden Hitze ohnmächtig und muß ärztlich versorgt werden — lautstark Einlaß zu fordern.

Die Demonstranten auf der anderen Straßenseite brechen wieder in rhythmischen Klatschen aus — eine dezente Form des Protests, die den amtlichen Apparat gleichwohl nervös macht. Sieht so die moderne Demokratie unter Turgut Özal aus? Türkische Pressefotografen legen in großem Halbkreis ihre Kameraausrüstungen auf

die Straße, um ihren Zorn gegen die massive Behinderung ihrer Arbeit zu artikulieren. Im Saal, wo der Prozeß längst angerollt ist, sitzen außer den Angeklagten, den Sonderrichtern und Staatsanwälten lediglich die über 100 Mann starke Verteidiger-Delegation, vereinzelte Europa-Abgeordnete und ein paar prominente Bürgerrechtler, darunter der griechische Komponist Mikis Theodorakis. Die Öffentlichkeit ist auf diese Weise keinesfalls hergestellt.

Aber wenn es in Ankara nur um die geschundene Pressefreiheit ginge! Nach der Mittagspause, während der die Polizei vier junge Leute aus Istanbul verhaftet, weil sie Protestparolen skandiert haben sollen, wandelt sich plötzlich das Bild. Sargins und Kutlus Verteidiger beschließen, den Prozeß so lange zu boykottieren, bis der Rest ihrer Kollegen und vor allem auch die angereisten Journalisten zum Verfahren zugelassen werden. Kein einziger türkischer Anwalt kehrt in den Saal zurück, in dem auf einmal gähnende Leere herrscht. Es genügt, den bundesdeutschen Reisepaß vorzulegen, um überraschend doch noch Augenzeuge einer bedrückenden Veranstaltung zu werden.

Neonröhren, nüchterne Holzpaneele. In laufstallähnlichen Umzäunung, bewacht von uniformierten Soldaten in jeder Ecke, harren

Kutlu, Sargin und 14 weitere Angeklagte aus, deren Fälle dem Sondergerichtsverfahren angegliedert wurden, während der goldbetreßte Staatsanwalt die 231seitige Anklageschrift herunterleiert. Alles dreht sich um die Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches, nach denen nicht Taten, sondern bereits Gesinnungen und „Gedanken“ fluchwürdige Verbrechen sind. Für jede Rede, die sie im Exil gehalten, für jede Publikation, die sie veröffentlicht haben, können die Angeklagten zu langjährigem Freiheitsentzug verurteilt werden.

Haarsträubende Details

Demokratie in der Türkei? Ähnlich wie mit den KP-Chefs Kutlu und Sargin, deren Prozeß am selben Abend abgebrochen und auf den 17. Juni vertagt wird, geht Ankara mit allen Oppositionellen, mit Linken und Halblinken, Sozialisten und Gewerkschaftern um. Akin Birdal, der Vorsitzende des türkischen Vereins für Menschenrechte, der mit eigenen Augen gesehen hat, wie sein Bruder gefoltert und getötet wurde, erzählt haarsträubende Details aus den Zivil- und Militärgefängnissen. Die Quintessenz: Niemand, der in diese Mühle gerät, kommt ohne Folter davon, und mindestens 175 Menschen sind seit dem Militärputsch vom September 1980 an der „Verhörmethode“ gestorben.

NN
15.6.88

SOLIDARITÄT

mit den politischen Gefangenen in der Türkei
und Türkei-Kurdistan

Türkei-Solidarität
c/o Bildungswerk für Friedensarbeit
DPWV-Haus, Alfred-Bozi-Str. 10
4800 Bielefeld 1

RETTE WIR DAS LEBEN DER
POLITISCHEN GEFANGENEN
IN DER TÜRKEI!

Türkei: Weitere Proteste und Hungerstreiks in den Gefängnissen



"ICH WERDE MICH ANZÜNDEN", so Saliha Sener bei den Protestaktionen der Angehörigen vor dem Gefängnis in Diyarbakir, falls ihrem Sohn Mehmet Sener keine menschenwürdige Behandlung zuteil werde

Türkei

Hungerstreik ausgeweitet

Ankara. UZ - Der am 8. Februar von fast 2000 Häftlingen begonnene Hungerstreik gegen unmenschliche Bedingungen im Militärgefängnis von Diyarbakir im Südosten der Türkei hat auf andere Haftanstalten übergegriffen.

Tod eines Hungerstreikenden,
sechs weitere noch
in Lebensgefahr!

auch im
Istanbuler Siagmalcilar-Ge-
fängnis und in der Haftan-
stalt von Eskisehir in West-
anatolien Protestaktionen
begonnen.

Folter in der Türkei

LETZTE MELDUNG
Innenminister Sungurlu erklärte
am 22.2.1988 " die Einheits-
kleidung wurde in zivilen Ge-
fängnissen aufgehoben."

ERFOLG BEIM HUNGERSTREIK IN DIYARBAKIR -
KURDISCHE SPRACHE BEI DEN BESUCHEN ANERKANNT

ERNEUTE WIDERSTANDSAKTIONEN IN TURKISCHEN GEFÄNGNISSEN

Seit der grossen Hungerstreikwelle im Sommer 1987 und der Unterstützung dieser Hungerstreiks durch eine breite demokratische Öffentlichkeit in der Türkei halten die Widerstandsaktionen in den türkischen Gefängnissen an. Auch die Menschenrechtsbewegung gewinnt langsam an Einfluß. Das wichtigste Ergebnis der Hungerstreikwelle des Sommers scheint uns zu sein, daß viel mehr Menschen Mut bekommen haben, sich zu wehren sowohl in den Gefängnissen wie auch draußen. Auch wenn es insgesamt keine entscheidenden Verbesserungen gibt - Einheitskleidung, Ankettung bei Vorführung vor Gericht, miserable hygienische und gesundheitsschädliche Haftbedingungen bestehen weiter - so hat es doch vereinzelt kleine Veränderungen gegeben. Und das gibt Mut! (S. Brief aus Malatya)

BRIEF AUS MALATYA

... Als Ergebnis des Hungerstreiks wurde uns zugesagt, die Einheitskleidung aufzuheben, daß wir eine bessere Zelle bekommen sollen, daß wir warmes Wasser bekommen sollen sowie alle Bücher, die nicht offiziell verboten sind. Das alles wurde allerdings noch nicht in die Tat umgesetzt. Die Forderung nach einem Radio und einem Herd wurde nicht akzeptiert. Zweifellos war für uns die größte Unterstützung das Interesse der Öffentlichkeit, die jahrelang unter der 'sozialen Anästhesie der Herrschenden' gestanden hat. 27.9.1987

Mustafa ...

DIE FOLTER HÄLT AN !

Doch noch immer gibt es (laut AI-Bericht) ca. 15.000 politische Gefangene in der Türkei, die meisten befinden sich in Spezialgefängnissen vom Typ E bzw. Typ L und in Militärgefängnissen.

Noch immer gehört schwere Folter zum System der politischen Verfolgung, wie wir z.B. in den Briefen von Isa Cengiz Bayildiran erfuhren. Ein weiteres Beispiel für anhaltenden Folterungen sind die in der Presse jüngst erwähnten Politiker Nihat Sargin und Haydar Kutlu, die im November 1987 freiwillig in die Türkei zurückkehrten.

DER WIDERSTAND GEGEN DIE EINHEITSKLEIDUNG IN SAGMALCILAR UND ANDEREN GEFÄNGNISSEN

Nach wie vor stehen Aktionen gegen das Tragen der Einheitskleidung und gegen die Ankettung vor Gericht im Zentrum des Widerstandes der Gefangenen. Wie auch schon im Sommer begannen die Proteste gegen die Einheitskleidung im Gefängnis Sagmalcilar. Im November und im Dezember 1987 weigerten sich eine Reihe von Gefangenen die Zwangseinheitskleidung zu tragen, indem sie bei der Gerichtsverhandlung Hemd und Hose zerrissen und dann, in Unterwäsche dastehend, antifaschistische Parolen riefen.

EIN FOLTER-BRIEF

Lieber Freund,

Am 17.6.87 um 3 Uhr nahmen mich Polizisten ohne jegliche Erklärung in meiner Wohnung fest... Nach 24 Std. Warten begann das Verhör... Ich wurde nackt ausgezogen, an einem Kreuz festgebunden und mit Strom gefoltert ... insbesondere an meinen Genitalien und an meinen Lippen... Später wurde ich an beiden Armen, nach rückwärts verschränkt, aufgehängt und wieder mit Strom gefoltert... Ständig wurde ich damit bedroht, daß sie meine Frau und Kinder auch foltern würden, daß sie meine Schwägerin vergewaltigen würden... Am 16.7.87 untersuchte mich ein Arzt der Chir. Abt. des Krankenhauses Mersin und stellte fest: "Keine Folterspuren"...

Isa Cengiz Bayildiran
Malatya

Auch in anderen Gefängnissen kam es zu Widerstandsaktionen gegen Einheitskleidung, woraufhin die Gefängnisleitungen mit neuen Strafmaßnahmen reagierten. Der Vorsitzende des Vereins der Gefangenenfamilien, Eryüksel, wies auf folgende Verbote für diejenigen Gefangenen, die sich dem Tragen der Einheitskleidung widersetzen, hin:
Im E-Typ Gefängnis Eskisehir: Briefverbot sowie Besuchsverbot seit 6 Monaten.

Im Gefängnis von Sinop: Waschverbot für 5 Monate.

Im Gefängnis von Mersin E-Typ, Burdur, Amasya, Sinop, Ankara Merkez, Sagmalcilar E Typ: Besuchsverbot für den Neujahrstag.

Mersin E-Typ: Verbot des Arztbesuchs bei Krankheit.

Aus Sinop erfuhren wir, daß Garbis Altinoglu seit 6 Monaten Einzelhaft verbüßt.

Dieser Druck hat in Mersin E-Typ und in Sinop zu kürzeren befristeten Hungerstreiks in den letzten Monaten geführt.

KAMPAGNE FÜR GENERALAMNESTIE

Auch in der demokratischen Öffentlichkeit rissen die Proteste gegen die menschenunwürdige Situation in den Gefängnissen nicht ab. Der Menschenrechtsverein nutzte die Zeit der Wahlen zu seiner Kampagne für Generalamnestie und gegen die Todesstrafe. Es wurden in der Türkei 130 000 Unterschriften gesammelt und dem Parlament übergeben. Auch hier in der BRD wurde diese Unterschriftenkampagne von verschiedenen Türkei-Solidaritätskomitees unterstützt, u.a. auch von uns. Die Unterschriften wurden Anfang Dezember von den Abgeordneten Monika Ganseforth (SPD) und Ellen Olms (Die Grünen) dem Menschenrechtsverein überreicht.

BRIEF AUS SAGMALCILAR

Liebe Freundin!

... Wir haben den Hungerstreik am 49. Tag beendet... Die Aktion hat mehr Interesse geweckt als wir erwartet hatten. Wir haben unser Ziel mehr als erreicht. Die Öffentlichkeit in der Türkei und in der ganzen Welt hat über die Gefängnisse zu diskutieren begonnen... Der Justizminister war gezwungen, die Gefängnisse für die Presse zu öffnen...

Heute gibt es bei den Lebensbedingungen keine Veränderungen. Unsere Forderung nach Aufhebung der Einheitskleidung und des Ankettens wurden nicht erfüllt. Diese Praktiken werden nach wie vor angewandt... Wer sich weigert, die Einheitskleidung anzuziehen, darf seinen Besuch nicht sehen. Ohne diese Kleidung und ohne Ankettung lassen sie uns auch nicht an unseren Prozessen teilnehmen....

28.8.1987
Yilmaz Oral

DISKUSSION IM TÜRKISCHEN PARLAMENT ÜBER FOLTER

Gegen Ende dieses Jahres gab es im türkischen Parlament eine hitzige Debatte zum Thema Folter. Viele Abgeordnete widersprachen der Behauptung Özals, daß in seiner Regierungszeit nicht gefoltert worden sei und berichteten von ihrer persönlichen Foltererfahrungen.

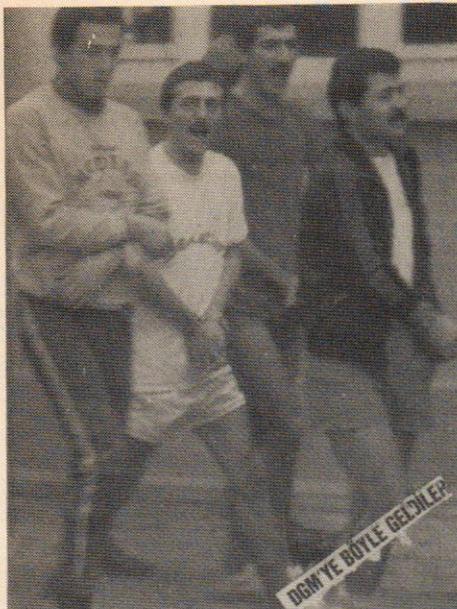
Es zeigt sich, daß der Druck der Opposition auf die Özal-Regierung stetig zunimmt trotz ihres Wahlsieges, trotz der beständig anhaltenden Repressalien.

BEHANDLUNGSZENTRUM FÜR FOLTEROPFER

Auf einer Versammlung des Menschenrechtsvereins zum Thema Folter im Januar 1988 forderte Nevzat Helvaci, der Vorsitzende, die Errichtung eines Behandlungszentrums für Folteropfer.

Wir denken, daß es eine große und die Solidaritätsbewegung auch vereinigende Aufgabe sein könnte, wenn wir hier in der BRD sowohl finanziell als auch durch unsere Informationsarbeit den Aufbau eines solchen Zentrums in der Türkei unterstützen würden.

Kubilay Akpınar (2. v. li.) auf dem Wege zur Gerichtsverhandlung.



SOLIDARITÄTSKAMPAGNE MIT DEM JOURNALISTEN KUBILAY A K P I N A R

Wir führen seit 3 Monaten eine Solidaritätskampagne mit dem inhaftierten Journalisten und Studentenfürer Kubilay Akpınar. Kubilay Akpınar wurde im August 1987, nach einer Pressekonferenz einiger antifaschistischer Zeitschriften, die aus Solidarität mit den damaligen Hungerstreiks stattfand, in Istanbul festgenommen. Nach 20 Tagen Folter in dem Polizeipräsidium von Istanbul wurde er im Gefängnis von Sıgmalcılar inhaftiert. K. Akpınar initiierte zusammen mit anderen politischen Gefangenen aus Sıgmalcılar die Protestaktionen und die Hungerstreiks gegen die Einheitskleidung. Bis jetzt haben mehrere Schriftsteller, Publizisten und Journalisten einen Protestbrief an Ministerpräsident Özal unterschrieben, u.a.

Günter Wallraf
Eckart Spoo, ehem. Vorsitzender der Deutschen Journalisten-Union
Bernt Engelmann,
H.R. Verploeg, Vorsitzender der Niederländischen Journalisten-Union,
Angelika Mechtel, Präsidiumsmitglied des P.E.N.-BRD,
Heinz Ludwig Arnold,
Wolfgang Bächler
Klaus Commer .

EIN BRIEF VON KUBILAY AKPINAR

Liebe Anna,

Ich möchte erst etwas über mich schreiben. Ich bin Vorsitzender des Studentenvereins der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und Verwaltungslehre der Universität Marmara, und Inhaber der Zeitschrift "Günese Cagri", die eine starke Stimme der Jugend gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Kolonialismus ist.

Ich bin am 19.8.1987 festgenommen und 21 Tage lang von der politischen Polizei in Istanbul schwer gefoltert worden...

Nach 21 Tagen wurde mir zusammen mit weiteren 10 Freunden, in nur 20 Minuten und ohne jegliches Verhör, der Haftbefehl durch das Staatssicherheitsgericht erteilt.

Jetzt bin ich im Gefängnis und wir setzen unseren Kampf, unseren Widerstand gegen die verachtende und menschenunwürdige Einheitskleidung und Anketzung weiter fort. Deshalb werden wir zur Strafe vieler unserer Rechte beschnitten. Wir haben Besuchsverbot der Angehörigen und des Rechtsanwalts.

... Man hat uns neuerdings durch Gewalt die Einheitskleidung angezogen. Im Gerichtssaal zerrissen wir diese Kleider und riefen Parolen. Da wir uns vor Gericht schamlos entblößt hatten, wurden wir zu Haftstrafen zwischen 1-5 Monate verurteilt (!) Zusätzlich verhängte das Gericht ein Veröffentlichungsverbot für die Presse, um zu verhindern, daß die Öffentlichkeit von den unmenschlichen Praktiken erfährt.

Wir wollen, daß mehr Menschen unsere Stimme hören. Könntet ihr es erreichen, daß unser Prozeß durch ausländische Journalisten beobachtet wird ?

5.12.1987 Kubilay Akpınar



Im Gerichtssaal